Nr. 133 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 67

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Sonnabend, den 20. März 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Baustr. 65: Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Große Parlamentswoche Europas.

Stresemann, Chamberlain, Briand im Feuer.

London, 19. März. (WTB.) Star zufolge hat die Regierung es abgelehnt, die Genfer Verhandlungen im Unterhaus anders zur Sprache bringen zu lassen als in Form eines Mißtrauensantrages.

Dieser wird, wie gemeldet, von Lloyd George am Dienstag eingebracht werden. Am Mittwoch wird Lord Oxford im Oberhaus die Genfer Vorgänge zur Sprache bringen.

Die Unterhausdebatte über Genf am Dienstag dürfte sich, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, in folgender Form abspielen: Nach Erledigung der Kleinen Anfrage wird Lloyd George einen Antrag auf Verminderung des Gehalts für den Staatssekretär des Auswärtigen stellen, was die Bedeutung eines Mißtrauensvotums hat. Auf den Führer der Liberalen wird als zweiter Redner Ramsey Macdonald folgen. Dann wird Chamberlain das Wort ergreifen. Seine Rede wird demnach ungefähr zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags gehalten werden. Sollte die Opposition eine Abstimmung für wünschenswert halten, so wird diese voraussichtlich noch am selben Abend stattfinden.

Chamberlain über seine „Hinrichtung".

London, 19. März (Reuter.) Chamberlain wurde bei seinem Eintreffen in London von seinen Ministerkollegen und vom Publikum lebhaft begrüßt. Er lehnte es ab, sich zu den Genfer Verhandlungen zu äußern. „Die Hinrichtung", sagte er, „findet am Dienstag im Unterhaus statt. Ich möchte lieber den Augenblick abwarten, wo ich das Schafott besteigen muß."

Die große Debatte im Reichstag.

Zwei Tage. — Dienstag abend Abstimmung.

Am Montag vormittags um 11 Uhr wird im Reichstag die außenpolitische Aussprache in Verbindung mit der Beratung des Haushalts des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes beginnen. Die zu erwartende Redeschlacht soll zwei Tage in Anspruch nehmen, so daß am Dienstag abend die Abstimmung über die völkischen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die Regierung erfolgen wird.

Als Redner für die außenpolitische Debatte wurden von der Fraktion die Genossen Hermann Müller-Franken und Rudolf Breitscheid bestimmt.

Nach den Kommunisten die Völkischen.

Wie die Kommunisten, so haben jetzt auch die Völkischen im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung auffordert, wegen der veränderten Lage und da die erforderlichen Voraussetzungen fehlen, das Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen.

•

Gestern mittag fand eine Besprechung der Reichsregierung mit dem Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien über die Genfer Verhandlungen statt. Die Aussprache, die sich an die Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers knüpfte, wird die Grundlage für die Stellungnahme der Fraktionen bilden.

Briand vor neuen Nöten.

Zwischen Außenpolitik und Finanzfrage.

Paris, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Kabinett Briand hat bei seinem ersten Kontakt mit der Kammer einen völlig unerwarteten parlamentarischen Sieg errungen. Man hatte damit gerechnet, daß die Kammer der Regierung nur mit wenigen Stimmen Mehrheit ihr Vertrauen aussprechen würde. Die Angriffe der Rechten auf die Person Malvys führten aber dazu, daß die Linke geschlossen für die Regierung stimmte. Die Sozialisten begründen ihre Haltung damit, daß es bei der Abstimmung weniger um die gesamte Politik des neuen Ministeriums als um die Ehre eines unschuldig Verurteilten ging. Die Offensive der Reaktion hat so wenigstens für einen Augenblick das Linkskartell wieder zusammengeschweißt.

In Linkskreisen, die die Neubildung des Linkskartells herbeiwünschen, fragt man sich jedoch, ob die Mehrheit vom Donnerstag der Regierung auch weiterhin treu bleiben wird. Die Sozialisten haben beschlossen, der neuen Regierung Briand gegenüber weiterhin zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen und sie nach ihren Taten zu beurteilen. Da die Außenpolitik Briands die ungeteilte Zustimmung der Sozialisten findet, dürfte ihre Stellungnahme in erster Linie von dem Finanzprogramm der Regierung abhängen, das noch nicht festgelegt und auch in der Regierungserklärung nur in allgemeinen Wendungen behandelt worden ist. Erst in den kommenden Tagen dürfte sich zeigen, ob Briand beabsichtigt, den Kartellparteien auch in finanzpolitischer Beziehung Rechnung zu tragen.

Am Montag wird die Kammer die Beratung über das Finanzgesetz beginnen und der Finanzminister seinen Gesetzentwurf zur Deckung des Budgetdefizits einbringen. Außer der „Bürgersteuer", die bereits der Regierung vorgelegt wurde, und von der eine Einnahme von 500 Millionen zu erwarten ist, sind angeblich noch keine Maßnahmen vom Ministerrat geprüft worden.

Von Bern bis London.

Zum Abschluß der Konferenz der Arbeitsminister.

Die jetzt abgeschlossene Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens ist die zweite ihrer Art. Auf der ersten Konferenz im September 1924 in Bern waren die gleichen Länder mit Ausnahme Italiens vertreten. Am Schlusse der ersten Konferenz in Bern verbreitete die damalige Reichsregierung durch WTB. die Nachricht, daß weitgehende Uebereinstimmung erzielt worden sei und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag in allernächster Zeit bevorstände.

Die damalige Situation erinnert in vielfacher Beziehung an die heutige. Der deutsche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hatte zuvor im Reichsarbeitsblatt einen Artikel zur Frage des Achtstundentages veröffentlicht, der beweisen sollte, daß sich Deutschland den „schematischen Achtstundentag" nicht leisten könne. Am Schlusse dieses Artikels stand dann jene Regierungserklärung vom 2. August 1924, zu deren Abgabe es nicht kam, weil der Reichstag vorher aufgelöst wurde. Diese Regierungserklärung enthielt jenen berühmten Schlußsatz:

„Dabei muß die Reichsregierung als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet."

Der Artikel 14 besagt, daß die Bestimmungen des Washingtoner Uebereinkommens in jedem Lande durch die Regierung im Falle eines Krieges oder anderer Ereignisse, welche die Landessicherheit gefährden, außer Kraft gesetzt werden kann. Der Schlußsatz jener geplanten Regierungserklärung vom 2. August 1924 bedeutete deshalb: Deutschland ist bereit, zu ratifizieren, unter der Voraussetzung, daß das Washingtoner Abkommen für Deutschland außer Kraft gesetzt wird.

Dieser Schlußsatz ist nach der Berner Konferenz vom Reichsarbeitsministerium ausdrücklich fallen gelassen worden. Dennoch wurde bei den Etatsberatungen im Februar 1925 die alte Regierungserklärung vom 2. August 1924 als Stellungnahme der Reichsregierung zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag wieder abgegeben. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen im Reichstage machte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nur insofern eine Einschränkung, daß er erklärte:

„Auf der anderen Seite können wir nicht zugeben, daß Artikel 14 nur für den Kriegsfall und nicht auch für andere Fälle außerordentlicher Gefährdung gelten soll."

Damit verzichtete Herr Brauns auf die von vornherein zu erfolgende Anwendung des Art. 14 auf Deutschland, forderte dagegen eine Auslegung, die es der Regierung ermöglichen sollte, beispielsweise unter Hinweis auf die Reparationsverpflichtungen, das Washingtoner Abkommen in Deutschland außer Kraft zu setzen.

Auch die Londoner Konferenz ist nunmehr zu Ende. Es wurde ein Interpretationsabkommen unterzeichnet, das festlegt, wie bestimmte Streitfragen aus dem Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nach Auffassung der Arbeitsminister auszulegen sind. Eine Stellungnahme dazu wird erst möglich sein, wenn die näheren Einzelheiten über die auf der Londoner Konferenz gefaßten Beschlüsse bekannt sind. Mit allem Nachdruck muß jedoch nochmals betont werden, daß es nicht Sache einer Konferenz von Arbeitsministern sein kann, über die Auslegung strittiger Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zu bestimmen. Diese Frage ist ausführlich im 13. Teil des Versailler Friedensvertrages geregelt. Zuständig für solche Auslegungsfragen ist der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der nötigenfalls eine Untersuchungskommission einsetzen kann. Die letzte Entscheidung hat der ständige internationale Gerichtshof des Völkerbundes zu treffen.

Der in London zutage getretene Gegensatz zwischen Deutschland und England dürfte darin seine entscheidende Ursache haben, daß England kein Interesse an einer weitgehenden Auslegung des Washingtoner Abkommens hat, während der deutsche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns versuchte, durch eine weitgehendee Auslegung das geplante deutsche Arbeitsschutzgesetz mit dem Washingtoner Abkommen in Einklang zu bringen. Für die Haltung Englands ist charakteristisch die vor wenigen Wochen in einer Versammlung zu Manchester abgegebene Erklärung des englischen Innenministers, wonach England es nicht zulassen könne, daß man den Achtstundentag durch ein Abkommen sanktioniere, wodurch noch eine Extraarbeit zulässig ist. Diese Stellungnahme ist durchaus verständlich, wenn man berücksichtigt, daß für die großen Industrien in England, wie Bergbau, Metallindustrie, Baugewerbe, der Siebenstundentag besteht.

Wir werden in dieser Auffassung bestärkt durch den ersten Regierungsentwurf vom 24. Dezember 1925. Er enthält viele Bestimmungen, die ganz unvereinbar sind mit dem Washingtoner Abkommen. Das gilt für das Saisongewerbe, es gilt insbesondere für die Arbeitszeit bei den Eisenbahnen. Im Art. 1 des Washingtoner Ab-

Lehrreiche Ergebnisse.

Ergebnis des Volksbegehrens in sechs Wahlkreisen.

Bisher sind aus fünf Reichstagswahlkreisen von 35 und aus Groß-Berlin vorläufige amtliche Zahlen der Beteiligung am Volksbegehren bekannt.

Es haben sich eingezeichnet: Groß-Berlin: 1 584 082; Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd): 586 212; Wahlkreis 22 Düsseldorf-Ost): 531 871; Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West): 261 500; Wahlkreis 27 (Pfalz): 157 417; Wahlkreis 29 (Leipzig): 419 316.

Ein Vergleich mit den für Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen ergibt folgendes Bild:

	Wahlberechtigt am 7. Dezbr.	Stimmen der drei Parteien am 7. Dezbr.	Eintragungen	mehr
Berlin	2 978 738	1 086 355	1 584 082	497 727
Westfalen-Süd	1 615 471	483 603	586 212	102 609
Düsseldorf-Ost	1 342 314	370 321	531 871	161 550
Düsseldorf-West	1 035 080	206 400	261 500	55 100
Pfalz	548 137	158 579	157 417	8 838
Leipzig	858 899	855 688	419 316	63 678
zusammen	8 872 939	2 655 896	3 540 398	884 502

Vergleicht man den Anteil der drei Parteien in der Wahl vom 7. Dezember 1924 an der Zahl der Wahlberechtigten nach Prozenten mit dem prozentualen Anteil der Eintragungen zum Volksbegehren an der Zahl der Wahlberechtigten, so ergibt sich:

	7. Dezember 1924	Volksbegehren
Groß-Berlin	36,5 Proz.	53,4 Proz.
Westfalen-Süd	30,0 „	34,1 „
Düsseldorf-Ost	27,6 „	39,5 „
Düsseldorf-West	19,9 „	24,8 „
Pfalz	28,0 „	28,7 „
Leipzig	41,6 „	48,6 „

In Prozenten der am 7. Dezember 1924 für die drei Parteien abgegebenen Stimmen zeichneten sich ein:

Groß-Berlin 145,9 Proz., Westfalen-Süd 121,3 Proz., Düsseldorf-Ost 143,5 Proz., Düsseldorf-West 127,2 Proz., Pfalz 102,6 Proz., Leipzig 118 Proz.

Diese Ergebnisse zeigen, daß sich überall breite bürgerliche Kreise am Volksbegehren beteiligt haben.

Der Matteotti-Prozeß gegen Matteotti.

Man ermittelt seine Kriegsgegnerschaft.

Chieti, 19. März. (WTB.) Im Prozeß Matteotti legte Darbesio, ehemaliger Präfekt der Provinz Rovigo, die Tätigkeit Matteottis von 1914 bis 1917 dar und sagte, er sei einer der gefährlichsten Umstürzler in der Provinz gewesen. Der Zeuge führte mehrere gerichtliche Entscheide an, durch die Matteotti wegen beleidigender Ausdrücke gegen Heer und Vaterland verurteilt worden war, und wies ferner auf den Zusammenhang zwischen Matteottis Tätigkeit und dem Ausbruch von Unruhen hin. Der Landwirt Pela sagte aus, daß Matteotti die Bauern dazu aufforderte, ihr Korn zu verkaufen und Pistolen zu kaufen.

Präsidentenwahl in Griechenland.

Pangalos verspricht Wahlfreiheit.

Athen, 19. März. (Agence d'Athènes.) Staatspräsident Kunduriotis, der schon seit längerer Zeit mit Rücksicht auf sein Alter und seinen Gesundheitszustand Rücktrittsabsichten geäußert hatte, aber auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Pangalos bisher im Amt geblieben war, teilte gestern dem Ministerpräsidenten schriftlich mit, daß er aus Gesundheitsrücksichten zum Rücktritt gezwungen sei. Pangalos bat den Staatspräsidenten, sein Amt bis zu der auf den 4. April angesetzten Wahl des neuen Präsidenten auszuüben. Unmittelbar darauf wurde ein vom Ministerpräsidenten unterzeichnetes Dekret über die Durchführung der Neuwahl, die auf Grund des allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts stattfinden soll, veröffentlicht. Wählbar sind nur Personen, die mindestens 45 und höchstens 65 Jahre alt sind. Über die Gültigkeit der Wahl entscheidet der Kassationshof. Das Dekret enthält ferner Bestimmungen zur Sicherung einer unbeeinflußten Stimmabgabe.

Pangalos erklärte Pressevertretern, er sei sich noch nicht schlüssig geworden, ob er die Präsidentschaftskandidatur annehmen solle. Seine Hauptsorge sei, vollkommene Freiheit der Abstimmung zu gewährleisten, um dem Volke zu ermöglichen, denjenigen Mann zu den höchsten Amte des Landes zu berufen, der alle Bürgschaften für die Fortsetzung des Werkes der inneren Befriedung biete.

kommens ist vorgesehen, daß als gewerbliche Betriebe auch die Beförderung von Personen oder Gütern auf Straßen, Eisenbahnen, Binnengewässern oder zur See, inbegriffen der Verkehr mit Gütern in Docks, auf Ausladeplätzen, Werften und in Lagerhäusern, mit Ausnahme der Handbeförderung, zu gelten haben. Für diese Betriebe soll der Achtstundentag oder die Achtundvierzigstundenwoche gelten. Der deutsche Reichsarbeitsminister hat in London den Versuch gemacht, das Verkehrsgewerbe unter den Art. 4 des Washingtoner Abkommens zu bringen. Dieser sieht vor, daß bei Arbeiten, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Fortgang mit Schichtenwechsel erfordern, die Arbeitszeit durchschnittlich 56 Stunden pro Woche betragen kann. Das ist erfreulicherweise abgelehnt worden. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, wenn das Reichsarbeitsministerium den ernsten Willen zur Ratifizierung hat, die geplante Arbeitszeitregelung für das Verkehrsgewerbe im Arbeitsschutzgesetz zu ändern und den Erfordernissen des Washingtoner Abkommens anzupassen.

Die Frage, ob angesichts der Reparationslasten der Achtstundentag in Deutschland durchführbar sei und das Washingtoner Abkommen ratifiziert werden könne, hat anscheinend auch auf der Londoner Konferenz eine erhebliche Rolle gespielt. Alles was von Unternehmern und bürgerlichen Sozialreformern dagegen ins Feld geführt worden ist, hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Es kann doch nicht bestritten werden, daß beispielsweise die Vorbelastung der englischen Wirtschaft durch Verzinsung der inneren Staatsverschuldung das Mehrfache von dem beträgt, was Deutschland an Reparationsleistungen im ersten Normalreparationsjahr 1927-28 aufzubringen hat. Berücksichtigt man außerdem die höheren Löhne und die kürzere Arbeitszeit in England, dann kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine ausnahmerechtliche Behandlung Deutschlands wegen der Reparationsleistungen unbegründet ist. Der entscheidende Trugschluß bei dieser Argumentation ist die Gleichsetzung von Arbeitszeitverlängerung mit Vermehrung der Arbeitsleistung. Diese ist auch möglich bei Verkürzung der Arbeitszeit; das ist geradezu das Wesen aller echten Steigerung der Produktivität.

Es handelt sich für uns nicht nur darum, die Voraussetzungen zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu schaffen, das deutsche Arbeitsschutzgesetz muß auch die Lücken dieses Abkommens ausfüllen und den Achtstundentag in Deutschland in weitestgehendem Maße gesetzlich sicherstellen. Wir wollen hoffen, daß die Londoner Konferenz dazu beigetragen hat, den Widerstand Deutschlands gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu beseitigen. Will die Reichsregierung ernsthaft die Ratifizierung fördern, dann darf sie nicht länger mit der Veröffentlichung des angekündigten Arbeitsschutzgesetzes warten.

Der Kampf in der KPD.

„Bis zur Vernichtung."

Die kommunistische Presse veröffentlicht jetzt den Schlußbericht über die Tagung des erweiterten „Ekki" (Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale), die sich mit den Kämpfen in der deutschen Kommunistischen Partei beschäftigte. In der Debatte wandte sich Thälmann gegen die verflossenen unumschränkten Parteiführer Ruth Fischer, Scholem und Katz mit folgenden Ausführungen:

Es hieße ihr zuviel Ehre antun, wollte man ausführlich über Ruth Fischer sprechen. Die Behauptung Urbahns', daß die Annäherung Rosenbergs zur Zentrale mit der Annäherung an die SPD. gleichbedeutend sei, liegt eigentlich in der Linie Maslows, der behauptete, daß die KPD. nach Nürnberg, d. h. nach Vereinigung mit der SPD. steuere.

Gegenüber Scholem betont Redner, daß die Zentrale die Politik des Offenen Briefes fortsetzen und vervollkommnen will, um die Partei stärker zu konsolidieren. Scholem behauptete, daß er sich von den KAPistischen Strömungen trennte. Dagegen ist es eine Tatsache, daß Scholem wußte, daß die im Organ der KAP. „Die Aktion" erschienenen Artikel gegen die Komintern und die KPD. von Katz stammen, und Scholem hat hierüber der Zentrale keine Mitteilung gemacht. Dieses Verfahren ist charakteristisch für Scholem. Der Bourgeoisieagent Katz schreibt Artikel gegen die Komintern, Scholem weiß davon und duldet dies, ohne die Zentrale zu verständigen. Diese Tatsache läßt annehmen, daß zwischen den Ultralinken, von Engel über Fischer bis Katz, eine goldene Brücke existiert. Wir werden gegen die Ultralinken einen harten theologischen Kampf führen, **wir werden den Kampf bis zur Vernichtung der prinzipienlosen Ruth-Fischer-Gruppe fortsetzen.**

Niemand bestreitet, daß Rechtsgefahren bestehen. Die Zentrale korrigiert und beseitigt die rechten Abweichungen. Meyer erklärt seine Bereitschaft, mit der Zentrale zusammenzuarbeiten, hat aber gewisse Vorbehalte und Bedingungen gestellt. Die Zentrale ist bereit, mit Meyer zusammenzuarbeiten, aber **nicht Meyer, sondern die Zentrale hat Bedingungen zu stellen.** Solche Bedingungen sind: 1. Zusammenarbeit ohne Diplomatie, 2. Meyer soll zusammen mit der Zentrale die rechte Fraktion bekämpfen, 3. Meyer soll am Kampfe gegen die Rechtsgefahren teilnehmen, 4. Auflösung der Fraktionen. Falls diese Bedingungen erfüllt werden, so ist ein Zusammenarbeiten möglich. Die Zentrale wird weiter die Normalisierung der Partei erstreben, neue Arbeiterschichten an die Parteiarbeit heranziehen, mit den ultralinken Arbeitern diskutieren, um sie zu überzeugen, einen schonungslosen Kampf gegen die unproletarische Ruth-Fischer-Gruppe führen. Hierbei betont Redner, daß die Zeit gekommen ist, wo die Fraktionsmachereien eingestellt werden müssen, und falls Ruth Fischer mit der Fraktionsmacherei nicht Schluß macht, so können sich die Worte Kuusinens bewahrheiten, **Ruth Fischer kann aus der Komintern hinausgelangen.**

Bucharin erteilte der KPD. folgende Zensur:

Die Komintern muß mit allen Mitteln die gegenwärtige Parteizentrale unterstützen, auch im Kampf gegen alle Störungsmöglichkeiten. Die (deutsche) Zentrale hat noch viele Mängel, aber es ist kein Vergleich mit dem Zustand unter der Führung Ruth Fischers möglich. Die deutsche Zentrale steht rückhaltlos auf dem Boden der Komintern, und die Komintern wird die deutsche Zentrale unterstützen, gegen rechts, gegen ultralinks, **gegen die prinzipienloseste aller Gruppierungen: gegen die Gruppierung Ruth Fischers.** (Langanhaltender Beifall.)

Das alles ist recht sonderbar. Aber daß eine Partei, in der es so aussieht, die Führung der deutschen Arbeiterbewegung für sich beansprucht, ja mitunter mit lächerlicher Großsprecherei behauptet, sie hätte schon diese Führung, das ist wohl dabei das allersonderbarste.

Franken-Schulzes Tod.

Die Feststellung der Todesursache.

In verschiedenen Abendblättern wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Todesursache des in die Irrenanstalt Herzberge eingelieferten Schulze, der in die ungarische Frankenfälschungsaffäre mitverwickelt ist, auf Gift zurückzuführen sei. Es wird daran die Kombination geknüpft, daß der Verstorbene das Opfer eines Giftmordes ist. Soweit wir unterrichtet sind, kann über die Todesursache vorläufig nichts gesagt werden. Schulze wurde am 16. März in stark leidendem Zustande in die Anstalt eingeliefert und dort sofort in einen Lazarettraum übergeführt, der überwacht und mit mehreren Kranken belegt war. In der Nacht vom 17. zum 18. ist der Kranke nach heftigem Erbrechen plötzlich gestorben. Die Art des Erbrechens läßt darauf schließen, daß es sich um Magenblutungen handelte. Jedoch können endgültige Feststellungen erst nach einer Obduktion gemacht werden. Da es sich um einen kriminellen Fall handelt, werden die Gerichtsbehörden im Laufe des heutigen Vormittags für die Obduktion sorgen. Die Gerüchte über den Giftmord sind möglicherweise darauf zurückzuführen, daß der Kranke, der bei seiner Einlieferung an starken Depressionen und Wahnvorstellungen litt, unter anderem die Vermutung aussprach, er sei vergiftet oder habe sich selbst vergiftet.

Die Senkung der Steuern.

Umsatzsteuern oder Besitzsteuern?

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde am Freitag die allgemeine Aussprache über den Steuermilderungs-Gesetzentwurf fortgesetzt. Abg. Dr. Fischer (Dem.) erklärte, seine Freunde könnten bei der Senkung der Umsatzsteuer nicht über den Vorschlag der Regierung hinausgehen. Die Ungerechtigkeiten bei der Einkommensteuer für die Landwirtschaft müßten beseitigt werden. Wenn die Großgrundbesitzer keine Einkommensteuer bezahlen, dann darf man sie auch von den kleineren und mittleren Bauern nicht verlangen. Unter vorläufiger Zurückstellung weitergehender Wünsche würden die Demokraten der Steuermilderungsvorlage zustimmen. Abg. Gericke (Dnat.) unterstrich noch einmal, daß die Deutschnationalen für die Senkung der Umsatzsteuer nur eintreten, wenn gleichzeitig eine Senkung der Besitzsteuern erfolgt. Der Vorwurf der Steuerdrückerei gegen die großen Landwirte sei ungerechtfertigt.

Dem gegenüber erklärte

Reichsfinanzminister Dr. **Reinhold:**

Wir lassen durch Stichproben feststellen, wie sich die Besteuerung der Landwirtschaft praktisch auswirkt und wie weit eine ungleiche Belastung der buchführenden Großlandwirtschaft und der nicht buchführenden Kleinlandwirtschaft vorliegt. Die Prüfung wird in wenigen Wochen beendet sein. Werden starke Ungleichheiten festgestellt, so müssen sie beseitigt werden. Die Senkung der Realsteuern sei auch notwendig, aber Sache der Länder und Gemeinden und nicht des Reiches. Bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen ist das Mißverhältnis des Ertrages aus den freien Einkommen zu dem aus der Lohnsteuer unerträglich.

Abg. **Horlacher** (Bayer. Vp.) sprach sich ebenfalls für eine Senkung der Realsteuern aus. Nur sie könne die Wirtschaft entlasten. Man solle die Ueberweisung an die Länder auf 90 Proz. erhöhen und daran die Bedingung knüpfen, daß das Plus von 15 Proz. zu einer Senkung der Realsteuern verwendet werde. (Zurufe links: Sie sind also für die **Finanzdiktatur des Reichs?**) Ja, bei dieser Notmaßnahme waren wir damit einverstanden. (Hört, hört! links.)

Auch der Abg. Dr. **Brüning** (Z.) machte starke Vorbehalte zu dem Regierungsprogramm. Die Senkung der Umsatzsteuer allein genüge nicht zur Entlastung der Wirtschaft. Bleibe die Senkung hinter dem von der Regierung vorgeschlagenen Umfang zurück, dann solle man lieber ganz darauf verzichten, weil sie auf die Wirtschaftsbelebung wirkungslos sei und nur die Reichseinnahmen vermindere.

Die Frist für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung müsse generell verlängert werden.

Die Gemeinden brechen sonst unter der Last zusammen. Das Zentrum werde das Steuerprogramm der Regierung wohlwollend prüfen. Beim nächsten Finanzausgleich muß ein gewisser Zwang zur Senkung der Realsteuern auf Länder und Gemeinden geübt werden. Einem Abbau der Einkommen- und Vermögensteuer wird das Zentrum schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Abg. Dr. **Herz** (Soz.):

Die vielen objektiv und subjektiv falschen Erklärungen der Großlandwirtschaft sind vor allem durch die Steuerberatungsstellen des Reichslandbundes verschuldet. Die Großlandwirtschaft beanspruche das Vorrecht, ihren Verbrauch steuerfrei zu lassen. Wenn der Verbrauch der Lohn- und Gehaltsempfänger steuerfrei bliebe, brauchte überhaupt niemand Lohnsteuer zu zahlen. Für die Behauptung, daß die Realsteuern der Länder und Gemeinden unerträglich hoch seien, ist bisher kein tatsächlicher Beweis erbracht worden. Die Sozialdemokratie wird einen generellen Zwang zur Senkung der Realsteuern den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Damit rechtfertigt sie in keiner Weise Höhe und Art der jetzigen Ertragsbesteuerung. Wenn die Revolten der Winzer von verschiedenen Parteien verteidigt und mit der herrschenden Notlage gerechtfertigt werden, dann muß man doch auf die Folgen aufmerksam machen, wenn derartige Methoden allgemein eingeführt werden sollen. Bei einem größeren Verantwortungsgefühl der bürgerlichen Parteien seien solche Zusammenstöße sicher zu vermeiden. Staatssekretär Popitz bestreitet, daß das Gesetz die Großlandwirtschaft bevorzugt. Wo der Verbrauch vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen wird, verstößt das gegen das Gesetz. Es ist jedoch richtig, daß nach oben hin die Zahl der steuerpflichtigen Landwirte abnimmt. Das hängt aber mit der Schuldenlast zusammen. Großlandwirte, die buchmäßig kein Einkommen haben, müßten nach dem Verbrauch besteuert werden.

Die Weiterberatung findet am Sonnabend statt.

Die Ausgießung des Starkbiers.

Von Peter Scher.

München, im März.

Die innere Verwandtschaft hochstehender Kulturvölker dokumentiert sich am überzeugendsten in der Art, wie sie Feste feiern.

Die Münchener haben in diesen Tagen wieder den weihevollen Akt der Ausgießung des Starkbiers auf dem Nockherberg begangen, welches Fest den sogenannten kleinen Mysterien von Eleusis entspricht, die gleichfalls im März gefeiert wurden, und zwar als Vorspiel zu den großen Mysterien des Oktober, die — man beachte die überraschende Parallelität — nach Zeit und Charakter der Steigerung genau dem Münchener Oktoberfest entsprechen.

Ein griechisch-heiterer Geist waltete in diesen Tagen über unserer Stadt, die sich ebendarum mit Recht des schmückenden Namens Isar-Athen erfreut. Tausende und tausende wallfahrten, die Maß des Bockbiers mit der Seele suchend, hinaus und empor zum Tempel des Salvators auf dem Nockherberg, der sich majestätisch zwischen Au und Giesing emportürmt.

Hier nun, auf dem Gipfel des Berges, vollzieht sich in gewaltigen Hallen das Mysterium des Starkbiergenusses, dessen der Mensch — um mit Shakespeare zu sprechen — Maß für Maß teilhaftig wird.

Die Maß ist — wie dem Fremdling zur Erläuterung diene — ein irdenes Gefäß, dessen Bestimmung in grauer Vorzeit darin bestanden haben soll, einen Liter Bier zu fassen, welches es jedoch infolge der großen Verwirrung durch Krieg und Umsturz schon lange nicht mehr tut. Vielmehr zerfließt — wie alles irdische Hoffen und Trachten — ein beträchtlicher Teil des Inhalts in eitel Schaum. Doch was zurückbleibt, ist des Ruhmes wert und stärkt wie jeder Grundsatz Leib und Seele. Der dunkle Stoff hat eine magische Gewalt — wie hierzulande alles Schwarze. Er löst die Seele und er greift ans Herz.

Wenn man den Lokalpoeten glauben darf — und warum sollte man das nicht? — hat in diesen Tagen das goldene Münchener Herz seine altbewährte Regsamkeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. Wie ein Aufatmen ging es durch die Reihen, als nach den anstrengenden Wochen des Faschings endlich einmal wieder die alte Gemütlichkeit in ihre Rechte trat. Der vom Nockherberg ausgehende Starkstrom elektrisierte alle und überbrückte — wenn ich so sagen darf — den Hader der Parteien. Jünglinge und Greise, Kommunisten und Königsparteiler konnten sich endlich einmal wieder ungehindert in den Armen liegen und den Schmerz der Kreatur vergessen. Die Flüssigkeiten der Rührung wie der freudigen Ergriffenheit — alle Flüssigkeiten — ergossen sich ungehemmt. Die guten alten Lieder wurden froh im Chor gesungen; Erinnerungen wurden ausgetauscht. Wes das Herz voll war, des floß der Mund über.

Man sah Männer, die in seliger Betrachtung die Hände über dem Magen gefaltet hielten, und man sah Frauen, die in olympischer Heiterkeit ihre Arme um den Nacken des Erwählten geworfen hatten. In unendlichen Reihen standen sie mit leeren Krügen in den Händen und warteten in himmlischer Geduld. Kein Wort des Zornes kam von ihren Lippen. Bald hie, bald da hob sich aus dem Gewühl die Gestalt eines Glücklichen hervor, der die siebente Stufe der Beseligung erklommen hatte und dies durch rhythmische Bewegungen zum Ausdruck brachte. Kommerzienräte sah man sich mit Lyrikern verbrüdern, Barone sich in soziale Niederungen stürzen.

Isar-Athen — Evoe — O'juffa!

Schwarzrotgold und das deutsche Bürgertum. Es ist schon des öfteren darauf hingewiesen, daß in der vorbismarckschen Zeit die schwarzrotgoldene Fahne das Symbol für das freiheitliche Bürgertum war, dem es huldigte, wenn es galt, dem Einigungsgedanken Ausdruck zu verleihen. Auf Turner-, Schützen- und Sängerfesten, die meist mit den Deutschösterreichern zusammen begangen wurden, flatterte die Fahne der alten Burschenschaft hoch in der Luft, wehte sie den Umzügen voran, von der Bürgerschaft freudig begrüßt. Ja, eine solche revolutionäre Fahne hat sogar mehrere Jahre hintereinander in deutschen Landen geweht, allerdings auf schwer ersteigbarer Bergspitze.

Im Jahre 1832 hatte eine Glasmachergehilfe Jakob Zimmermann aus Dietharz (Thüringen) den bis dahin für unbesteigbar angesehenen Falkenstein erklettert. Zweifel an dem Wagestück wurden laut und so veranstaltete er am 25. Juli eine zweite Besteigung in Gegenwart einer großen Volksmenge. Als Zimmermann oben war, ließ er ein Seil herunter, an das eine Schar junger Leute einen verhüllten länglichen Gegenstand befestigte. Er zog ihn mit dem Seil empor und pflanzte die darin enthaltene Fahne auf, indem er sie an einer oben gewachsenen Fichte befestigte. „Und jetzt," so erzählte Ludwig Storch in der „Gartenlaube" von 1860, „entfaltet sie sich, flattert auseinander, noch starrt lautlos die Menge unten, sie ist's, die geliebte deutsche Fahne, der schwarzrotgoldene Morgenstern in dunkler Nacht, sie ist's, das deutsche Symbol, das der deutschen Jünglingschaft 1817 vorangzog auf die Wartburg, sie ist's, unser heiliges Volkspalladium, die heißgeliebte, die scheu gefürchtete, die verbannte, verpönte Dreifarbige, die 1848 wie ein Flammenstrahl überall emporfuhr, wo begeisterte deutsche Herzen zusammenstanden, . . . Der Jubelsturm bricht los. Alle Herzen schlagen stürmisch bei ihrem unerwarteten Anblick. Hüte und Tücher werden geschwenkt. Die Musik schmettert ihr den Gegengruß zu. . . ."

Jahrelang hat die Fahne auf dem Falkenstein unversehrt geflattert. Erst der Gewalt der Stürme ist sie später erlegen. Unsere Zeit wird dafür sorgen, daß weder außen noch innen Stürme dem alten Freiheitssymbol Schaden antun können.

Der Wert des Roggenbrots. Aus dem preußischen Landwirtschaftsministerium wird dem Amtlichen Preußischen Pressedienst geschrieben:

Der preußische Landwirtschaftsminister wies gelegentlich der Beratungen des Haushaltsausschusses des Landtages besonders darauf hin, daß die letztjährige Brotgetreideernte in Deutschland rein mengenmäßig ausreicht, um die Brotversorgung des deutschen Volkes ohne Auslandszufuhren zu decken. Er hat infolgedessen auch diejenigen Schritte ergriffen, die geeignet erscheinen, die Weizeneinfuhr nach Möglichkeit einzuschränken. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Aufklärung der Bevölkerung, daß der Genuß von Roggenbrot für den gesunden Menschen zuträglicher ist als der von Weizenbrot. Da hierfür Voraussetzung ist, daß das Roggenbrot ein gut ausgebackenes Brot ist, so hat der Landwirtschaftsminister zunächst mit den Bäckerorganisationen verhandelt und sich hierbei der Mitarbeit des Instituts für Bäckerei an der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung und Futterveredelung bedient. Er hat sodann insbesondere mit den städtischen Hausfrauen-Organisationen dahin Fühlung genommen, daß von diesen gleichfalls auf die Bevölkerung aufklärend eingewirkt wird.

Für besonders bedeutsam hält der Landwirtschaftsminister, daß schon den Kindern in der Schule der Wert des Roggenbrotverbrauchs für unseren Haushalt klargemacht wird. Der Landwirtschaftsminister ist zu diesem Zweck mit dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Verbindung getreten, damit in den Schulen in entsprechender Weise eingewirkt werden möchte. Weitere Arbeiten zur Aufklärung der Bevölkerung befinden sich noch im Stadium der Vorbereitung. Es ist zu hoffen, daß durch dieses Vorgehen das Vorurteil, das sich in letzter Zeit vielfach gegen den Genuß von Roggenbrot festgesetzt hatte, und das zu einer Bevorzugung des Weizenbrotes und des Weizenkleingebäcks geführt hat, wieder beseitigt wird.

Freier Eintritt in die Corinth-Ausstellung! Die Direktion der Nationalgalerie gewährt den Mitgliedern der freien Gewerkschaften von jetzt ab freien Eintritt zu der Corinth-Ausstellung. Die Mitglieder müssen sich an der Kasse durch Vorzeigen ihrer Legitimation ausweisen. Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntags, von 10 bis 3 Uhr, an Donnerstagen und Freitagen von 10 bis 4 Uhr geöffnet. Denen, die es ermöglichen können, ist der Besuch an den Wochentagen zu empfehlen, da an den Sonntagen voraussichtlich ein sehr starker Andrang stattfinden wird.

Städtische Oper. Kammersänger Josef Geis von der Münchener Staatsoper ist vom Intendanten Tietjen eingeladen worden, die Neueinstudierung von „Così van tutte" zu inszenieren.

Konzertchronik. Wegen Erkrankung von Maria Ivogün hat Lotte Schöne die Mitwirkung im 6. (letzten) Bruno-Walter-Konzert am 21./22. März in der Philharmonie übernommen.

Eine bildhauerische Ausstellung der Werke von Cornelia Paczka-Wanner und eine Gedächtnis-Ausstellung Franz Paczka findet vom 22. März bis 18. April im Gartenatelier, Lützowstr. 90a, täglich 11—3 Uhr, statt.

Der Münchener Kammersänger Friedrich Brodersen, der in Krefeld Konzerte gab, ist dort infolge Herzschlags gestorben.

Der Arbeiter-Esperantobund für das deutsche Sprachgebiet hält seinen sechsten Kongreß Ostern 1926 (vom 3. bis 5. April) in Stuttgart im Gewerkschaftshaus, Eßlinger Str. 19, ab. Zur Verhandlung stehen wichtige Fragen für den Fortschritt der Weltbilfssprachenbewegung im Interesse der gesamten internationalen Arbeiterschaft.

Deutsche Ingenieure in Leningrad. Auf Einladung der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin traf in Leningrad eine Gruppe von Ingenieuren der Firma Siemens und Halske ein, um eine Anzahl Meßapparate in elektrotechnischen Unternehmungen aufzustellen.

Der „Kriegsverräter" begnadigt.

Späte und unzulängliche Korrektur eines Zuchthausurteils

Vor kurzem wurde die Oeffentlichkeit aufmerksam gemacht auf eines der ungeheuerlichsten Urteile, das in der Nachkriegszeit gefällt worden. Das preußische Kammergericht hatte den Straßenbahner Erich Wiese aus Berlin, der im Kriege als Unteroffizier in italienischer Gefangenschaft war, wegen vollendeten Kriegsverrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Wiese seit April 1925 verbüßt. Die Angelegenheit ist von sozialdemokratischen Abgeordneten auch ausführlich im Reichstag zur Sprache gebracht worden, nachdem die in aller Heimlichkeit vollzogene Verurteilung erst jetzt ans Licht des Tages gezogen war.

Die öffentliche Kritik hat jetzt einen, wenn auch unzulänglichen Erfolg gehabt. Amtlich wird nämlich bekannt gegeben:

Mit Rücksicht auf verschiedene für eine Milderung sprechende Umstände ist durch Erlaß des Staatsministeriums die Strafe des Wiese, für den sich übrigens auch frühere Offiziere, die mit ihm zusammen in Gefangenschaft gewesen waren, verwandt hatten, auf zweieinhalb Jahr Zuchthaus ermäßigt und die Untersuchungshaft angerechnet worden. Wiese kommt in Kürze zur Entlassung aus dem Zuchthaus.

Aus dieser Entscheidung des Staatsministeriums geht unbezweifelbar die Absicht hervor, ein als offenkundiges Unrecht erkanntes Gerichtsurteil nach Möglichkeit wieder gut zu machen. Aber diese gute Absicht bleibt in vollkommen unzulänglicher Ausführung stecken. Man fragt sich zunächst, woher nun die 2½ Jahre — statt 12 — kommen und steht vor einem Rätsel. Entweder hat der Verurteilte einen „Kriegsverrat" begangen — dann ist nach dem Strafgesetzbuch zehn Jahre Zuchthaus Mindeststrafe —, oder er hat ihn nicht begangen, dann mußte er von vornherein freigesprochen und — wenn das Ministerium ein Fehlurteil korrigieren wollte — ohne weiteres begnadigt und sofort freigelassen werden.

Es scheint, als ob man durch die Reduktion der Strafe auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus die Mindeststrafe für den Versuch eines Kriegsverrats im Sinne des § 90 des Strafgesetzbuchs hätte konstruieren wollen. Auf jeden Fall aber bleibt damit auf dem Verurteilten, auch wenn er jetzt sofort freigelassen wird, unberechtigt ein Makel haften. Wiese hatte sich als Kriegsgefangener auf einer italienischen Insel bei Neapel befunden. Er hatte einem seiner Kameraden, der von den Italienern in Arrest gesteckt wurde, verbotswidrig einige Zigaretten in die Hand gedrückt. Darauf wurde auch er disziplinarisch bestraft. Bei seiner Vernehmung hatte ihm der italienische Lagerkommandant gesagt, daß deutsche Offiziere ihn zur Bestrafung angezeigt hätten. In der Erregung darüber erzählte er dem Kommandanten, daß die Offiziere einen Fluchtversuch vorbereitet hätten, was der Wirklichkeit entsprach.

Das war der „Kriegsvorrat". Denn nach Ansicht des Kammergerichts hätte Wiese damit „während eines Krieges vorsätzlich ... Angehörige der deutschen Wehrmacht in feindliche Gewalt gebracht" und damit vorsätzlich „einer feindlichen Macht Vorschub geleistet". Nun befanden sich aber die Offiziere „in feindlicher Gewalt", denn sie waren auf einer tausend Meilen von Deutschland entfernten Insel in Gefangenschaft. Aber selbst wenn man zugeben wollte, daß der Fluchtversuch hätte glücken können, wie konnte das preußische Kammergericht sechs Jahre nach Kriegsende annehmen, daß Wiese, der doch sicher ebenso wie alle Kriegsgefangenen unter der Wirkung der Eintönigkeit des Lagerlebens litt und zudem in der Erregung über angebliche oder wirkliche Denunziation durch Offiziere seinem Herzen Luft machte, durch seine Mitteilung von der Fluchtabsicht „der Kriegsmacht des Deutschen Reiches vorsätzlich Nachteil" hätte zufügen wollen? Das ist eine juristische Zwangskonstruktion, die keinerlei sachlichen Untergrund hat. Der Versuch, daraus nachträglich einen „Versuch" herauszudestillieren, ist deshalb mehr als gequält. Es wäre würdiger gewesen, wenn man die Strafe im Gnadenwege einfach aufgehoben hätte, nachdem man die Unhaltbarkeit des Urteils erkannte. So aber mutet die Entscheidung an, als wollte man unter allen Umständen die Autorität des Gerichts sichern, obschon die Herabsetzung der Strafe und die Anordnung der Freilassung dieser Autorität nicht minder erschüttert, als eine klare und unzweideutige Begnadigung.

Germanenorden Walvater e. V.

Deutschlands Erneuerer unter sich.

Im Geschäftsausschuß des Reichstags kam gestern ein Antrag eines Herrn Seelow in Freienwalde a. d. O. zur Verhandlung, die Immunität des deutschnationalen Abg. v. Ramin aufzuheben, damit die Privatklage des Antragstellers gegen v. Ramin wegen Beleidigung ihren Fortgang nehmen könne. Da das Verfahren am 4. Dezember 1924, also drei Tage vor der letzten Reichstagswahl, eröffnet ist, und ein Antrag auf Einstellung nicht vorliegt, läuft das Verfahren weiter, weshalb der Antrag als gegenstandslos abgelehnt wurde. Interessant war aber der Anlaß des Antrages. Er besteht in einem Brief, den v. Ramin am 31. Oktober 1923 an einen Herrn Drager gerichtet hat, in dem der Antragsteller beleidigt worden ist. Wir geben den Brief, der im Ausschuß verlesen wurde, als ein menschliches Dokument, das auch des unfreiwilligen Humors nicht entbehrt, im Auszug wieder:

Nikolassee, den 31. Oktober 1923.

Sehr geehrter Herr Drager!

Besten Dank für Ihr Schreiben. Sie haben als Ehrenmann gehandelt, als Sie sich zu dem Briefe entschlossen, und wenn das früher selbstverständlich war, so ist es heute eine rühmliche Ausnahme. Der dem Lumpen Müller naheliegende Mensch gehört sicher dem Germanenorden Walvater an, und weil ich aus diesem Orden ausgetreten bin, bezichtigt er mich des Eidbruchs. Als ich dem Orden beitrat, habe ich selbstverständlich angenommen, daß es Wahrheit sei, was man mir über die Bestrebungen des Ordens sagte. Es wurde mir gesagt, der Orden diene dem Gedanken deutsch-germanischer Erneuerung. Ich habe, bevor ich das Gelübde ablegte, die Führer des Ordens nochmals ausdrücklich gefragt, ob mit dem Gelübde eine Bindung an die Idee oder an die Person erfolge und erhielt zur Antwort, daß eine Bindung an die Idee, nicht an die Person erfolge. Später stellte sich heraus, daß die Führer des Ordens nicht der Sache, sondern ihrem kleinlichen Ehrgeiz dienten und sich nicht entblödeten, das Gelübde zu mißbrauchen, um eine unerhörte Diktatur über freie Männer einzurichten. Da habe ich die Lösung der Bindung verlangt ... Es wäre dem feigen Verleumder, dessen Worte Sie mir mitteilen, es wäre dem erwähnten Orden ein leichtes gewesen, sich an diese Ehrengerichte mit solcher Beschuldigung zu wenden. Sie wußten aber recht gut, wer sich bei dieser Angelegenheit anrüchig benommen hat und wußten weiter, daß sie danach entweder den von ihnen Beschuldigten hätten Genugtuung geben müssen oder erklären, daß sie dazu zu feige wären. Vielleicht teilen Sie dem Verleumder meine Anschauung mit und fügen bei, daß ich mich nicht hinter seine Satisfaktionsunfähigkeit verkriechen würde, und **nicht nur behaupte, er sei ein Schuft**, sondern auch bereit bin, aus dieser Behauptung alle Folgerungen zu ziehen. Wie die Führer des Germanenordens Walvater zu beurteilen sind, geht aus Folgendem hervor. Nach meiner Trennung vom Orden erhielten ein Herr, der ebenso wie ich aus dem Orden ausgeschieden war, und ich **anonym Päderastenzeitungen zugeschickt**. Ich habe darauf an diese Zeitungen geschrieben, wenn ich den Absender kennen würde, so würde **er mit meiner Hundepeitsche Bekanntschaft machen**. Mein Brief ging durch die Berliner Judenpresse. Später hat Herr Pohl, Führer des Germanenordens, einem Wiener Hochschulprofessor geschrieben, ich stünde mit dem oben erwähnten anderen Empfänger der Päderastenzeitungen in perversen Beziehungen. Diese Beschuldigung hat sich auch Herr Johannes Müller zu eigen gemacht, der einer politischen Organisation, deren Führer ich bin, den Rat erteilte, doch Dr. Hirschfeldt zum Präsidenten zu wählen. Die Ordensleitung hat weiter den Leiter der Germanenbank, Herrn W. Pleewe, der auch aus dem Orden austrat, beim Staatsanwalt angezeigt wegen **Veruntreuung, Buchfälschung und Unterschlagung**. Die Sache endete mit einem glänzenden Freispruch durch Niederschlagung der Untersuchung, da sich die **Verdächtigungen als vollkommen haltlos** erwiesen. Weiter hat die Ordensleitung eine Anzahl deutscher Frauen, die aus dem Orden austraten, eines unsittlichen Lebenswandels bezichtigt und Herr Johannes Müller **hat einer deutschen Frau in meiner Gegenwart und vor vielen anderen Zeugen zugerufen, sie benähme sich wie eine Straßendirne**. Das genügt wohl, um zu beweisen, daß die Vorspiegelung, der Orden diene germanischer Erneuerung, ein Betrug war, und daß es einem Ehrenmanne unmöglich war, im Orden zu bleiben.

Die Behauptung des Lumpen Müller ist natürlich frei erfunden. Wenn sie wahr wäre, dann würde man mich längst vor den Staatsanwalt gestellt haben. Dazu habe ich genug „Freunde". Ich halte es für unter meiner Würde, gegen diesen Menschen, bei dem zu **seiner Negerseele die Negerseele zu passen scheint**, Schritte zu tun. Wer, wie ich, im öffentlichen Kampfe steht, kann nicht sich um jeden Köter kümmern, der ihn anklafft. Das wäre, was ich auf Ihr Schreiben zu sagen habe. Ich spreche Ihnen nochmals meinen herzlichsten Dank aus für Ihren Brief.

Ihr ergebenster gez. v. Ramin.

Lumpen, Schufte, Päderasten, Defraudanten, Straßendirnen, Köter — das sind nach ihrem eigenen Zeugnis die Brüder und Schwestern des Germanenordens Walvater e. V. — Deutschlands Erneuerer.

Man kann sich danach ungefähr vorstellen, wie Deutschland nach dieser „Erneuerung" aussehen wird.

Die beiden Internationalen.

Hendersons Ansicht über eine Konferenzanregung.

London, 19. März. (Eigener Bericht.) Die Independent Labour Party hat vor einigen Wochen durch ihren Generalsekretär Fenner Brockway dem Wunsche Ausdruck verliehen, angesichts der „veränderten Umstände" eine Aktion für die Vereinigung der Sozialistischen und der Kommunistischen Internationale zu unternehmen. Die Exekutive dieser Partei hat nunmehr in ihrer jüngsten Sitzung den nächsten Schritt getan und eine Resolution beschlossen, die sie auf der nächsten, am 11. April in Zürich stattfindenden Exekutivsitzung der Internationale erörtert zu sehen wünscht. Die Entschließung lautet:

Angesichts der dringenden Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber der kapitalistischen und imperialistischen Reaktion sowie gegenüber der Drohung des Faschismus in Europa soll die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Konferenz mit der Exekutive der Dritten Internationale anregen, deren Zweck sein würde, die Möglichkeiten einer allumfassenden Internationale zu erörtern.

Diese Entschließung und die ganze auf eine Einigkeit mit der Kommunistischen Internationale hinarbeitende Taktik der neuen Exekutive der IAP. hat den Generalsekretär der britischen Labour Party, Arthur Henderson, auf den Plan gerufen. Henderson wendet sich in einer längeren, vom offiziellen Pressedienst der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften verbreiteten Darstellung, deren wichtigste Punkte hier wiedergegeben werden sollen, gegen diese Absicht:

Die Exekutive der Labour Party hat diese neue Taktik der Unabhängigen Arbeiterpartei (IAP.) einer Diskussion unterzogen. Hierbei hat sich gezeigt, daß die Mitglieder der Exekutive der Labour Party einmütig der Auffassung waren, daß die Labour Party keinen Vorschlag unterstützen kann, der auf eine Einigung der Sozialistischen und der Kommunistischen Internationale abzielt, da das eine

Verletzung des Geistes und des Sinnes der Konferenzbeschlüsse,

insbesondere derer von Liverpool wäre, durch die Kommunistische Partei und, soweit das möglich ist, auch Einzel-Kommunisten aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen wurden. Es sollte, so fährt Henderson fort, nicht nötig sein, die IAP., daran zu erinnern, daß keine einzige Partei, nicht einmal die IAP., diese Frage vor das höchste Tribunal der sozialistischen Arbeiterbewegung, den Kongreß von Marseille, gebracht hat, des weiteren, daß keine einzige der der Arbeiterpartei angeschlossenen Sektionen, und auch die IAP. nicht, diese Frage vor die für die britische Arbeiterpartei entscheidende Instanz, den Parteitag gebracht hat, der vor wenigen Monaten in Liverpool stattfand. Ich zweifle, ob die IAP., wenn diese Frage in Zürich von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschnitten werden wird, auch nur die Unterstützung einer einzigen kontinentalen Partei finden wird.

Henderson verweist dann auf die Geschichte der Beziehungen zwischen der Sozialistischen und der Kommunistischen Internationale und fährt fort: „Es muß festgestellt werden, daß sich seit 1922, dem Zeitpunkt des Scheiterns des letzten Versuches, irgendeine Aenderung in den Grundsätzen oder Absichten der Kommunistischen Internationale nicht vollzogen hat. Trotzkis neues Buch „Wohin geht England?" bietet im Gegenteil den besten Gegenbeweis hierfür. Es wäre jedoch gegenüber der IAP. ungerecht, nicht anzuerkennen, daß die Fragen, die nach ihrer Meinung auf einer solchen Konferenz der beiden Internationalen gestellt werden sollen, eine bemerkenswerte Aehnlichkeit mit denen aufweisen, die seinerzeit

auf der fehlgeschlagenen Berliner Konferenz

von der Zweiten Internationale und der Wiener Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft angeschnitten worden sind, nämlich die Frage der Unvermeidlichkeit der bewaffneten Auseinandersetzung, die Probleme der Diktatur des Proletariats und des Antiparlamentarismus, die Frage der Einkerkerung von Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre und anderen politischen Gegnern in Rußland und Georgien, die Fragen der Rede-, Preß- und Organisationsfreiheit in Rußland und Georgien und das Problem der zersetzenden kommunistischen Tätigkeit innerhalb der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung."

Am Schluß sagt Genosse Henderson: „Die Vorschläge der IAP. sind sowohl utopisch als verderblich, da jenes Mindestmaß von Uebereinstimmungen zwischen den beiden Internationalen nicht existiert, welches auch nur eine Besprechung mit der Kommunistischen Internationale rechtfertigen würde."

*

Den Moskauer Berufsaposteln der „Einheitsfront" ist diese Anregung der englischen Partei stark auf die Nerven gefallen. Die „Prawda" vom 4. März widmet ihr einen Leitartikel, in dem das Auftreten der IAP. wie folgt charakterisiert wird:

„Man kann nur eins annehmen. Entweder muß man annehmen, daß ein unglaublicher Umschwung in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingetreten ist; daß die Diener der Bourgeoisie aufgehört haben, Diener der Bourgeoisie zu sein, sich zu Revolutionären verwandelt haben, Reue zeigen und beschlossen haben, ehrliche Kämpfer gegen den Kapitalismus zu sein und auf revolutionärer Grundlage die beiden Internationalen vereinigen wollen. Oder man muß annehmen, daß die englische opportunistische Organisation ein bestimmtes Manöver inszeniert, einen bestimmten schlauen Schachzug macht. Im letzten Falle taucht die Frage auf, wars denn eigentlich der reale politische Sinn des Vorschlages der IAP. ist."

Natürlich ist das Auftreten der IAP., nach der „Prawda", nichts anderes als ein Versuch, die von den Kommunisten ergriffene Initiative zur Bildung der Einheitsfront abzufangen. Daher der Zorn, daher auch der folgende Schimpferguß an die Adresse der IAP.:

„Alle eure großartigen Deklarationen, alle eure übersensationellen Vorschläge sind bloß Schwätzereien von Scharlatans, und ihr selbst seid keineswegs Kämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse, sondern bloß Opportunisten, die eine „linke Haltung" simulieren."

Die Aeußerungen des kommunistischen Zentralorgans zeigen in krasser Weise, daß die kommunistischen Demagogen zwar die Parole der Einheitsfront für den Dummenfang gerne im Munde führen, daß sie aber in Tobsucht verfallen, wenn konkrete Vorschläge zur Herstellung einer wirklichen Einheitsfront gemacht werden.

Freiligrath-Feier in Stuttgart.

Am Grabe des Dichters. — Der Kranz der Reichsregierung. — Boykott der württembergischen Regierung.

Stuttgart, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Stuttgarter Reichsbanner hat den Todestag Freiligraths in würdiger Weise begangen. Am Grabe des Dichters auf dem Uff-Friedhof in Kannstatt zog am 18. März mittags die Ehrenwache auf. Die Reichsregierung ließ durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes zu Württemberg einen Lorbeerkranz mit schwarzrotgoldener Schleife niederlegen. Weitere Kränze wurden gewidmet vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Stuttgarter Reichsbanner, von der Demokratischen Jugend, dem Scheffelbund, ferner von Freiligraths Heimstadt Detmold und dem Rheinstädtchen Unkel. Eine besondere Gedenkfeier veranstaltete abends das Reichsbanner dem Dichter seines Bundesliedes am Grabe. Mit Einbruch der Dunkelheit bewegte sich ein Fackelzug von Stuttgart durch die mit einer ungeheuren Menschenmenge umsäumten Straßen nach Kannstadt auf den Uff-Friedhof. Am Grabe hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden, darunter Vertreter der Stadtverwaltung. Die Staatsregierung glänzte durch Abwesenheit. Der „kranke" Staatspräsident Bazille hat sich am Sonntag bei dem Ludwig-Thoma-Abend wohl ganz gut unterhalten, für Freiligrath jedoch hatte er keine Zeit. Sein Vertreter, der Zentrumsminister Bolz, hat für die Einladung gedankt; zur Gedenkfeier bemühte er sich aber nicht. An dem von lodernden Fanalen flankierten Grabe nahm das Reichsbanner Aufstellung. Der Gesangverein „Vorwärts"-Kannstadt leitete die Feier mit einem Chor stimmungsvoll ein. Die Fahnen senkten sich, und die Kameraden sangen das Bundeslied. Die Gedenkrede hielt Landtagsabgeordneter Heymann. Ein Männerchor beschloß die Feier. Der Fackelzug bewegte sich vom Friedhof nach Kannstadt, wo nach einer Ansprache auf dem Marktplatz der Zug aufgelöst wurde.

— — Und Festnahme wegen Hochverrats!

Stuttgart, 19. März. (WTB.) Vom Polizeipräsidenten wird mitgeteilt: Bei der am 17. März d. J. von der Kommunistischen Partei Stuttgarts abgehaltenen Märzfeier haben die württembergischen Landtagsabgeordneten Schneck und Brönnle Aeußerungen gemacht, **die den dringenden Verdacht eines Verbrechens der Mitwirkung zum Hochverrate begründen.** (!) Beide Abgeordnete sind deshalb am anderen Tage im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommen und dem Amtsgericht vorgeführt worden.

Zentrum und Volksbegehren.

Der Beschluß der Berliner Zentrumsversammlung.

Der 1. Vorsitzende der Groß-Berliner Zentrumspartei, F. Kellermann, schreibt uns:

„In Nr. 125 des „Vorwärts" befindet sich, bezugnehmend auf den Artikel „Grundsatz und Taktik" in Nr. 123 der „Germania", eine Darstellung über eine Versammlung der Berliner Zentrumswähler, die nicht den Tatsachen entspricht. Um die einwandfreie Berichterstattung der „Germania" über diese Versammlung festzustellen, bitte ich um freundliche Aufnahme des folgenden:

1. Die Zentrumsversammlung am 12. dieses Monats im Gesellenhaus, Königgrätzer Straße, war ursprünglich als Delegiertenversammlung der Groß-Berliner Zentrumspartei in Aussicht genommen. In der Einladung zu dieser Versammlung wurden von mir die Delegierten des Provinzverbandes der Windthorst-Bünde Berlin-Brandenburg eingeladen, ebenso waren, wie immer, Gäste willkommen. (Parteinachrichten „Germania" Nr. 117.)

2. Entgegen den ursprünglichen Abmachungen lud der Provinzverband der Windthorst-Bünde sämtliche Groß-Berliner Windthorst-Bündler ein und betonte, daß jeder Windthorst-Bündler zur Stelle sein muß. (Parteinachrichten „Germania" Nr. 117.)

3. Bei der Eröffnung der Versammlung gab ich die Erklärung ab, daß satzungsgemäße Beschlüsse und Resolutionen im Sinne einer Delegiertenversammlung nicht gefaßt werden können. (Etwa ein Fünftel der Versammlungsteilnehmer waren Delegierte.)

4. Vor der Abstimmung über die Resolutionen erklärte ich nach einer Geschäftsordnungsdebatte, daß die Abstimmung nur für eine Zentrumswählerversammlung, nicht für eine Delegiertenversammlung gilt. Der Vorsitzende der Windthorst-Bünde schloß sich für die Windthorst-Bünde dieser Erklärung an."

In Syrien sind 50 französische und Senegalschützen in einen Hinterhalt geraten und von den Drusen niedergemacht worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die wirklichen Revolutionäre.

Nach einer kommunistischen Darstellung.

In einem kürzlich erschienenen Buch über die sozialdemokratischen Parteien, das von Eugen Varga, einem der Führer der kommunistischen Internationale, herausgegeben worden ist, wird sehr darüber geklagt, daß der Einfluß der „Reformisten" in den deutschen Gewerkschaften außerordentlich stark, der Einfluß der Kommunisten dagegen noch äußerst gering sei. Die Neuwahl der Betriebsräte und der Ortsverwaltungen in den freien Gewerkschaften habe im Frühjahr 1925 ein außerordentliches Anwachsen der „reformistischen" Stimmen und Mandate gebracht. Es wird festgestellt:

In vier Fünftel von mehr als 50000 Betrieben, in denen Betriebsräte bestehen, bestimmte die SPD. die Wahl oder Ernennung der Betriebsräte völlig selbständig; nur in zirka 10000 Fällen beteiligte sich die KPD. an solchen Wahlen. Von zirka einer Viertelmillion Betriebsräten sind mindestens Hunderttausend Sozialdemokraten (neben einer großen Zahl von der SPD. beeinflußter Parteiloser), während die KPD. keine Zehntausend besitzt.

Bei den Gewerkschaften fielen 95 Proz. der etwas über 16000 Ortsverwaltungen den Reformisten völlig kampflos zu. Die Delegiertenwahlen zum ADGB.-Kongreß zeigen den beherrschenden Einfluß der SPD. ganz kraß. Zwar brachten die Wahlen beim Metallarbeiterverband 27 Proz. kommunistische Stimmen. In den anderen 40 Verbänden war deren Stimmenanteil, mit geringen Ausnahmen, so klein, daß die Reformisten — unter strikter Ablehnung des Verhältniswahlsystems — sämtliche 313 Delegierte, außer 2, stellten (auf dem Leipziger Kongreß 1922 gab es noch 88 kommunistische, neben 138 USP.- und 463 SPD.-Delegierte).

Die „Reformisten" begnügen sich aber nicht mit diesem ziffernmäßig so starken Einfluß auf die Arbeiterschaft, sie geben keine täglich wechselnden Parolen aus. Sie fordern nicht heute zur Spaltung der Gewerkschaften und morgen zur Herstellung der „Einheitsfront" und zur Bildung von „Einheitskomitees" auf, sondern sie leisten praktische Arbeit für das Proletariat. Ihr Einfluß, so wird in dem Buche weiter berichtet, „zeigt sich auch bei der Vertretung von Arbeitern bei Streitigkeiten mit den Unternehmern; in den meisten Fällen werden Arbeiter usw. vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten von Sozialdemokraten vertreten.... Sie sind zum großen Teil Gewerkschaftsfunktionäre, stehen im Betriebe, leiten die meisten Lohnbewegungen und sind — als Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute — bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse im Betriebe immer dabei".

Das gleiche kann man allerdings von den Parteikommunisten nicht behaupten, die zwar die „Weltrevolution" ständig im Munde führen, durch ihre zerstörende Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bisher aber nur die Weltreaktion gefördert haben. So ergibt sich also auch aus den Feststellungen dieses kommunistischen Buches, daß die wirklichen Revolutionäre die „Reformisten" sind: Sie arbeiten jede Stunde und jeden Tag daran, um die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung zu verbessern. Sie kämpfen für die Erhaltung und Erweiterung der Rechte der arbeitenden Klassen. Sie bahnen mit ihrer mühevollen Kleinarbeit dem Proletariat den Weg, auf dem sich seine Befreiung aus dem heutigen wirtschaftlichen und kulturellen Elend vollziehen wird.

Streik in der Schuhfabrik Silberberg Gebr. & Co.

In einem früheren Artikel wurde bereits auf die erfolgten Lohnreduzierungen in Höhe von 25 bis 30 Proz. bei der Firma Silberberg Gebr. u. Co., Köpenicker Str. 55, hingewiesen. Die Belegschaft hatte bereits am 12. März beschlossen, in den Streik zu treten für den Fall, daß der Lohnabzug nicht rückgängig gemacht wird. Nachdem die Arbeiterschaft wiederholt passive Resistenz geübt hatte, ließ sich die Firma zu Verhandlungen herbei, in denen sie einige geringe Zugeständnisse machte. Die Belegschaft erklärte sich jedoch mit diesen geringen Erhöhungen der reduzierten Löhne nicht einverstanden und beharrte auf den vor der Reduzierung geltenden Lohnsätzen. In der Verhandlung am 19. März erklärte der anwesende Herr Senger, Inhaber der Firma Senger u. Stockwald„ Schuhfabrik, daß der Lohnabbau infolge der „wirtschaftlichen Verhältnisse" zur „Aufrechterhaltung der Berliner Schuhfabriken" notwendig sei, auch er könne in seinem Betriebe die bisherigen Löhne nicht weiter zahlen.

Es handelt sich also nicht nur um einen Lohnabbau in einer einzelnen Firma, sondern es wird der Versuch gemacht, in allen übrigen Schuhfabriken die Löhne ebenfalls erheblich herabzusetzen. Angesichts dieser Tatsache war es ganz unmöglich, zu irgendeiner Verständigung zu gelangen. Die Arbeiterschaft hat daher den seinerzeit gefaßten Beschluß durchgeführt und befindet sich seit Freitag 12 Uhr im Streik. Der Betrieb bleibt gesperrt. Alle Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, keine Arbeit in diesem Betriebe anzunehmen.

Gescheiterte Verhandlungen im Baugewerbe.

Bochum, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag in Düsseldorf geführten Verhandlungen für die Neuordnung der Löhne im rheinisch-westfälischen Baugewerbe sind gescheitert. Die Arbeitgeberverbände forderten eine Herabsetzung der Löhne in den verschiedenen Bezirken von 17 bis 26 Pfg. in der Stunde, obwohl die gegenwärtig geltenden Spitzenlöhne in Köln, Düsseldorf, Neuß, Krefeld, München-Gladbach und im bergischen Land nur 1 18 M. betragen. Die Arbeitnehmer forderten eine Lohnerhöhung von 15 Pfg. die Stunde. Voraussichtlich tritt am 29. März das Zentralschiedsgericht in Berlin zusammen, um einen für beide Parteien bindenden Schiedsspruch zu fällen.

Losowski bemüht sich um China.

Moskau, 18. März. (OE.) Der Zentralrat der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale hat beschlossen, zu dem im Mai nach Tientsin einberufenen Kongreß der Gewerkschaften Chinas eine Delegation unter Führung Losowskis zu entsenden. Ueber die chinesischen Gewerkschaften gab der aus China eingetroffene Gewerkschaftsvertreter Litschan dem Zentralrat einen kurzen Bericht, wobei er auf die große Bedeutung des kommenden Tientsiner Kongresses hinwies, an dem auch Gewerkschaftsvertreter aus Japan, Korea, Java, Indien und den Philippinen teilnehmen werden. Dieser Kongreß soll die weiteren Richtlinien für die Politik der Gewerkschaften in Ostasien entwerfen.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Aufsichtsrat der Versorgungsanstalt der Reichspost liegen jetzt vor und geben ein Bild von der gewerkschaftlichen Zusammensetzung des Beamtenpersonals der Reichspost. Es wurden 62740 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die freigewerkschaftliche allgemeine deutsche Postgewerkschaft 35174, auf die dem DBB. angeschlossene Postgewerkschaft 27566.

Der Streik bei Massary ist durch Verhandlungen beigelegt worden. Die Sperre über den Betrieb ist damit aufgehoben. Wir behalten uns vor, auf den Streik ausführlicher zurückzukommen.

Tagung der Bühnengenossenschaft.

Berlin, den 18. März.

Zur Frage der Bühnenschiedsgerichte sprach Frau Grete Ilm, über deren letzte prinzipielle Entscheidungen sie einen Ueberblick gab. Sie betonte dabei, daß der Abschluß von Tarifverträgen auch für die „Prominenten" eine Lebensnotwendigkeit sei. Karl Ebert vom Staatstheater in Berlin beschäftigte sich mit der Frage des Bühnennachwuchses, die in wirtschaftlicher, wie künstlerischer Hinsicht ein Hauptproblem des genossenschaftlichen Kampfes sei. Aufgabe der Genossenschaft müsse es sein, die Anfängerfrage bei künftigen Tarifverträgen mit aller Entschiedenheit durchzufechten. Die Unterrichtsfrage sei hauptsächlich eine Lehrerfrage, und zwar müsse zur Ausübung der Lehrtätigkeit eine gesetzliche Genehmigung und ein Befähigungsnachweis notwendig sein. Die jetzt bestehenden, im wesentlichen nach den Grundsätzen der Genossenschaft errichteten Schauspielerschulen in Berlin und Frankfurt a. M. hätten so gute Erfolge bezeitigt, daß man auch in München, Dresden und Hamburg derartige Schulen schaffen wolle.

Zur Tätigkeit der Filmschutzstelle wies Dr. Aßmann darauf hin, daß die Bemühungen, auch für Filmschauspieler einen Normaltarifvertrag zu schaffen, infolge der Haltung der Filmindustriellen schon gleich zu Beginn gescheitert seien. Emil Lind wandte sich scharf gegen die Bestrebungen, ein neues Kunstgesetz zu schaffen. Die Reichsgerichtsentscheidung gegen Gärtner mache den Schauspieler für die von ihm vorgetragene Dichtung verantwortlich. Rickelt berichtete dann über das beabsichtigte Zusammentreten einer

internationalen Schauspielerkonferenz.

Amerika, England, Belgien, Japan und die skandinavischen Länder hätten prinzipiell ihre Beteiligung zugesagt, während Frankreichs Antwort noch ausstehe. Die Konferenz solle im Juni in Berlin stattfinden und die eventuelle Vorbereitung für eine 1927 in Paris zu veranstaltende Zusammenkunft übernehmen.

Erking (Frankfurt a. M.) setzte sich für die Erhaltung des Ensembles für das Fundament der Schauspielkunst ein. Die Genossenschaft müsse an dieser Forderung festhalten. Der Redner beantragte, dem Verwaltungsrat Entlastung zu erteilen und ihn zu ersuchen, bei seiner künftigen Arbeit die in der Aussprache vorgebrachten Wünsche zu berücksichtigen. Mit den Persönlichkeiten des Präsidiums werde man sich bei den nächsten Wahlen noch näher beschäftigen.

Nach den Darlegungen einer Reihe weiterer Redner griff Leo Schützendorf von der Staatsoper in Berlin sehr temperamentvoll die Klage Erkings über das Nichtvorhandensein der Ensembles auf und erklärte hierzu unter dem Beifall der Versammlung, daß Schuld an diesen Zuständen in erster Linie die Prominenten selbst seien, die für kein Ensemble mehr zur Verfügung ständen. Ebensowenig kümmerten sich diese Prominenten um die Genossenschaft selbst.

Mit dem verfluchten Wort: „Prominenten"

müsse überhaupt endlich aufgeräumt werden. Es gäbe nur Könner und Nichtkönner. (Stürmischer Beifall.) Das Problem der Veranstaltung einer Internationalen Schauspielerversammlung bezeichnete der Redner als sehr wichtig. In diesem Zusammenhang erzählte er von seinen Erfahrungen auf Gastspielreisen, wobei er lebhafte Klage über das Verhalten der Deutschen Gesandtschaft in Madrid und im Haag führte. Das Auswärtige Amt müsse sich mit diesem Verhalten seiner Diplomaten im Auslande beschäftigen. Zum Fall Gärtner erklärte Eduard v. Winterstein, daß es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Schauspieler sei, unbeschadet ihrer politischen Richtung sich mit der Tatsache zu beschäftigen, daß einer ihrer Kollegen infolge seiner künstlerischen Tätigkeit ein Jahr im Gefängnis schmachte.

Für den Verwaltungsrat replizierte Rickelt kurz auf die vorgetragenen Wünsche und Beschwerden und versicherte, daß die Genossenschaft den Fall Gärtner lediglich von der künstlerischen Seite betrachte. Auch er bestätige die schlechten Erfahrungen, die deutsche Künstler im Ausland mit deutschen Diplomaten gemacht hätten. Dem Verwaltungsrat wurde daraufhin Entlastung erteilt und die Versammlung nahm fast einstimmig eine Entschließung an, in dem die

sofortige Freilassung Gärtners gefordert

wird.

In geschlossener Sitzung am Freitagvormittag wurde die Wahldebatte beendet. Da auch die Wahl in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen sollte, kam es zu einem Protest der nichtdelegierten Schauspieler, sowie der sonstigen Zuhörer. Die bisherigen Präsidenten Rickelt und Wallauer wurden wieder gewählt und zwar Rickelt mit 181, Wallauer mit 201 von insgesamt 243 Stimmen.

Verband der Maler. Sonntag, den 21. März, vormittags 10 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17, Mitgliederversammlung. Stellungnahme und Beschlußfassung über Lohn- und Reichstarife. Diskussion und Verschiedenes. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, muß jeder Kollege erscheinen! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, abends 7½ Uhr, Gruppe Moabit im Jugendheim Bremer, Ecke Wiclefstraße, Vortragsfortsetzung: „Historischer Materialismus".

Verantwortlich für Politik: **Richard Bernstein**; Wirtschaft: **Artur Saternus**; Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Eßforn**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Zum Wochen-Ende besonders billige Angebote bei Hermann Tietz

Damen-Strümpfe farbig, gut verstärkt 55 Pf.
Nachthemden für Damen, aus gutem Wäschestoff, mit gesticktem Motiv und Hohlsaum 2.95
Mäntel aus gutem Donegal 12.50
Kleider reine Wolle, mit langen Aermeln 9.50
Jumper aus gestreifter Waschseide (Kunstseide), mit langen Aermeln u. Kragen 6.90
Jumper aus baumwoll. Crêpe offen u. geschl. zu trag., m. lang. Aerm., i mod. Dessins 4.75
Herren-Socken gut verstärkt od. Schweißsocken Paar 38 Pf.
Hemdhosen Windelform, aus gutem Hemdentuch, mit Hohlsaum garniert 1.95
Küchen-**Handtücher** rein Leinen, ca. 45×100, gesäumt u. gebändert Stück 85 Pf.
Korbsessel-Kissen Stück 95 Pf.
Büstenhalter für Damen, aus gutem baumwollenen Trikot, Marke „Pando" 95 Pf.
Damen-**Taschentücher** weiss Batist, mit Langette u. gest. Ecke 6 Stück 95 Pf.
Kopfkissenbezüge Linon, Grösse 80×80 cm 1.45 1.95 2.25
Linon-**Deckbettbezüge** ca. 130×200 150×200 cm 5.25 7.95 9.00
Damen-Schlüpfer Kunstseide, bestes Fabrikat, tadelloser Sitz, grosses Farbsortiment 1.95
Unterröcke aus baumwollenem Trikot, mit plissiertem Satinvolant, in vielen Farben 3.60
Praktisches **Taschenfeuerzeug** echt Silber, 800/000, in verschied. Ausführ. Stück 2.90
Damen-Ring echt Silber, 800/000 massiv, in verschiedenen Ausführungen 95 Pf.
Einsatzhemden für Herren, gebleicht, mit schönen modernen Einsätzen 1.95
Herren-Kragen moderne Stehumlegeform, prima Mako, vierfach 85 Pf.
Frühstückstaschen aus starkem Leder, zum Umhängen Stück 85 Pf.
Perlenhalskette mit echt Silber-Schloss, massive französische Perlen 1.90
Herren-Wollhüte und Lodenhüte moderne Formen und Farben 3.90
Herren-Wollhüte moderne Formen und Farben 4.90
Schulmappen für Knaben und Mädchen, schwarz und braun, aus kräftigem langrain genarbt. Rindleder, 34 cm gross, Stück 5.25
Taschenuhr deutsches Ankerwerk 2.75
Turnschuhe mit Gummisohle, in grau Segeltuch, vorzügliche Qualität Grösse 27–30 2.45 31–35 2.85 36–42 3.20 43–46 3.60
HERMANN TIETZ
Gummimäntel für Herren gute Gummierung, Schlüpferform, mit und ohne Gürtel 14.50

Der Kampf mit dem Boden

„Der Krieg ist parterre," sagte der Militärarzt zu dem Stellungspflichtigen, der ihm davon sprach, daß das Treppensteigen ihm beschwerlich falle. Der alljährlich im Frühling sich einstellende Kampf mit dem Boden ist auch parterre: beim Graben, Hacken, Pflanzen zieht die Erde den Menschen zu sich herab. Mancher Rücken hat geschmerzt, bis er sich an das Bücken gewöhnt hatte. Das soll jetzt anders werden: die Maschine ersetzt den Menschen.

Neue Methoden.

Der Laubenkolonist wird sich auf seinem kleinen Besitztum zumeist nur mit Gemüsebau beschäftigen; für den Siedler aber, der ein paar Morgen Land sein eigen nennt, muß es von größter Bedeutung sein, wenn er **ohne Mehrarbeit**, ja vielleicht auch unter Ersparung der Arbeit, von seinem Boden bedeutend größere Erträge erzielt. Die landwirtschaftliche Technik — diese in weitestem Sinne genommen — ist nun seit dem Kriege dazu übergegangen, das Problem der Mehrerzeugung zu studieren. Entdeckungen und Erfindungen wurden gemacht, die in gewisser Hinsicht geeignet sind, **die Bestellung des Ackers zu revolutionieren.** Sehen wir ganz von der Methode der Verwendung des künstlichen Düngers ab, so sind die Konstruktion der Fräsen zur energischen Bearbeitung des Bodens, die Beizung des Samens zur Abtötung von Ungeziefer, die Reizung des Samens nach der Popowschen Methode zur Erzielung größerer Erträge und die Reihensaat der Getreidekörner in weiten Abständen, die ein Hacken des Bodens ermöglichen, so bemerkenswerte Erscheinungen, daß man von ihrer Vereinigung das Beste für eine nahe Zukunft erhoffen darf. Und nun kommt ein Landsmann und stellt eine Theorie auf, aufgebaut auf tausendjähriger Praxis in — Ostasien! Sehen wir zu, was er uns zu sagen hat.

Der abgesetzte Sämann.

Mit der Pflanzensetzmaschine („Fortuna" genannt) will Herr D. Trietsch das Problem lösen, vor allem den deutschen Getreidebau ertragreicher machen. Was der Japaner und Chinese durch die mit der Hand vorgenommene Umpflanzung der im Saatbeet herangezogenen Getreidepflänzchen auf breite Reihen erzielt, ist in der Tat höchst bemerkenswert; **der Getreide- und Reisanbau Ostasiens ist ein „gärtnerisierter" Körnerbau und bringt das Siebenfache einer amerikanischen Kultur.** Daher ermöglicht der Besitz von nur einem Morgen die Existenz einer Asiatenfamilie. Die Erkenntnis, daß die in Reihen gepflanzte, alleinstehende Getreidepflanze hinsichtlich Anzahl ihrer Halme und der Körnerzahl ihrer Aehren weit höhere Erträge, als die nach alter Manier breitwürfig ausgesäte Pflanze liefert, hat nun ja bereits zu der oben erwähnten Reihensaat geführt. Daß eine unter günstigen Verhältnissen ausgeführte Bestellung des Ackers mit Pflänzchen, die im Saatbeet herangezogen sind, in breiten Reihen dieses Mehr an Erträgen noch zu steigern vermag, liegt auf der Hand. Es fragt sich nur, wie ist eine solche Verpflanzung praktisch zu machen? **Mit Handarbeit schwerlich,** da hier die Notwendigkeit, den Umpflanzungsprozeß in kurzer Zeit zu vollenden, eine Menschenmasse zur Voraussetzung hätte, die nicht vorhanden ist. Wenn nun die neue Pflanzensetzmaschine, über die jüngst in einer Versammlung der Berliner „Landhilfe" diskutiert wurde, und deren Konstruktion namentlich von dem Gedanken, als solche Umpflanzmaschine zu dienen, beeinflußt wurde, die Hoffnungen erfüllt, die ihr Konstrukteur hegt, so wäre es in der Tat möglich, den bisherigen landwirtschaftlichen Hauptprozeß: die Hereinbringung von Getreide — auf eine ganz neue Basis zu stellen.

Die Vorteile der Umpflanzung.

Wie schon von den Verfechtern der Reihensaat bemerkt wurde, ist mit der Einzelstellung der Pflanze eine große Ersparnis von Saatgut verbunden. Diese Ersparnis ist beim Umpflanzverfahren noch verstärkt, da man für den Hektar etwa 5 bis 7 Kilogramm Saatgut für 100 000 Pflänzchen zu rechnen hat. **Es ist also möglich, bestes, daher teuerstes Saatgut zu verwenden,** und man wird trotzdem noch ersparen gegen früher, wo breitwürfige Saat zirka 170 Kilogramm pro Hektar erfordert. Ein anderer Vorteil ist, daß man in der Lage sein wird, für die Zeit des Umpflanzens die klimatisch am besten sich eignende Periode auszusuchen, da

Die Arbeit am Frühbeet.

naturgemäß die Bedingungen, unter denen die Pflänzchen durch die Maschine in den Boden gebracht werden, die denkbar günstigsten sein sollten. Die Maschine ähnelt einigermaßen den komplizierten Handsämaschinen; sie senkt die Pflanze in die Erde und drückt sie an, bekanntlich eine Hauptsache beim Pflanzen. Sie bedarf zweier Personen; die eine schiebt den Apparat vorwärts, die andere steckt die sachgemäß aus dem Saatbeet genommenen Pflänzchen — eine nach der anderen — in einen Trichter, von dem aus die Fortbewegung nach unten erfolgt. Die angegebene Leistungsfähigkeit: Pflanzung von 5000 Pflänzchen in der Stunde — erscheint reichlich hoch — aber selbst eine Kürzung um ein Drittel oder gar die Hälfte ergäbe immer noch eine gute Leistung.

Wie wir erfahren, werden zurzeit kombinierte Versuche angestellt: Umpflanzung von Pflänzchen, die nach Popowscher Art stimuliert sind, durch die Maschine.

Die Forderung der Stunde.

Wenden wir uns nach diesen Zukunftsbetrachtungen dem heutigen Tage zu, so wird jeder Gartenbesitzer seiner Freude über die milde Witterung durch fleißige Vorarbeit im Boden Ausdruck gegeben haben. Der Winter, der so früh recht grimmig einsetzte, hat uns zwar nicht allzu viel Schnee, aber doch reichlich Feuchtigkeit gebracht, nur die Sonne fehlte, die der mit Glasfenstern operierende Gärtner jetzt so sehnsüchtig herbeiwünscht. Wie anders entwickeln sich im Mistbeet oder in den Schalen auf den Hängebrettern der Gewächshäuser die jungen Gemüsesaaten, wenn ein paar Sonnenstunden zu verzeichnen sind. Jetzt kann man aber auch schon ohne teure Heizmittel zur Aussaat im Frühbeet schreiten, wobei Reihensaat sehr zu empfehlen ist. Daß man Mohrrüben und Erbsen schon dem Boden anvertrauen kann, ist bekannt; als erste Frucht zeigt sich bereits der gedrungene Keim des aus dem Boden brechenden Rhabarbers. Fleißiges Bearbeiten des Bodens, fleißiges Düngen. Entfernen von Schutzdecken, Beseitigen alles Schlechten, Faulenden, Morschen im Garten und an der Umzäunung erhöht Aussehen und Ertrag: Wenn auch die „Wettermacher" das Auftreten neuer winterlicher Temperaturen nicht für wahrscheinlich erklären, wird der gewitzigte Landmann doch nicht allzu sorglos sein und die Schutzdecken so legen, daß sie sofort wieder „greifbar" sind, wenn die Temperatur heruntergeht. Wo neue Saaten und später neue Pflanzungen zu schützen sind, schlage man gleich ein paar Pfähle ein, die, mit Latten verbunden, zur Auflage von Decken, Strohmatten usw. dienen können. Vor allem sorge man für gut abgehärtete Pflänzlinge, die einen leichten Kältepuff aushalten können.

*

Kehren wir noch einmal zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurück; alle Bestrebungen, die deutsche Ernte zu steigern, dienen der Gesamtheit des Volkes. Je mehr der einzelne aus seiner Besitzung herausholt, desto unabhängiger wird er von der Markt-

Bewurzelung der Pflanzen
bei in Reihensetzen *bei Breitsaat*

Onkel Moses.

39]

Roman von Schalom Asch.

„Dear uncle, please, sprich nicht so. Ich weiß nicht, was ich tun soll. Ich bin ein närrisches Mädel. Du hast recht, du hast mir, Pa, Ma so viel Gutes getan, und ich bin so schlecht, so dumm. My good, good uncle." Sie barg ihren Kopf an seinem Halse, und heiße Tränen, ein kindlicher Kuß, welche von Hilflosigkeit und Trauer herkamen, wärmten des Onkels alte, harte Haut.

Einen Augenblick lang tat es ihm wohl, und er ließ sich küssen. Doch bald protestierte sein Mannesstolz gegen die unschuldigen kindlichen Küsse. Er wollte Mascha umfassen und auf den Mund küssen, wie ein Mann eine Frau küßt, doch ihre Tränen hielten ihn zurück, denn die Tränen machten sie kindlich, und er begehrte danach, die Frau in ihr zu küssen ... So löste er ihre Arme von seinem Nacken und schob sie sanft fort.

„Du vergißt, Mascha, daß du kein Kind mehr bist; du bist ein erwachsenes Mädchen."

Mascha wurde rot vor Scham. Ihre Tränen blieben in den Augen hängen, und sie blickte unschlüssig und hilflos mit feuchten Augen den Onkel an.

„Willst du nach Hause gehen?" fragte sie der Onkel.

„Ja." Mascha nickte mit dem Kopf.

Der Onkel löschte das Licht aus, verschloß sorgfältig die Türen und ging, ohne sich um Mascha umzusehen, als wäre sie gar nicht hier. Bevor er sie vor ihrem Hause absetzte, sprach er:

„Sei unbesorgt, Mascha, was ich für dich tun kann, werde ich tun wie für alle meine Landsleute und Verwandten." Damit fuhr er fort.

Zu Hause warteten „Pa" und „Ma" in Angst und Bangen auf Mascha. Doch Mascha beantwortete ihre fragenden Blicke nicht und ging sofort in ihr Zimmer. Aaron rief sie, um sie nach dem Ergebnis der Unterredung zu fragen, doch seine Frau zog ihn beim Aermel und flüsterte ihm zu:

„Laß sie gehen, heute frage sie nicht!"

Aaron sah ein, daß seine Frau recht hatte wie immer.

Mascha lag die ganze Nacht schlaflos. In der Nacht wurde ihr klar, daß sie kein Recht mehr auf Glück hatte, daß eine Schnur um ihren Hals lag, daß sie verkauft war, als sie noch Kind war, verkauft für die Behaglichkeit der Eltern und aller ihrer Verwandten. Sie erinnerte sich an die Zeit in der Hopkinsstreet, ehe sich der Onkel ihrer angenommen hatte, als sie noch das „Hausmütterchen" gewesen war. Sie lächelte, als sie sich erinnerte, wie sie den Delikatessenhändler und den Fleischer mit dem Zauberwort „Papa arbeitet" betrogen hatte, als er vom Hause fortgelaufen war, und anderer ähnlicher Szenen. Sie sah ein, daß sie bis heute nicht aufgehört hatte, die Rolle des Hausmütterchens zu spielen. Und diese Rolle durfte sie nicht mehr aufgeben.

Sie sah das „Schafott" — das Schlafzimmer mit dem blauen, roten und gelben Licht; vielleicht war es das Schafott, der Opferaltar, der sie anzog ... Sie hatte Furcht vor dem blauen Schlafzimmer, und es zog sie doch zu dem blauen Schlafzimmer. Sie konnte nicht ablassen, an das blaue Schlafzimmer zu denken. Es zog sie mit derselben Kraft an wie der Tod den Schwerkranken. Am Morgen sagte sie zur Ueberraschung aller dem Vater, er möge dem Onkel sagen, daß sie ihre Worte bedauere und ...

Doch der Onkel ließ nicht mit sich reden. Er wollte nichts hören und nichts wissen. Aaron Melnik und seine Frau kamen und flehten ihn an, er möge mit ihrem Kinde Mitleid haben und ihr junges Leben nicht zerstören — doch der Onkel wünschte, daß Mascha selbst zu ihm komme und ihm sage, was sie zu sagen habe. Dann werde er sehen, was zu tun sei. Und er fügte hinzu:

„Please, tut mir den Gefallen und zwingt sie nicht um eures Stückchens Brot willen, etwas zu tun, was sie nicht will."

Mascha fühlte die Erniedrigung, welche der Onkel ihr antat, indem er wünschte, daß sie selbst ihn bitten komme. In den wenigen Tagen war jedes Gefühl von Achtung und kindlicher Liebe, das in der Zeit, da der Onkel sich mit Mascha abgab, in ihrem Herzen gewachsen war, in ihr erstorben. Sie empfand nur mehr Verachtung, Ekel gegen ihn. Doch sie konnte den bittenden, bettelnden Blicken von Pa und Ma, ihrer Brüder und Schwestern nicht widerstehen, welche stumm flehten: Tu etwas für uns. Sie war das „Mütterchen" und hatte keine Kraft, das Gefühl ihrer Mütterlichkeit zu besiegen, welches seit ihrer Kindheit in ihr lebte.

In dieser Zeit suchte sie Charlie auf; sie erwartete nicht, von ihm ein Wort zu hören, das ihr Kraft gäbe, den Kampf zu bestehen, sondern sie wollte sehen, ob ihr vielleicht sein Anblick mehr Kraft und Hoffnung geben könnte. Sie verabredete mit ihm ein Zusammensein, und wieder gingen beide den ganzen Tag auf der Fünften Avenue und im Zentralpark spazieren, wieder sprach Charlie unaufhörlich von großen Dingen, von der Befreiung der Welt, vom Sinn des Lebens, erzählte von seinem Plan, einen Streik beim Onkel zu organisieren. Doch für sie, für ihr Leben, für ihre Interessen hatte er kein Wort. Genau so wie das erstemal interessierte sich Charlie für die ganze Welt, nur nicht für Mascha, genau wie früher sah er nicht sie. Mascha war schon bereit, ihm alles zu erzählen und ihn zu bitten, er möge ihr helfen, stark zu sein, daß sie Kraft finde, ihr Leben auf eigene Verantwortung zu beginnen, er möge ihr helfen, sich auf eigene Füße zu stellen. Doch Charlie war mit so großen Weltproblemen beschäftigt, daß Mascha nicht wußte, wie sie eigentlich mit ihm über sich und über ihr kleines Leben sprechen sollte. Es schien ihr, als sei es für Charlie zu geringfügig, sich mit so kleinen privaten Angelegenheiten abzugeben.

Von dem Spaziergang mit Charlie kam sie noch verlassener und einsamer heim, als sie gegangen war. Sie hatte kein Wort über sich mit ihm gesprochen, und Charlie war es gar nicht aufgefallen. Dann versuchte Mascha, sich allein selbständig zu machen; sie ging auf Grund eines Zeitungsinserates eine Stelle suchen. Zu Hause herrschte traurige Stimmung, die stummen Blicke der Schwestern und des Vaters bebten hilflos. Was lag daran — längst schon liegt die Schnur um den Hals. Mit der Schnur um den Hals war Mascha geboren worden.

Sie ging zum Onkel. Nur Ekel und Verachtung empfand sie gegen ihn — doch sie ging. Sie verstand und empfand deutlich, was dieser Gang bedeutete und was er für ein Ergebnis haben würde. Sie sah das blaue Schlafzimmer mit dem Bett auf dem Piedestal ... Und vielleicht war es das blaue Zimmer und das Bett auf dem Piedestal, welche sie dazu brachten, alle Erniedrigung und alle Gefühle zu verbergen und selbst zum Onkel bitten zu gehen, daß er sie heirate. Es war, als hatte sie das blaue Zimmer verzaubert. Fürwahr, sie hatte Sehnsucht nach dem blauen Zimmer, insgeheim, in der Stille, tief in sich hatte sie Sehnsucht nach dem blauen Zimmer mit allen seinen geheimnisvollen Lichteffekten. Ihre Phantasie webte um das blaue Zimmer und gaukelte ihr verschiedenartige Schreckbilder vor. Und das blaue Zimmer zog sie an wie der Tod den Kranken ...

(Fortsetzung folgt.)

sage. Je kleiner das für den einzelnen benötigte Siedlungsterrain ist, desto mehr Menschen können angesiedelt werden, was zu einem stärkeren Gegengewicht gegen das Großagrariertum führt. Der Siedler ist nicht der Meinung der Mehrzahl der Kleinbauern, daß die Interessen der Großbetriebe mit den ihren identisch wären. Was schließlich die Anschaffung von Maschinen betrifft, die für den einzelnen ja nicht voll ausnutzbar erscheinen, so wäre durch genossenschaftlichen Erwerb oder eine bequeme Art des Verleihens allgemeinste Benutzung zu ermöglichen.

Berlins Haushalt für 1926.

593 Millionen Ausgaben — Schwierigkeit der Deckung.

Der Haushaltsplan der Stadt Berlin ist soeben fertiggestellt worden. Er wird in der Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Woche durch den Kämmerer vorgelegt werden. Der Aufbau des Haushaltsplanes 1926 hat sich gegen das Vorjahr nur geringfügig geändert. Der gesetzlich geforderte angemessene Spielraum für die Durchführung des Haushalts wird den Bezirken auch in diesem Jahre, soweit unvorhergesehene einmalige Ausgaben in Betracht kommen, durch Vorbehaltsmittel, soweit Deckung von Ueberschreitungen in Frage kommt, durch Verstärkungsmittel gewährt werden. — Der Haushaltsplan ohne außerordentliche Verwaltung und ohne Werke schließt in der Ausgabe nach den wirtschaftlichen Abschlüssen mit etwa 593 Millionen Mark ab gegen 519 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Steigerung erklärt sich zu einem Teil dadurch, daß die Erstattungen durch den Ausbau des wirtschaftlichen Abschlusses vollständiger und genauer erfaßt werden. Sieht man von der Erhöhung der Haushaltsziffern durch diesen Ausbau ab, so beträgt die Erhöhung der Ausgabe 1926 gegen 1925 etwa 60 bis 65 Millionen Mark oder rund 12 Proz. Hieran ist, soweit die laufende Verwaltung in Frage kommt, die Kapitals- und Schuldenverwaltung, bei der nach Erlaß der Aufwertungsgesetze wieder Beträge für Verzinsung und Tilgung der Anleiheschulden vorgesehen sind, allein mit 13 Millionen Mark beteiligt. 5 Millionen Mark sind für weitere Wohlfahrtsausgaben in Fortführung der Notstandsaktion vom Dezember 1925 eingestellt. Ferner erscheinen 3,5 Millionen Mark für Versorgungsbezüge des Personals der Straßenbahn, außerdem 1,3 Millionen Mark als Zuschuß der Stadt als Garantieverband zur Aufwertung der Sparguthaben der städtischen Sparkassen. Der Rest entfällt auf Erhöhung der laufenden persönlichen und sächlichen Kosten. — Die einmaligen Ausgaben ohne die der Werke haben sich trotz aller Bemühung auf möglichste Einschränkung nicht niedriger halten lassen als im Vorjahre. 1925 waren dafür ohne die Vorbehaltsmittel insgesamt rund 42 Millionen Mark vorgesehen, von denen ein Teil im Betrage von noch etwa 8 bis 9 Millionen Mark bisher noch nicht freigegeben werden konnte. Für 1926 sind an einmaligen Ausgaben ohne Werke und ohne Vorbehaltsmittel sogar 51 Millionen Mark eingestellt worden, darunter 10 Millionen Mark für Wohnungsbau (gegen 5 Millionen im Vorjahre), 3,8 Millionen Mark für Straßendurchbrüche und ansehnliche Summen für Schulbauten und Krankenanstalten, die namentlich bei den letzteren die des Vorjahres noch erheblich übersteigen. Da es jedoch bei der gespannten Wirtschaftslage und dem Rückgang der Steuereinnahmen unmöglich war, diese erhöhten Beträge aus laufenden Einnahmen zu decken, so sind etwa 25 Millionen Mark dieser einmaligen Ausgaben auf die außerordentliche Verwaltung übernommen. In dieser mußten außerdem 30 Millionen Mark für den Ausbau des Elektrizitätswerks Kummelsburg, 20 Millionen Mark für den Abschluß der Nordsüdbahn und 7 Millionen Mark für die NEG.-Bahn vorgesehen werden, so daß die außerordentliche Verwaltung insgesamt rund 81 Millionen Mark enthält. Von dieser Summe werden 9,4 Millionen Mark aus der Anleihe 1924 gedeckt werden können; 20 bis 25 Millionen Mark beabsichtigt der Magistrat aus einer Inlandsanleihe, den Bedarf der Elektrizitätswerke und der Nordsüdbahn aus Auslandsanleihen aufzubringen. Der Magistrat hofft, daß eine rechtzeitige Begebung dieser Anleihen die Inangriffnahme der Arbeiten noch vor dem Sommer möglich macht. Von den Einnahmen haben sich die Steuern in Auswirkung der Finanzpolitik von Reich und Land seit Monaten ungünstig entwickelt. Bei dem Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer erwartet der Magistrat gegen den Haushalt 1925 eine Mindereinnahme von nicht weniger als 17 Millionen Mark. Die Umsatzsteuer wird keine Mehreinnahme, die Hauszinssteuer nach Verbesserung ihres Verteilungsschlüssels nicht mehr als etwa 4 Millionen Mark Mehreinnahme bringen. Die Erträge der Grundbesitzwechselabgaben sind erheblich zurückgegangen. Der Magistrat ist daher gezwungen, der Stadtverordnetenversammlung, die Erhöhung des Zuschlages zur Grundvermögenssteuer von 150 auf 180 Proz. und die Beibehaltung der letzten Erhöhung der Hundesteuer mit 70 Mark vorzuschlagen. Hierdurch erwartet der Magistrat eine Mehreinnahme von 32,5 + 6 = 38,5 Millionen Mark. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer hat der Magistrat im Hinblick auf das Daniederliegen der Wirtschaft zurzeit für untragbar angesehen. — Auch die Werke müssen in stärkerem Maße zum Ausgleich des Haushalts herangezogen werden. Für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie für die Straßenbahn hat der Magistrat die Abgabe in Höhe von 8 Proz. der Bruttoeinnahmen mit zusammen 23,6 Millionen Mark eingesetzt, für die Stadtgütergesellschaft einen Ertrag von 90 000 Zentnern Roggen im Werte von 700 000 Mark abzüglich der neu übernommenen Erstattung der Bezüge von Versorgungsberechtigten mit 250 000 Mark. Darüber hinaus ist zur Ausgleichung des Haushalts die Ablieferung von 12 Millionen Mark durch die Werke an die Stadthauptkasse erforderlich. Der Magistrat hat die Summe vorbehaltlich ihrer Verteilung auf die einzelnen Werke im Haushaltsplan vorgesehen.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, zu beschließen:

1. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1926 wird in Einnahme und Ausgabe mit 590 831 980 M. festgesetzt.

2. Der umlagefähige Steuerbedarf beträgt 136 040 000 M. Zu seiner Deckung werden erhoben: Die Grundsteuer mit 180 Proz. Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer; die Gewerbesteuer mit 425 Proz. des Steuergrundbetrages nach dem Ertrage und mit 1000 Proz. des Steuergrundbetrages nach der Lohnsumme. Die Zweigstellensteuer wird auf 20 Proz., die Schankgewerbesteuer auf 10 Proz. der Gewerbesteuer nach dem Ertrage festgesetzt.

Dieser Etat wird selbstverständlich einer eingehenden Prüfung unterzogen werden und in der Stadtverordnetenversammlung zu ausgedehnten Debatten führen.

Die Umgestaltung des Spittelmarktes.

Das Bezirksamt Mitte hat der Bezirksversammlung über die geplante Umgestaltung des Spittelmarktes eine Vorlage gemacht, die auf Grund zahlreicher Besprechungen mit der Tiefbaudeputation des Magistrats, dem Verkehrsamt, der Verkehrspolizei und der Berliner Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. zustande gekommen ist. Es fehlt nur noch die schriftliche Zustimmung der Straßenbaupolizei und des Polizeipräsidenten, deren Einholung veranlaßt ist. Die Umgestaltung bezweckt die zwangsläufige Regelung des Fahrverkehrs durch Auflösung des Platzes in Einbahnstraßen, die Verminderung der verkehrsgefährlichen Kreuzungspunkte durch Einführung eines Ringverkehrs, die Sicherung des Fußgängerverkehrs durch Verschmälerung der Fahrdämme, die Entlastung des Platzes durch Umgestaltung der Gleisanlagen und Beseitigung der Abstellgleise, die Erleichterung des Straßenbahnverkehrs durch Anlage von Haltestelleninseln und die Hebung der Uebersichtlichkeit des Platzes durch Beseitigung der störenden Aufbauten. Es werden insgesamt vier große und zwei kleine Inseln eingebaut. Die Gleisverbindung vom Spittelmarkt nach der Köpenicker Straße durch die Seydelstraße, Alte und Neue Jakobstraße wird beseitigt und durch eine Verbindung im Zuge der Wallstraße und Inselstraße ersetzt. Zwischen Wall- und Gertraudtenstraße bleibt eine eingleisige Verbindung bestehen, alle übrigen Abstellgleise werden beseitigt. Von den vorhandenen Aufbauten werden das Verkaufshäuschen von Anger, der Springbrunnen, die beiden Zeitungskioske, die Telephonzelle, die Verkehrswarttafeln und die Anschlagsäulen zur Durchführung des Entwurfes abgebrochen werden müssen, außerdem müssen vier von den vorhandenen sechs Bäumen beseitigt werden. Es ist geplant, einen neuen Baum zu pflanzen und außer der stehenbleibenden Bedürfnisanstalt nur noch eine Uhren- und Litfaßsäule sowie eine Telephonzelle auf dem Platze zu belassen.

Ein netter Landsmann.

Der vereitelte Mordplan.

Ein geplantes Kapitalverbrechen wurde gestern abend von der Kriminalpolizei verhütet. Ein 20 Jahre alter früherer Kontorist Fritz Grauer, der aus guter Familie stammt, hielt es in seiner Stellung nicht lange aus. Die Neigung zu Abenteuern trieb ihn in die weite Welt.

Schon seit März v. J. war er von Hause weg und spielte den Globetrotter. Er wanderte durch Westfalen und das Rheinland, kam auch nach Hamburg, wandte sich von dort dem Süden zu, kehrte von Mailand nach Deutschland zurück und landete kürzlich in Berlin. Hier suchte er einen Monteur auf, den er von seiner Heimat her kannte. Diesen jungen Mann, der für sich allein in der Oranienstraße wohnt, traf er seitdem öfter. Da kam er auf den Gedanken, ihn zu überfallen und zu berauben. Zur Ausführung des verbrecherischen Planes sagte er sich zu gestern abend bei ihm an unter der Vorspiegelung, daß er bei ihm Rundfunk hören möchte. Von vornherein hatte er es darauf abgesehen, bei ihm zu übernachten und ihn im Schlaf zu überfallen. Um das zu erreichen, wählte er gerade den Rundfunk, der ja bis in die späten Stunden dauert und erzählte dem Landsmann, daß seine Wirtin sehr streng sei und ihm keinen Hausschlüssel mitgebe. Der Monteur erklärte sich gern bereit, ihn die Nacht bei sich zu behalten. Nun hatte Grauer aber zunächst doch nicht Mut genug, das Verbrechen selbst auszuführen. Er suchte dafür in der Herberge, in der er in Wirklichkeit wohnte, einen Schlächter zu gewinnen. Dieser ging zum Schein auf den Plan ein, unterrichtete aber die Kriminalpolizei. Beamte der Mordinspektion nahmen darauf Grauer fest. Er hatte einen vierkantigen Mosaikpflasterstein, der in ein nasses Taschentuch eingeknotet war, bei sich und gibt zu, daß er mit diesem „den Monteur so unschädlich machen wollte, daß er schweigen mußte, um ihn nicht verraten zu können." Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Verhaftete anderswo bereits Verbrechen verübt hat. Mitteilungen über sein Treiben an anderen Orten nimmt die Inspektion A. im Zimmer 104 des Polizeipräsidiums entgegen. Grauer gab zu, daß er an Stelle des Steines gern ein Beil benutzen wollte. Er hatte sich jedoch keines verschaffen können.

Europameisterschaft im Mittelgewicht.

Devos siegt über Hein Domgörgen knapp nach Punkten.

Der Sportpalast hatte gestern seinen großen Tag. Es gab ein internationales Programm zu sehen, wie es nicht oft zusammengestellt wird. Der Besuch entsprechend, Ränge und Galerien überfüllt. Um ¾9 Uhr nahmen die Kämpfe ihren Anfang. Im Hauptkampf standen sich im Mittelgewicht der Europameister René Devos (144,3 Pfund) Hein Domgörgen (142,3 Pfund) gegenüber. Nach sehr hartem Kampf, der über 15 Runden ging, siegte René Devos knapp nach Punkten. Das Urteil wurde vom Publikum mit einem Pfeifkonzert aufgenommen. Als unentschieden hätten vielleicht die Leistungen Devos', der fabelhaft boxte, besser genügt. Weiter kämpfte der deutsche Bantamgewichtsmeister Friedemann mit dem Franzosen Fabrigues. Der Kampf ging über alle 10 Runden und Friedemann unterlag nach einem wenig rühmlichen Treffen nach Punkten. Im Schwergewicht konnte Haymann (175 Pfund) über Blackie-Miller (164 Pfund) aus Australien klar nach Punkten gewinnen.

Einbruch bei einem Landgerichtsrat.

Klingelfahrer suchten einen Landgerichtsrat in der Sybelstraße heim. Dieser war mit seiner Gattin ausgegangen und auch die Hausangestellten waren nicht daheim. Diese Gelegenheit benutzten Klingelfahrer, um die Flurtür geräuschlos „aufzukanteln". Sie erbrachen die Schränke, stahlen Wäsche, Kleidungsstücke und für mehrere tausend Mark andere Wertsachen, darunter eine goldene Brosche mit Perlen, eine schwedische Filigranbrosche mit einer neunzackigen Krone und eine goldene Damenuhr mit goldener Chatelaine, die drei Brillanten und ein Rubin zieren, packten alles in einen Rucksack, den sie mitstahlen und verschwanden durch die Hintertür.

Die Gerichtssitzung in der Villa.

Das Schöffengericht Lichterfelde, das die Verhandlungen im Prozeß Lützow führt, hat nochmals eine Aenderung seiner Dispositionen eintreten lassen müssen. Die öffentliche Sitzung in der Villa des Professors Grothe in Nikolassee, Rennwiese 1, zur Vernehmung des erkrankten Dr. Frhr. v. Lützow findet bereits heute vormittags 11 Uhr statt. Zu dem Termin sind durch Rohrpost nur außer den beteiligten Richtern und Schöffen und Vertreter der Anklagebehörde die Sachverständigen und die Verteidiger, aber keine Zeugen geladen worden. Die Verlegung des Termins erfolgte, weil dem Gericht nachträglich Bedenken gekommen sind, ob die in Abwesenheit des Angeklagten am Donnerstag geführte Verhandlung prozessual zulässig gewesen sei. Es würde dann am Sonnabend der letzte Tag innerhalb der von der Strafprozeßordnung zugelassenen viertägigen Unterbrechungsfrist sein, da die letzte vorhergegangene Sitzung am Dienstag stattgefunden hatte. Ohne den Angeklagten zu verhandeln würde nur möglich gewesen sein, wenn er nach seiner verantwortlichen Vernehmung unentschuldigt ausgeblieben wäre. Durch die Feststellungen der Gerichtsärzte am Krankenbett des Angeklagten war jedoch festgestellt worden, daß er am Donnerstag durch Krankheit am Erscheinen behindert worden war. Die Verhandlung in Nikolassee wird nur von sehr kurzer Dauer sein.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 20. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30—6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. (Leitung: Konzertmeister Ferdy Kauffman). **6.35 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glück). **7 Uhr** abends: Dr. Max Freyhan: „Henrik Ibsen". **7.25 Uhr** abends: Gustav Hochstetter: „Humor vom Tage". **7.55 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Völkerkunde. Universitätsprofessor Dr. F. Babinger: „Die Welt des Islam" (Syrien, Palästina und Arabien). **8.30 Uhr** abends: Friedrich Hölderlin (Zu seinem Geburtstage). 1. Einleitende Worte (Hermann Kasack). 2. a) Oden. b) Briefe. c) Hymnen und Fragmente (Theodor Loos, Rezitation). **9.20—10 Uhr** abends: Sendespiele. Abteilung: Schauspiel. Spielzeit 1925/26. Leitung: Alfred Braun. 11. Veranstaltung. „Der Hund im Hirn". Ein Einakter von Kurt Götz. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. **10.30** bis **12 Uhr** abends: Tanzmusik (Funktanzkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 20. März.

3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. **3.30—4 Uhr** nachm.: Frl. K. Delius: Die berufliche Erziehung der Hausfrauen und Hausangestellten in ländlichen hauswirtschaftlichen Fachschulen. **4** bis **4.30 Uhr** nachm.: Dipl.-Gartenbauinspektor Günther: Der Schnitt der Obstgehölze. **4.30—5 Uhr** nachm.: Frl. Walther: Die Getreideerzeugnisse in der Küche. **8.30 Uhr** abends: Uebertragung aus Berlin.

Seine „Nothilfe".

Er verstand, sich die Arbeit leicht zu machen.

Auf die Ausbeutung der Not anderer hatte es der Kaufmann Ernst Schmidt abgesehen. Es war ein trauriges Bild, das sich dem Auge bei dem Aufmarsch dieser einfachen und ärmlich gekleideten Zeugen bot, die dem Angeklagten mit ihrem sauer verdienten Geld zum Opfer gefallen waren. Betrug im strafschärfenden Rückfalle in nicht weniger als sieben Fällen wurde Schmidt zur Last gelegt, das Schöffengericht Berlin-Mitte war ihm diesmal noch ein milder Richter und bewahrte ihn vor einer an und für sich verwirkten Zuchthausstrafe.

Schmidt hatte in der Gegend des Schlesischen Bahnhofs in einem einfachen Restaurant eine Art Vermittlungsbureau für den Eintritt in die Technische Nothilfe aufgeschlagen. Bei ihm konnte jeder Mitglied dieser Einrichtung werden, wenn er sich einen Aufnahmeschein gegen ein entsprechendes Entgelt verschaffte. Den Preis bestimmte der Angeklagte jedesmal willkürlich nach dem persönlichen Eindruck, den er von seinem Opfer hatte. So nahm er für die wertlosen Papiere drei bis zehn Mark. Durch die raffinierten Versprechungen, daß jeder neu Eintretende von der Technischen Nothilfe zwei Paar neue Stiefel als Geschenk erhalte, hatte Schmidt natürlich eine außerordentlich große Zahl von Kunden zu verzeichnen. Man riß sich förmlich um die Mitgliedsscheine. Wie groß war aber das Erstaunen der Reingefallenen, als sie bei einer Abzahlungsfirma Hirsch u. Co. wohl anstandslos zwei Paar Stiefel erhielten, aber erfahren mußten, daß sie diese durch wöchentliche Ratenzahlungen erst als Eigentum erwerben mußten. Von einem Geschenk der Technischen Nothilfe war diesem Geschäft natürlich nichts bekannt. Schmidt war von dem Abzahlungsgeschäft lediglich beauftragt worden, Kunden unter der Arbeiterschaft, die sich in sicheren Stellungen befanden, zu werben. Von dem Umsatz wurden ihm zwei Prozent versprochen. Da dem Angeklagten solche Arbeit zu umständlich und wohl auch zu wenig einbringend war, verfiel er ganz einfach auf diese verwerflichen Schwindeleien. Nur, weil dem Gericht das Geschäftsverfahren von Hirsch u. Co., die allerdings nichts von den Betrügereien des Schmidt wissen mochten, auch nicht als ganz einwandfrei erschien, wurden dem Angeklagten noch einmal mildernde Umstände zugebilligt und er so vor dem Zuchthaus bewahrt. Die gegen ihn erkannte Strafe lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, von der die letzteren als durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. Wegen der gemeinen Gesinnung wurden Schmidt außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Der „Wunderdoktor" mit den Weidenzweigen.

Ein „Wunderdoktor", der seine Sympathiekuren nur zum Deckmantel zur Befriedigung seines Triebslebens benutzte, ist ein gewisser Oskar H., der sich wegen sittlicher Verfehlungen an Minderjährigen vor dem Schöffengericht Neukölln zu verantworten hatte. Ein besonderer Trick von ihm war, daß er seine „Besprechungen" nur unter drei Weidenzweigen vornehmen dürfe und daß die Wirkung der Kur bedinge, daß er mit dem kranken Mädchen oder Kinde allein bleibe. Unbegreiflicherweise wurde diesem unsinnigen Verlangen auch Folge geleistet, und H. benutzte die Gelegenheit zu sträflichen Verfehlungen. Gegenüber der beantragten Zuchthausstrafe machte der Verteidiger geltend, daß auch die Eltern einen strafbaren Leichtsinn bewiesen hätten. Das Gericht erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von 7 Monaten Untersuchungshaft.

Umlenkung von Straßenbahnlinien. Wegen Ausführung von Gleisbauarbeiten an der Kreuzung Potsdamer—Lützowstraße werden in der Nacht vom 22. zum 23. d. M. von 1.40 Uhr an und in der Nacht vom 29. zum 30. d. M. von 1 Uhr an die Wagen der Linien 40, 54, 60, 69, 74, 76, 176 und 88 in beiden Richtungen über Köthener Straße, Schöneberger Ufer, Flottwellstraße, Lützowstraße umgeleitet.

Eine Folge der Steuerdefraudationen. Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 10. März 1926 beschlossen, an den Türen aller Bureaus der Steuerämter und Steuerkassen sowie an sonst geeigneter Stelle Plakate mit der Aufschrift anzubringen, daß Zahlungen rechtswirksam nur an die Steuerkassen erfolgen können. Die Möglichkeiten des bargeldlosen Verkehrs an die Kasse sind in das Plakat mit aufzunehmen. Auch an den übrigen Diensträumen der städtischen Verwaltung sollen entsprechend geänderte Plakate angebracht werden, in denen zum Ausdruck gebracht wird, daß Zahlungen rechtswirksam nicht an die Verwaltungsbureaus, sondern nur an die zuständige Kasse geleistet werden können.

Eine Ausstellung von Arbeiten aus dem Werk- und Handarbeitsunterricht findet vom 20. bis 22. März in der 262 (weltlichen) Schule, Lüttticher Str. 4, statt. Eintritt frei.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Die Opernkarten für die Aufführung „Zar und Zimmermann" am Sonnabend, den 3. April, sind erschienen. Die Kreise werden aufgefordert, sofort ihre Karten vom Bureau abzuholen. Preis der Karte einschließlich Garderobe und Programm 1,50 M.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. 20. Verwaltungsbezirk. Reinickendorf. Die Freidenker-Jugendweihe findet am Sonntag, 28. März, vormittags 10—12 Uhr, in Tegel, Humboldt-Realschulen-Aula, statt. Eintrittskarten sind bei allen Funktionären des Vereins, sowie beim Genossen Radtke, Tegel, Schloßstr. 76, J. Fischer, Schloßstr. 50, und am Saaleingang zu haben. In Hermsdorf ist die Zahlstelle jetzt beim Genossen W. Schmidt, Hermsdorf, Bahnhofstr. 9, II.

Ein Fuhrwerk vom Zuge überfahren. Gestern überfuhr der Kölner D-Zug auf dem Bahnübergang zwischen Katernberg-Nord und Gelsenkirchen-Hessler das Fuhrwerk eines Bäckermeisters. Der Schrankenwärter konnte wegen des Nebels den ankommenden D-Zug nicht sehen und wollte das Fahrzeug noch über die Gleise lassen. Dabei wurde der Wagen vom Zuge erfaßt. Der Bäckermeister und seine Tochter wurden auf der Stelle getötet, die Frau lebensgefährlich verletzt. Der Schrankenwärter erlitt einen Nervenzusammenbruch.

Einstellung der Elbdampfschiffahrt wegen Hochwassers. Infolge Hochwassers hat die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft auf der gesamten Elbstrecke den Betrieb wieder eingestellt.

Brandkatastrophen. Eine große Feuersbrunst brach in der Brentford-Wäscherei in London, einer der größten Waschanstalten ihrer Art, aus. Sämtliche Familien der ganzen Straße mußten ihre Häuser verlassen, bis die Feuerwehr nach stundenlangen Anstrengungen der Flammen Herr wurde. — Eine andere Brandkatastrophe wird aus **Tokio** gemeldet, wo 800 Häuser und Geschäfte im Sugamo-Bezirk der Stadt niedergebrannt sind. Das Feuer entstand durch eine Explosion in einer Feuerwerksfabrik. Weiter wurde der Justizpalast in Gent durch eine Feuersbrunst eingeäschert. Das Archiv mit zahlreichen geschichtlichen Dokumenten ist mitverbrannt.

Der italienische Dampfer „Jagarnes" ist in der Irischen See mit einem englischen Schiff zusammengestoßen. Der „Jagarnes" ist sofort gesunken. Der erste Offizier und neun Mann sind gerettet, während die übrigen 21 Mann der Besatzung vermißt werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr Sitzung im Konferenzzimmer der „Vorwärts"-Redaktion.

*

1. Kreis Mitte. 1., 3., 6. und 7. Abt.: Die Abteilungsleiter und Abteilungskassierer treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Sonnabend, den 20. März, abends pünktlich 8 Uhr, bei Zuhnke, Artilleriestr. 11.

2. Kreis Tiergarten. Dienstag, den 23. März, abends 7½ Uhr, bei Krüger, Putlitzstr. 10, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, den 20. März, nachmittags von 5–6 Uhr im Jugendheim Rosinenstraße 4. — Heute, Sonnabend, den 20. März, abends 7½ Uhr, Sitzung der Jugendkommission im Jugendheim Rosinenstr. 4.

17. Kreis Lichtenberg. Montag, den 22. März, abends 7½ Uhr, in der Bibliothek Weichselstr. 28, Sitzung der Zeitungskommission. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Heute, Sonnabend, den 20. März:

1. Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, Sammellisten und Beiträge umgehend beim Genossen Dittmann, Luisenstr. 30, 4 Tr., abzurechnen.

8. Abt. Die Bezirksführer rechnen rechtzeitig, spätestens in der Sitzung am Mittwoch, den 24. März, mit Marken und Sammellisten ab.

11. Abt. Sämtliche Sammellisten für das Volksbegehren sind sofort beim Abteilungskassierer Tschirne, Alt-Moabit 54, vorn 4 Tr., abzurechnen. Desgleichen haben die Bezirksführer sämtliches Markenmaterial bis Dienstag, den 23. März, ebenfalls beim Abteilungskassierer abzurechnen.

51. Abt. Charlottenburg. 7 Uhr treffen sich alle Genossinnen und Genossen zur Fahnenweihe bei Schellbach. Gäste herzlichst willkommen. Musik, Rezitationen usw. Festrede: Stadtv. Adolf Hoffmann.

128./130. Abt. Pankow. 7 Uhr im ausgeheizten Jugendheim Elternabend mit Ausstellung von den Kinderfreunden. Zahlreiches Erscheinen der Genossen mit ihren Kindern erwünscht. — Dem im Kampf erprobten Genossen Robert Wolff, Pankow, Berliner Str. 102, zu seinem 75. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche. Die Abteilungsleitung.

Morgen, Sonntag, den 21. März:

81. Abt. Friedenau. Alle Mitglieder treffen sich zur Demonstration nach dem Friedhof „Blanke Hölle" nachmittags 2 Uhr am Rathaus, Lauterplatz.

110. Abt. Grünau und 107. Abt. Falkenberg. Die Sozialistische Arbeiterjugend Falkenberg veranstaltet am Sonntag nachmittag 4 Uhr im Gemeinschaftshaus der Gartenstadt eine Jugendfeier. Parteigenossen, beteiligt euch zahlreich und bringt eure schulentlassenen Kinder mit.

131. Abt. Niederschönhausen. Vormittags 10 Uhr findet die Besichtigung der Konsumgenossenschaft in Lichtenberg, Rittergutstraße, statt. Treffpunkt vormittags ½9 Uhr in Niederschönhausen, Kirche. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet B. R.

*

83. Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, zu der am Mittwoch, den 24. März, in der Aula Straßmannstraße stattfindenden Mitgliederversammlung, verbunden mit Vortrag, Gesang, Rezitation und Reigen der Jugend, einzuladen. Gäste herzlichst willkommen.

85. Abt. Tempelhof. Donnerstag, den 25. März, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Stahlmann, Dorfstr. 30. Vortrag: „Die Tätigkeit und Aufgaben unserer Fraktion in der Bezirksversammlung." Referent Genosse Burgemeister. Die Bezirksführer haben einzuladen.

Jungsozialisten. Gruppe Süden: Sonntag, den 21. März, abends 7 Uhr, in der Wohnung der Genossin Ch. Schulz, Dieffenbachstr. 37, 2 Tr., Märzfeier.

Frauenveranstaltungen:

36. und 37. Abt. Die Genossinnen veranstalten am Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, einen Bunten Abend bei Schmidt, Fruchtstr. 36a. Eintritt 30 Pf. 37. Abt. Billetts bei der Genossin Gräbner.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Sonntag, den 21. März, findet ein allgemeiner Helferausflug in Verbindung mit einer Besichtigung des Charlottenburger Volksparks statt. Treffpunkt vormittags 10 Uhr am Bahnhof Jungfernheide. — Britz: Heute, Sonnabend, den 20. März, in der Aula der 1. Gemeindeschule, Chausseestr. 107, Frühlingsfeier. Eintritt 30 Pf. Beginn abends 7 Uhr. Parteigenossen, Freunde, kommt alle!

Jugendveranstaltungen.

Vorsitzendenkonferenz

heute, Sonnabend, den 20. März, abends pünktlich 7½ Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. Vortrag: „Zum Kampf gegen Schmutz und Schund". Referentin Genossin Hedwig Wachenheim. 2. Bericht des Bezirksvorstandes. 3. Unsere Reichskonferenz am 17. und 18. April in Hildesheim. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

*

Auf der Märzfeier wurde von einem Jugendgenossen eine rote Fahne auf der Bühne liegen gelassen. Jugendgenossen oder Gruppen, welche die Fahne mitgenommen haben, werden gebeten, dieselbe im Jugendsekretariat abzugeben.

Achtung, Erwerbslose! Zu einem Arien- und Liederabend am 23. März werden im Jugendsekretariat Freikarten ausgegeben.

Heute Sonnabend, den 20. März, abends 7½ Uhr:

Wilmersdorf: Jugendheim Hildegardstr. 4. Vortrag: „Märzstürme". — Rosenthal: Schule Schillerstraße. Werbeabend.

Werbebezirk Kreuzberg: Unser Bildungskursus tagt heute abend im Jugendheim Reichenberger Str. 66.

Werbebezirk Neukölln: Heute abend ½8 Uhr letzte Probe zum Sprechchor: „Der erste Tag". Alle Teilnehmer müssen bestimmt erscheinen.

Morgen, Sonntag, den 21. März:

Moabit II: Fahrt Strausberg—Tiefensee. Treffpunkt 6 Uhr Bhf. Bellevue. — Rosenthaler Vorstadt: Jugendheim Sophienstr. 19. Einführungsabend. — Südwest: Fahrt Seegefeld—Falkenhagener See. Treffpunkt ½7 Uhr. Fahrgeld 70 Pf. — Stralau I: Spiele auf der Parkwiese nachm. 3 Uhr. — Tempelhof: Besuch der Gruppe Wannsee. Treffpunkt nachm. 2 Uhr Ulrichsplatz. — Lichtenberg-Nord: Fahrt Strausberg—Kalkberge. Treffpunkt ½7 Uhr Bhf. Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Werbebezirk Kreuzberg: Treffpunkt zum gemeinsamen Umzug mit Neukölln ¾1 Uhr Kottbusser Tor. Fahnen mitbringen. Abends 7½ Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3 Freiligrath-Feier.

Werbebezirk Schöneberg: Der Treffpunkt ist nochmals geändert. Wir treffen uns um ½8 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz zur Denkmalseinweihung der Partei für die Kapp-Opfer. Die umliegenden Werbebezirke werden gebeten, recht zahlreich daran teilzunehmen. Fahnen, Wimpel, Musikinstrumente sind mitzubringen.

Abt. Falkenberg: Nachm. 4 Uhr Jugendfeier im Gemeinschaftshaus der Gartenstadt, Gut Falkenberg. Einlaß 3½ Uhr. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Werbebezirk Neukölln: Treffpunkt nachm. 1½ Uhr Reuterplatz zur Kundgebung um ¼4 Uhr Städt. Sportplatz, Kaiser-Friedrich-, Ecke Innstraße. Programm: Sprechchor, Ansprache, Gesang. Fahnen mitbringen. Eintritt frei.

Petershagen-Strausberg: Der 17. Kreis fährt mit dem Zuge, der 8.23 Uhr vom Schles. Bhf. abfährt; 8.44 Uhr ab Kaulsdorf. Fahnen, Wimpel und Musikinstrumente sind mitzubringen. Vormittags: Spiel und Tanz am Stienitzsee; um 2 Uhr in der Petershagener Schule Jugendfeier. Musik, Rezitation, Lichtbildervortrag. Um 7 Uhr findet in Strausberg, Volksschule, Hegermühler Straße, eine weitere Jugendfeier statt.

Sport.

Der Breslauer Sechstagesieger Feja ist zu dem am kommenden Sonntag stattfindenden Eröffnungsrennen der Treptower Bahn verpflichtet worden. Feja, der hinter Schmidt fährt, ist zweifelsohne einer der wenigen deutschen Fahrer, die in letzter Zeit ein besonderes Können gezeigt haben. Die Berliner Radsportgemeinde wird es freudig begrüßen, diesen jungen aufstrebenden Fahrer beim Eröffnungsrennen in Treptow zu sehen. Neben Feja und van Kubilevelt sind weiterhin Krupkat hinter Geppert und Stellbrink hinter Hörtrich zugelassen. Stellbrink hat ganz neues Schrittmachermaterial erworben und will in dieser Saison auf der ihm besonders zusagenden Treptower Bahn seiner großen Anhängerschaft beweisen, daß er immer noch ein Fahrer von Klasse ist.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Meist bewölkt, keine erheblichen Niederschläge, nachts leichter Frost, auch am Tage kühl. — Für Deutschland. Ueberall stark wolkiges Wetter bei verbreiteten Nachtfrösten.

Annahme der Hauszinssteuer.

Eine Rede Severings. — Ein Tag der Abstimmungen im Landtag.

Im Landtag nahm gestern nach Ausführungen der Abgg. Caspar (Komm.) und Bartels-Hannover (Dem.)

Innenminister Severing

das Wort. Er beantwortet zunächst die kommunistische Anfrage wegen der Auslieferung des Deutschen Scharer durch deutsche Polizeibeamte an die französischen Behörden. Die Polizeibeamten haben den Schärer mit umfangreichen Paketen getroffen und hatten den Verdacht, daß es sich um Diebstahlsbeute handelte. Schärer konnte sich nicht ausweisen und wurde daher von den Polizeibeamten mit zur Wache genommen. Bis dahin war das Vorgehen der Beamten korrekt. Auf der Wache stellte sich heraus, daß das Paket Flugschriften enthielt, die offenbar in einer französischen Stelle gekauft worden waren. Die Beamten mußten sich nun davon überzeugen, daß der Inhalt des Pakets nur dann einen Wert hat, wenn die Flugschriften verteilt wurden. Der Diebstahlsverdacht war damit geschwunden. Schärer hätte entlassen werden oder schlimmstenfalls wegen des fehlenden Ausweises am nächsten Morgen vor den zuständigen Amtsrichter geführt werden müssen. Die Beamten durften sich nicht unter Umgehung ihrer Vorgesetzten unmittelbar an die Besatzungsbehörde wenden. (Sehr richtig!) Da sie es trotzdem getan haben, ist die Sache der zuständigen Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben worden. Bis zum Ausgang dieses Verfahrens ist die Entscheidung über die auf dem Dienstaufsichtswege zu treffenden Maßnahmen gegen die Beamten ausgesetzt. — Weiter führt der Minister aus: Der Herr Abg. Graf Garnier hat hier erklärt, man müsse gegen den Roten Frontkämpferbund anders vorgehen als gegen die rechtsgerichteten Organisationen, die doch die Parole hätten: „O Deutschland hoch in Ehren!" Ich muß sagen, der Herr Abg. Graf Garnier hat sich mit dieser Bemerkung die Sache sehr leicht gemacht. Es gibt auch rechtsgerichtete Organisationen, die rufen: „Nieder mit der deutschen Republik!" und abgesehen davon eine Politik treiben, die wirklich nicht im Interesse Deutschlands liegt.

Wenn den Herren von der Deutschnationalen Volkspartei daran liegt, daß die verschiedenen Organisationen unterschiedlich behandelt werden, dann müssen sie ihre Freunde im Reichstag zu einer entsprechenden Gesetzesinitiative veranlassen und müssen durchsetzen, daß bestimmte Organisationen gestattet und andere unterdrückt werden.

Solange ich nun Polizeiminister bin, werde ich auf dem Boden der bestehenden Gesetze alle Organisationen gleichmäßig behandeln. (Sehr richtig! links.)

Ueber meine Einschätzung aller dieser Organisationen habe ich mich stets deutlich geäußert. Ich wünschte dringend, daß sie sich von selbst auflösten. (Zurufe rechts: Auch das Reichsbanner!) Ich habe gerade, weil ich Polizeiminister bin, ein dringendes Interesse daran, daß die durch die Existenz und Tätigkeit der Wehrorganisationen ausgeübte Beunruhigung der Oeffentlichkeit endlich einmal aufhört. (Sehr wahr! in der Mitte.) Aber ich sehe auf keiner Seite, daß eine Abrüstungskonferenz einberufen wird. (Heiterkeit.) Und wenn Sie mich fragen, wer denn zuerst abrüsten solle, so antworte ich: **diejenigen, die zuerst ihre Organisationen ins Leben riefen, hätten sie auch zuerst abzubauen.** Was 1920 unter dem Namen Selbstschutzorganisationen gebildet wurde, trug tatsächlich nicht zum Selbstschutz und zum Schutz der Bevölkerung bei, sondern bildete eine Quelle der Beunruhigung. Sie (nach rechts) riefen die Geister und werden sie nun nicht los; und Sie dürfen sich nicht darüber wundern, daß die Linke ähnliche Organisationen einsetzte. (Zurufe rechts: Ihre politischen Kinder!) Ich habe von den Kommunisten nie als von meinen politischen Kindern, sondern nur als von politischen Kindern gesprochen, und zwar deshalb, weil die äußerste Linke immerfort schrie, aber keine Revolution machte, während die Rechte den Mund hielt und Revolution machte. (Heiterkeit.) Ich möchte den Herren vom Roten Frontkämpferbund und den Herren vom Stahlhelm sagen:

Ich denke nicht daran, den Stahlhelm oder den Werwolf oder den Wikingbund oder sonst eine Organisation aufzulösen, solange diese Organisation auf dem Boden der gegebenen Gesetze steht. Wenn das nicht geschieht, wird natürlich nicht gefackelt.

Wenn sich die Wehrorganisationen aber gegenseitig weiter wie bisher aufputschen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn diese fortgesetzte Beunruhigung der Oeffentlichkeit schließlich zu gesetzlichen Maßnahmen führt, die dem Treiben all dieser Organisationen ein Ende macht. Dann werden sich diese Organisationen sagen müssen, daß nur ihr Mangel an Selbstdisziplin die Ursache zu diesem Schritte ist. **Der Reichsinnenminister hat nicht einmal den Versuch gemacht, ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu befürworten,** das möchte ich den Kommunisten auf ihre Anfrage sagen. Wir haben kein Interesse, der Kommunistischen Partei Mitglieder zuzuführen. Ein einseitiges Verbot des Roten Frontbanners würde aber vielleicht dieses Ergebnis haben. In der Abberufung des Landrats von Engel und seiner Ernennung zum Regierungsrat wegen der Sabotage des Volksbegehrens sehen die Kommunisten eine Beförderung, die Deutschnationalen eine Maßregelung. Sie ist keins von beiden, sondern lediglich eine Maßnahme, der Staatsautorität Geltung zu verschaffen. (Beifall.)

Das Haus unterbricht die Beratung zur Vornahme der

Abstimmungen zur Hauszinssteuer.

Es ist eine große Zahl namentlicher Abstimmungen beantragt. § 1, der den Grundsatz ausspricht, daß in Durchführung der reichsrechtlichen Vorschriften über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken eine Hauszinssteuer erhoben wird, wird nach dem Antrage Falk (Dem.) angenommen, wonach die Wirkung der Steuer ab 1. Juli 1926 anstatt ab 1. April festgelegt wird.

Es folgt zu § 2 (Steuergegenstand) die namentliche Abstimmung über den Antrag Winckler (Dnatl.), wonach die Grundstücke von der Steuer befreit sein sollen, die dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, oder als Landbetriebsbesitz eines Fischereibetriebes, mit Ausnahme von Hochseefischereibetrieben, in Frage kommen. Der Antrag wird mit 229 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird die von den Deutschnationalen beantragte Fassung angenommen, wonach als bebaute Grundstücke die Gebäude einschließlich der Hofräume gelten und Maschinenanlagen und andere Einrichtungen für gewerbliche Zwecke sowie die mit dem Eigentum am Grundstück verbundenen Rechte steuerfrei bleiben, usw., mit 212 gegen 174 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Namentlich abgestimmt wird hierauf über den Antrag Herold (Ztr.), der die bebauten landwirtschaftlichen Grundstücke ohne die Fischereibetriebe befreien will. Der Antrag wird mit 215 gegen 169 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

(Zuruf bei den Kommunisten: Zentrumsverräter.)

In einfacher Abstimmung angenommen werden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien die Anträge auf Befreiung der Dienstwohnungen der Geistlichen und Kirchendiener, sowie der hauptamtlichen Kultusdiener der mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften.

In namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 223 Stimmen abgelehnt wird hierauf der Antrag v. Campe (DVp.), wonach Gebäude oder Gebäudebetriebe, die ganz oder überwiegend gewerblichen Zwecken dienen, zur Hälfte von der Steuer befreit sind.

Gleichfalls namentlich abgestimmt wird über den kommunistischen Antrag, wonach die Steuer nicht erhoben werden soll, von Gebäudeteilen (Wohnungen), die bewohnt werden von Personen, deren Einkommen aus Arbeit und Sozialrente oder aus beiden 5000 M. jährlich nicht übersteigt, und wonach vom Hauseigentümer die Miete um den Betrag der nicht erhobenen Steuer zu ermäßigen ist. Der Antrag wird von den Rechtsparteien unterstützt. Er wird mit 181 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

Es schließt sich an die namentliche Abstimmung über den Antrag Winckler (Dnatl.), der von der Steuer ausnimmt Steuerpflichtige mit einem Einkommen unter 1000 M. sowie bedürftige Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene sowie Erwerbslose. Der Antrag wird mit 203 gegen 43 Stimmen bei 94 Enthaltungen angenommen.

Auf sozialdemokratischen Antrag wird beschlossen, daß bei Einfamilienhäusern, die nur vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden und nicht mehr als 120 Quadratmeter Wohnfläche haben, die Steuer zu stunden oder niederzuschlagen ist, wenn ihre Beitreibung eine unbillige Härte darstellen würde.

Ein Zentrumsantrag, der von den gewerblich benutzten Gebäuden oder Gebäudeteilen nicht 40 Proz. der Friedensmiete, sondern nur 40 Proz. des Gebäudesteuernutzungswertes erheben will, wird in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 133 Stimmen angenommen.

Es bleibt im übrigen bei den Bestimmungen der Vorlage. Bei den Staffelungssätzen sieht der Ausschußbeschluß vor, daß bei einer Goldmarkbelastung am 31. Dezember 1918 von nicht mehr als 40 Proz. auf Antrag des Eigentümers die Steuersätze je nach der Belastung auf 15 bis 35 Proz. ermäßigt werden können.

Auf Antrag v. Campe (D. Vp.) wird eine Ausnahmebestimmung zugunsten der Grenzlands-, Auslands- und Kolonialdeutschen getroffen, die durch ihre Verdrängung ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage ganz oder zum Teil verloren haben und sich hier eingekauft haben. Sie sollen auch dann in den Genuß der Staffelung kommen, wenn sie das Eigentum am Grundstück nach dem 31. Dezember 1919 bis zum 15. November 1923 erworben haben, während für die anderen in diesem Falle die Staffelung wegfällt.

Soziale Ausnahmsmaßnahmen.

Auf Zentrumsantrag wird beschlossen, daß die Hauszinssteuer vom Finanzminister zu stunden oder niederzuschlagen ist bei Eigenwohnungen, deren Eigentümer sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, bei Mietwohnungen, sofern Mieter, Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Erwerbslose oder andere besonders bedürftige (namentlich kinderreiche Familien) Personen sind, welche volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, bei gewerblich genutzten Gebäuden, deren Räume durch Betriebseinschränkungen, ungünstigen Geschäftsgang oder infolge schlechter Saison gegenüber der Vorkriegszeit erheblich geringer ausgenutzt werden, bei Grundstücken, die in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 15. November 1923 mit einem Goldmarkbetrage von mehr als 50 Proz. des Friedenswertes durch Kauf erworben sind, durch Steuerminderungen gemäß § 9 Abs. 1 bis 4 dieses Gesetzes. — Der Belastung der Eigentümer durch laufende Geldverpflichtungen aus solchen Hypotheken, die mit mehr als 25 Proz. aufgewertet worden sind, ist durch Stundung und Niederschlagung von Steuerbeträgen im Verhältnis zu den Mehraufwendungen Rechnung zu tragen.

Auf Antrag der Deutschnationalen wird beschlossen, die Steuer niederzuschlagen, wenn Mieträume ohne Verschulden des Eigentümers leer stehen.

Für die Verteilung

des Steueraufkommens bleibt es bei dem Ausschußbeschluß, wonach zwanzig Vierzigstel zur Bautätigkeit und zwanzig Vierzigstel für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden sollen. Auf Zentrumsantrag wird beschlossen, daß der Anteil für Wohnungen zu sechs Vierzigstel an den Staat und zu vierzehn Vierzigstel nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens den Stadt- und Landkreisen zufällt.

Annahme findet der Ausschußbeschluß, der das Gesetz bis zum 31. März 1928 befristet.

Damit ist in zweiter Beratung das Hauszinssteuergesetz angenommen.

Um 6 Uhr vertagt sich der Landtag auf Sonnabend 10 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatungen über das Innen- und Staatsministerium.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Friedrichshain: Mo., d. 22., 7½ Uhr, Jugendabteilung, Jugendheim Oberinstr. 12. — Zehlendorf: Sonntag, den 21., 11½ Uhr, bei Schnorre, Dahlem und Wannsee 1 Uhr Bhf. Wilmersdorf-Friedenau zur Beteiligung an der Weihe des Denksteines für die Gefallenen des Kapp-Putsches auf dem Friedhof Blanke Hölle. — Köpenick: Sonntag, den 21., vorm. 9 Uhr, mit Fahnen am Köllnischen Platz. Beteiligung an der Kranzniederlegung an den Gräbern der Opfer des Kapp-Putsches. — Mitte: Sonntag, den 21. März, vorm. 8½ Uhr, Antreten Schles. Bhf. mit Tambourkorps und Fahnen. Fahrt nach Sadowa. — Charlottenburg: Sonntag, den 21. März, 11½ Uhr, Wilhelmsplatz Antreten zur Denkmalsenthüllung für die Opfer des Kapp-Putsches „Blanke Hölle". Musik und Sanitäter treten ein. — Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde: Sonntag den 21. März, mittags 12 Uhr, Antreten Düppelplatz in Steglitz zur Gedenksteinenthüllung. Pflichtveranstaltung.

„Religion und Wirtschaft." Ueber dieses Thema spricht Genosse Bernhard Göring im Bunde religiöser Sozialisten am Montag, 22. März, 8 Uhr, in Neukölln im Gemeindesaal Herthastr. 9. Eintritt ist frei.

Sozialwissenschaftliche Vereinigung. Sonnabend, 20. März, 7½ Uhr, im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44. Vortrag über „Deutschlands Rüstungen und die politische Lage". Referent Schriftsteller Berthold Jakob.

Atencez! Laborista! Idisti: Lundie ye 22 marto eventos tre importanta kunveno en la yunarhemo Belle-Alliance-Platz 1. Omni asistez! Laborista Ido-Uniono, Grupo Berlin.

Freidenker-Volkshochschule. Dienstag, 23. März, 7½ Uhr, Askanisches Gymnasium, Hallesche Str. 26 (am Anhalter Bahnhof). Peter Petroff: „Die Bekämpfung der Religion in Rußland".

Wybert Tabletten in allen Apotheken u. Drogerien Mk. 1.— lösend, lindernd, erfrischend

Bei Zucker, Gallensteinen, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Blasenleiden, Gicht und Katarrhen
Eröffnung der Badsaison und des Kurhauses 27. März. Bade- u. Hauskurschriften durch Kurdirektion Bad Neuenahr (Rheinland)

Neuenahrer Sprudel

die einzigen alkalischen Thermen Deutschlands
(rein natürliche Füllung)
Zur Vorkur einer Trink- u. Badekur in Neuenahr oder als Hauskur ohne Berufsstörung
Haupt-Niederlage: Brunnenvertrieb A.-G.: Abt. Dr. M. Lehmann, Yorckstraße 59 — Abt. J. F. Heyl & Co., Charlottenstraße 66.

Hemmungen der Konkurrenzfähigkeit.

Der Bericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten.

Die Berichte und Denkschriften des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten zeigen sich trotz der häufigen Betonung des Unternehmerstandpunktes dadurch aus, daß sie nicht von dem engherzigen Geist jener Interessenvertreter der Industrie beseelt sind, der die üblichen Industrieberichte zu jeder volkswirtschaftlichen Kritik unbrauchbar macht, weil man glaubt, mit einer Schimpferei auf hohe Steuern, soziale Lasten und hohe Löhne die schweren von dem Unternehmertum verschuldeten Krankheitserscheinungen der Wirtschaft unsichtbar machen zu können. Auch der Februarbericht dieses Verbandes ist für die Arbeiterschaft von großem Interesse, nicht nur deshalb, weil er auf einen zuversichtlicheren Grundton in der Beurteilung der Gesamtlage gestimmt ist, sondern weil er auch die Gründe aufdeckt, aus denen heraus sich Konkurrenzschwierigkeiten der Maschinenindustrie am Weltmarkt erklären. Es heißt da:

Größerer Auftragsbestand.

Wenn auch die Lage der Maschinenindustrie im Monat Februar keine wesentliche Aenderung aufwies, konnten doch — allerdings nur vereinzelt — Anzeichen einer geringen Geschäftsbelebung beobachtet werden. Bei einem Teil der Firmen stellte sich auch im Berichtsmonat noch eine weitere Abnahme des Auftragseinganges ein; sie wurde aber durch Abschlüsse anderer Werke etwas ausgeglichen. Der Gesamtauftragseingang blieb daher nicht hinter dem sehr ungünstigen des Vormonats zurück, sondern übertraf ihn eher etwas. Es entsprach aber natürlich bei weitem nicht der Leistungsfähigkeit der Firmen und war in den meisten Fällen auch noch wesentlich geringer als der Februarversand, so daß die Restbestände an alten Aufträgen sich weiter verringert haben. Insbesondere ist im Kranbau und in der Herstellung von Hütten- und Walzwerksanlagen ein vollständiger Stillstand an Aufträgen zu verzeichnen. Eine große Reihe von Firmen mußte sich daher auch im Februar noch zu weiterem Abbau von Arbeitern und Angestellten entschließen. Wo die Geschäftslage mehr Arbeit möglich machte, wurde zunächst die Kurzarbeit schrittweise aufgehoben; trotzdem betrug die Belegschaft nur zwei Drittel des Sollbestandes, so daß die Betriebsanlagen zu einem vollen Drittel nicht ausgenutzt wurden.

Wenn somit auch von einer allgemeinen Verbesserung der Beschäftigung nicht gesprochen werden kann, hat doch immerhin die durchschnittliche Arbeitszeit in der Maschinenindustrie in dem Berichtsmonat etwas zugenommen.

Das Verhältnis zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen hat sich im Laufe des Februar nicht gebessert. Die Preise schließen häufig jeden Gewinn von vornherein aus und werden nur zugestanden, um die Werkstätten und den geschulten Arbeiterstamm beschäftigen zu können. Der Zahlungseingang von seiten der Kundschaft läßt nach wie vor sehr zu wünschen übrig. Die hohen Bankzinsen und besonders auch die Umsatzprovisiön von ¼ Proz. machen sich daher auf das unangenehmste fühlbar; ihre Ermäßigung wäre im Interesse des Wiederaufsebens der Wirtschaft dringend geboten. Die Befürchtung, nicht liquid zu bleiben, macht viele Geschäfte und die volle Ausnutzung der Betriebsmittel unmöglich.

Die Inlandsaufträge betrugen nur die Hälfte des monatlichen Durchschnitts von Anfang des Jahres 1925. Die Ausfuhr hat infolge des schlechten Inlandsgeschäfts in den letzten Monaten einen immer größeren Prozentsatz des Gesamtumsatzes ausgemacht. Der Umfang der Ausfuhraufträge hat im Februar eine gewisse, wenn auch nicht große Steigerung erfahren. Auch die Technische Frühjahrsmesse in Leipzig hat ein erfreuliches Interesse des Auslandes für die Erzeugnisse des deutschen Maschinen- und Apparatebaues ergeben. Die dort erstmalig vom VDMA. eingerichtete Zentralauskunftsstelle für Maschinen und Apparate ist in sehr erheblichem Umfange von ausländischen Besuchern in Anspruch genommen worden.

Anzeichen einer Belebung.

Im ganzen genommen sprechen gewisse Anzeichen dafür, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Lage sich anbahnt. Diese Besserung wird sich vorerst allerdings nur sehr langsam vollziehen, wie es gar nicht anders zu erwarten ist, wenn die wirtschaftliche Gesundung eine organische und nachhaltige sein soll. Leider wird aber der Gesundungsprozeß nicht durch eine Senkung der Selbstkosten unterstützt. Die Selbstkosten der Maschinenindustrie z. B. sind im Gegenteil im Laufe des Jahres 1925 nicht nur nicht gesunken, sondern durch Erhöhung der Löhne und der Rohmaterialpreise sogar um 6 Proz. im Durchschnitt gestiegen. Trotzdem hat die deutsche Maschinenindustrie ihrerseits unter Einsatz aller Kräfte den Stand ihrer Verkaufspreise nicht erhöht.

Auf die Dauer kann aber natürlich kein Wirtschaftszweig eine derartig auseinanderstrebende Entwicklung der Selbstkosten und der Verkaufspreise ertragen. **Die starken Preissteigerungen um vielfach 25 bis 37 Proz., die im Berichtsmonat auf dem Eisenmarkte nach Gründung der neuen Eisengroßhändlerkartelle vorgenommen worden sind, haben daher eine tiefgreifende Beunruhigung in der Maschinenindustrie hervorgerufen.** Es muß gefordert werden, daß die Ermäßigung der Herstellungskosten von allen verantwortlichen Stellen der Wirtschaft als wichtigstes Ziel im Auge behalten wird.

•

Soweit der Bericht. Für uns verdient festgehalten zu werden, daß die hohen Bankzinsen und Provisionen das Geschäftsergebnis und die Beschäftigungsmöglichkeit der Maschinenindustrie wesentlich beeinflußten. Das sollten sich insbesondere die Banken gesagt sein lassen, die noch alle durch ihre letzten Geschäftsberichte verschiedentlich betont haben, daß ein Abbau der Zinsspanne zwischen Einleger- und Auslehzinsen nicht in Betracht komme. Daß ein Niedergang der gesamten Volkswirtschaft oder eine unnötige Verlängerung und Verschärfung der Wirtschaftskrise auch das Bankgeschäft noch stärker treffen würde, wird man nicht gut bezweifeln können.

Der Hinweis auf die Preissteigerung im Eisenhandel, die jetzt von der berufenen Seite der Eisengroßabnehmer bestätigt wird, sollte dem Reichswirtschaftsministerium zu denken geben und mindestens bewirken, daß die Reichsregierung ihre Maßnahmen gegen die Kartellübergriffe wesentlich wirksamer gestaltet als sie bisher waren.

Das Kreditgeschäft der Sparkassen.

Zunahme der Anlage in Hypotheken.

Die Zweimonatsbilanzen, die die preußischen Sparkassen seit Mitte vorigen Jahres aufzustellen haben und die nunmehr für das zweite Halbjahr 1925 vorliegen, bieten interessante Einblicke in die Entwicklung des Sparkassengeschäfts. Während bisher lediglich die Spar- und Giroeinlagen monatlich ausgewiesen wurden, lassen sich jetzt auch nähere Angaben über das Kreditgeschäft und über das Betriebskapital der Sparkassen machen.

Das gesamte Betriebskapital der preußischen Sparkassen in Höhe von 1,86 Milliarden Reichsmark gliedert sich (in Millionen Mark) in folgende Gruppen:

	30. Juni 1925		31. Dezember 1925	
Spareinlagen . . .	762,02	49,5 Proz.	1059,11	56,8 Proz.
Scheck- und Giroeinlagen	455,15	29,6 „	440,80	23,7 „
Depositen	198,02	12,8 „	203,99	10,9 „
Rücklagen	53,19	3,5 „	57,90	3,1 „
Sonstige Verbindlichkeiten	70,33	4,6 „	101,63	5,5 „
	1538,71	100,0 Proz	1863,43	100,0 Proz.

Der Anteil der Spareinlagen ist demnach ununterbrochen im Wachsen begriffen, während die Giro- und Depositeneinlagen einen stetigen prozentualen Rückgang aufweisen; die Verhältnisse nähern sich also wieder dem Vorkriegsstand. Unter den Depositen sind in geringem Maße auch öffentliche Gelder enthalten. Sie machten Mitte 1925 7,6 Proz. des Gesamtkapitals aus und gingen bis Ende 1925 auf 5,9 Proz. zurück. Der Anteil der öffentlichen Gelder ist also bei den Sparkassen recht gering.

Ueber das Kreditgeschäft der Sparkassen unterrichtet folgende Aufstellung:

	30. 6. 1925 in Prozenten des Gesamtkapitals	31. 12. 1925 in Prozenten des Gesamtkapitals
1. Liquiditätsreserve:		
a) bar, Postscheck, Reichsbank . . .	2,7	2,7
b) tägl. abrufbare Gelder bei Banken (Girozentralen)	9,5	9,0
2. Kurzfristige Anlage:		
a) Ausleihungen an Mittelstand und Kommunen gemäß Satzung (gegen Sicherheitshypothek, Schuldschein und Wechsel)	43,6	43,1
b) Termingelder bei Banken	12,0	11,5
3. Langfristige Anlage: Hypotheken, langfristiger Kommunalkredit)	28,1	29,3

Im einzelnen weisen die Hypotheken eine stetige Zunahme auf. Ende 1925 waren 18,7 Proz. oder rund ein Fünftel aller Spareinlagen bereits langfristig angelegt, seitdem hat sich diese Tendenz noch weiter verstärkt. Die Kräftigung des Organisationsgedankens kommt in den Ziffern insoweit zum Ausdruck, als die Anlagen bei privaten Banken dauernd im Abnehmen begriffen sind, während die Guthaben bei den Girozentralen langsam, aber stetig zunehmen.

Verteilt man das Anlagekapital der preußischen Sparkassen auf die einzelnen Kreditnehmergruppen, so zeigt sich folgendes Bild:

	30. Juni 1925		31. Dezember 1925	
1. Kredite an Private (Mittelstand, Landwirtschaft, Kaufleute) a) kurzfristig	535,05	34,8 Proz.	497,33	26,7 Proz.
b) langfristig	368,04	23,9 „	438,16	23,5 „
2. Kommunalkredit	199,96	13 „	412,85	22,2 „
3. Guthaben bei Banken (Girozentralen) . . .	330,07	21,5 „	382,97	20,5 „
4. Kassenreserve .	40,94	2,7 „	50,58	2,7 „
5. Effekten . . .	37,13	2,4 „	55,32	3,1 „

Diese Uebersicht beschränkt sich auf die preußischen Sparkassen, für Deutschland sind die Ziffern um 50 Proz. höher. Es zeigt sich, daß die Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite bzw. die stärkere Pflege des langfristigen Geschäfts im letzten Halbjahr 1925 schon beträchtliche Fortschritte gemacht hat, seitdem die grundbuchrechtlichen Verhältnisse geklärt und durch den Zinsabbau die Schwierigkeiten für den Kreditnehmer geringer geworden sind.

Die Getreidegesellschaft.

30 Millionen Mk. Stützungskredite ohne Deckung!

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hat in seiner Sitzung am 19. d. M. einem Antrage zugestimmt, der aus den Ueberschüssen des Reichsgetreidegesellschaft 30 Mill. Mark für eine private Gesellschaft als Kredit zur Verfügung stellt, um mit diesen Mitteln den An- und Verkauf von Getreide zu betreiben, bezweckt wird damit, eine Preistreiberei in Roggen vorzunehmen. Der Antrag fand die Unterstützung sämtlicher bürgerlicher Parteien, dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Die Bemühungen der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, wenigstens bei der Hingabe der Kredite Sicherungen für ein weitgehendes Aufsichtsrecht der Regierung einzufügen, schlugen fehl, da alle dahingehenden Anträge von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden und ebenso auf jede Deckung der Kredite verzichtet wurde. Der Antrag wird nun dem Haushaltsausschuß unterbreitet, der, wenn es nach dem Wunsche der bürgerlichen Parteien geht, die endgültige Entscheidung treffen soll.

Für eine gerechte Zigarettensteuer!

Nochmals eine Sonderbelastung der breiten Massen?

Aus der Zigarettenindustrie erhalten wir folgende Zuschrift:

Bis zum 30. September 1925 galt eine Zigarettensteuer von 40 Proz. des Kleinverkaufspreises. Sie war an sich eine soziale Ungerechtigkeit, da auch die 2-Pf.-Konsumzigarette in gleicher prozentualer Höhe mit der Luxuszigarette von 20 Pf versteuert werden mußte. Die Zigarettenindustrie war nun nicht in der Lage, die unter der Banderole entstandene Zigarettensteuerschuld zu zahlen. Die fast planlose Kreditgewährung der Reichsfinanzverwaltung brachte es dahin, daß ersten Firmen der Industrie Beträge bis zu 20 Millionen Mark gestundet wurden.

Nicht die Steuerhöhe allein, sondern eine gewaltige Ueberproduktion führte zur finanziellen Zerfetzung der Zigarettenindustrie.

Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium erfand man jetzt für die Zigarette eine Materialsteuer. Jedes Kilo Zigarettentabak unterlag einer Steuerhöhe von 9 M.; bei der 2-Pf.-Konsumzigarette waren es 45 Proz., bei der 20-Pf.-Luxuszigarette nur 4,5 Proz. des Verkaufspreises, zu der noch je 20 Proz. Banderolensteuer hinzukamen. 90 Proz. aller Zigaretten aber sind laut reichsstatistischen Nachweisen nur in den Preislagen bis zu 5 Pf. verkauft worden. 10 Proz. aller hergestellten Zigaretten blieben für die Oberschicht der Luxuszigarettenraucher übrig.

Auch die Materialsteuer konnte die weitere Ueberschuldung der Industrie nicht aufhalten. Den Ausweg sucht man nun in einer neuen Zigarettensteuererhöhung. Die großen Konzernbetriebe erstreben eine Sanierung der reichlich übersetzten Industrie auf Kosten der breiten Verbrauchermassen. Die Konzernindustrie verlangt eine Mindestbanderole von 1,4 Pf. für die billigste 3-Pf.-Zigarette, das sind 47 Proz., dagegen nur 35 Proz. für die Preislagen von 5 Pf. aufwärts. Das Groteske des Vorschlags zeigt folgende Tatsache: In einem wirtschaftlich auf der Höhe befindlichem Deutschland wurden in früheren Jahren über 65 Proz. 1-, 2- und 3-Pf.-Zigaretten geraucht. Einem verarmten Deutschland glaubt man den Tabak um das Doppelte verteuern zu können.

Da die Zigarettenindustrie selbst einsieht, daß der Anschlag auf die Taschen des kleinen Mannes mißglücken könnte, versucht man ein Zwangssyndikat zu erreichen. Bei der riesigen Ueberproduktion der Zigarettenindustrie würde auch dieses nicht helfen. Der Vorschlag zeigt nur, wie sehr sich die Zigarettenindustrie finanziell festgefahren hat. Jedenfalls tut größte Eile zur Schaffung einer gerechten Zigarettensteuer not. Das unglückselige Matreialsteuergesetz hat nicht nur absolut leistungsfähige Betriebe zum Erliegen gebracht, sondern auch die Mehrzahl aller zu durchaus gesunden Lebensbedingungen beschäftigten Arbeitskräfte brotlos gemacht.

Die planlose Kreditwirtschaft der Industrie auf Kosten des Staates muß unter allen Umständen beseitigt und ein Steuersystem geschaffen werden, das den Interessen der Fabrikation an einem gesunden Massenabsatz gerecht wird. Künstliche Verteuerung der Konsumzigaretten bedeutet aber weitere Einschränkung des Absatzes, der der Zigarettenindustrie ja gerade fehlt. Eher verträgt der Luxusverbrauch höhere Steuersätze.

Wir bringen vorstehende Zuschrift zum Abdruck, weil die Mißwirtschaft in der Zigarettenindustrie tatsächlich die Krise und die Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbezweig noch erheblich verstärkt hat. Gegen die Materialsteuer hat die Sozialdemokratie schon früher eine scharf ablehnende Stellung eingenommen. Es kommt jetzt darauf an, ein Steuersystem zu schaffen, das die ohnehin vorhandenen Krisenursachen in diesem Gewerbezweig nicht noch weiter verschärft, sondern dazu beiträgt, den Absatz zu steigern und dadurch den vielen Tausenden Zigarettenarbeitern wieder Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten.

Reichsbank. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. März hat die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten geringfügig, nämlich um 12,0 Millionen auf 1410,9 Millionen Mark zugenommen. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen sind insgesamt 196,0 Millionen Mark in die Kassen der Bank zurückgeströmt, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 125,2 Millionen auf 2604,5 Millionen Mark vermindert und der Umlauf an Rentenbankscheinen um 70,8 Millionen auf 1203,7 Millionen Mark. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben in der Berichtswoche weiter zugenommen, und zwar insgesamt um 30,7 Millionen auf 1903,9 Millionen Mark; im einzelnen wuchsen die Goldbestände um 23,0 Millionen auf 1427,9 Millionen Mark und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 7,7 Millionen auf 476,0 Millionen Mark. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 51,5 Proz. in der Vorwoche auf 54,8 Proz. und die Deckung durch Gold und deckungsfähigen Devisen von 68,6 Proz. auf 73,1 Proz.

Der Rußlandexport gefährdet?

Stockung in den deutsch-russischen Kreditverhandlungen.

Die Kreditverhandlungen zwischen dem deutschen Bankkonsortium und der Berliner Sowjethandelsvertretung sind seit einiger Zeit ins Stocken geraten. Die Hauptschwierigkeit besteht bekanntlich in der Frage der Verzinsung des Kredits. Die Russen wollen an Zinsen den Reichsbankdiskontsatz zuzüglich 2 Proz., also zurzeit 10 Proz. bezahlen, während die deutschen Großbanken angesichts der langen Laufristen der Kredite an Zinsen und Provision zurzeit 11,25 Proz. verlangen. Obwohl die Forderungen der beiden Parteien somit noch ziemlich weit auseinandergehen, hofft man auch auf russischer Seite, daß über die Kreditbedingungen schließlich doch eine Einigung erzielt werden wird.

Die Verhandlungen, die im Rahmen des 300-Mill.-Mark-Kredits zwischen der Sowjethandelsvertretung und deutschen Industriefirmen über Installationslieferungen geführt werden, haben, wie der Ost-Expreß erfährt, in letzter Zeit Fortschritte gezeitigt, und es wird in vielen Fällen mit einem baldigen Abschluß gerechnet. Diese Abschlüsse erlangen indes in ihrer Mehrzahl nur dann eine praktische Bedeutung, wenn mit dem Bankkonsortium eine Einigung über die Finanzierungsfrage erzielt wird. Einige deutsche Firmen sollen sich allerdings bereit erklärt haben, die für die Durchführung der Lieferungen nötigen Mittel selbst aufzubringen. Die Bestellungen, über die auf dieser Grundlage verhandelt wird, belaufen sich aber erst auf etwa 20 Mill. Mark.

Asthma- u. Lungenleidende

erzielen glänzendsten Erfolg durch peruvian. Lungenbalsam „Nymphosan“ (ges. gesch.). Tägl. einlauf. Anerkennungen, wie: „Es ist ein wahrer Segensstrom, der von Ihrem Werk ausfließt“ oder: „Ein wahres Wunder wirkt dieser Nymphosan-Sirup“, bestätigen dies. Preis pro Flasche Mk. 3.50 Erhältlich in Apotheken. Alleinhersteller: Nymphosan A.-G., München 83

Eckstein Zigaretten

A. M. ECKSTEIN & SÖHNE · DRESDEN GEGR. 1842

Deine Salatzi 4 Pfg. Zigarette

Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Das Programm des Wirtschaftsministers. – Die Stellung der Sozialdemokratie.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Haushalts des allgemeinen Pensionsfonds fort. **Ein Regierungsvertreter** äußert sich zu dem vom Abg. v. Ramin angeführten Fall der Anstellung und Pensionierung eines Rechtsanwalts Schmidt durch den Abg. Roßmann. Der frühere Rechtsanwalt Schmidt, der damals tatsächlich württembergischer Regierungsrat war, sei **von der zuständigen württembergischen Regierungsstelle ordnungsmäßig im Versorgungswesen beschäftigt** worden, weil er für diese Stellung neben seiner juristischen Vorbildung hervorragende Fachkenntnisse mitbrachte. **Auch die Pensionierung sei ganz ordnungsmäßig nach den geltenden Vorschriften erfolgt.** (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: „Also hat Ramin Schwindel vorgebracht!")

Darauf wird ein Antrag Brüninghaus (D. Vp.) angenommen, wonach der Haushalt künftig als „Haushalt für Versorgungen und Ruhegehälter" bezeichnet werden soll. Die übrigen Anträge werden verschiedenen Ausschüssen überwiesen. Der Haushalt wird bewilligt.

Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen ein Gesetzentwurf über die Geltungsdauer von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des **Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.**

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius:

Der Handelsumsatz Deutschlands im Jahre 1925 beläuft sich in Ein- und Ausfuhr auf 21,2 Milliarden Mark, das sind 30 Prozent mehr gegenüber 1924. Unsere Handelsbilanz ist aber immer noch passiv gewesen. Wenn in den Monaten Januar und Februar d. J. die Monatsbilanz aktiv geworden ist, so beruht dieser Wechsel in erster Linie auf einer geringen Hebung der Ausfuhr. Der Umschwung beruht vor allem auch auf dem Schwinden unserer Kaufkraft und der akuten Krisis der deutschen Wirtschaft,

woraus sich ergibt, daß Aktivität der Handelsbilanz nicht notwendig Blüte der Wirtschaft bedeutet.

Unsere ungedeckte Lebensmitteleinfuhr zeigt eine ungeheure Belastung. Realpolitisch ist weder in der Gegenwart noch in der nächsten Zukunft damit zu rechnen, daß wir uns aus der eigenen Scholle vollständig ernähren können. Der Existenzkampf zwingt uns, auch ohne jede Rücksicht auf den Dawes-Plan die Ausfuhr zu steigern. Ein wesentliches Mittel, die unserer Ausfuhr fast überall in der Welt bereiteten Schwierigkeiten zu überwinden, liegt in einer erhöhten Aktivität unserer Handelsvertragspolitik. Vor allem kommt es darauf an, auf einen besseren arbeitsteiligen Handelsausgleich in Europa selbst hinzuarbeiten.

Leitender Gedanke bei unseren Handelsvertragsverhandlungen war der Grundsatz der Meistbegünstigung.

Diese ist für mich kein Dogma, sondern nur ein Mittel der Handelspolitik, das nicht auf alle Zeiten zu gelten brauche. Für die Gegenwart aber bleibt uns keine andere Wahl; ein Abweichen von der Linie der Meistbegünstigung würde ein gefährliches Experiment bedeuten. Die tatkräftige Verfolgung der Handelsvertragspolitik ist auch durch den Währungsverfall in anderen Staaten erheblich verzögert und unser gesamter Innen- und Außenhandel durch das Valutadumping geschädigt worden. Hiergegen durchgreifende Abhilfe zu schaffen, liegt außerhalb der Einwirkung der Handelspolitik eines einzelnen Landes. Die Lösung dieses Problems dürfte eine der dankbarsten Aufgaben für die kommende Weltwirtschaftskonferenz sein. Bei Behandlung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ging der Minister mit einigen Worten auf die internationalen Eisenwirtschaftsverhandlungen ein.

Das Schienenkartell

ist zustande gekommen, aber die Meldungen über seinen Inhalt waren verfrüht und irreführend. Es ist Vorsorge getroffen, daß ein Abschluß nicht ohne Genehmigung der Reichsregierung erfolgt. Die Regierung hält das Zustandekommen einer internationalen Eisenwirtschaftsverständigung für erwünscht, wird aber alle hier zu Gebote stehenden Mittel anwenden, **um den inneren Markt vor einer wirtschaftlich nicht tragbaren Ausnutzung durch die eisenerzeugenden Industrie zu schützen.** Insbesondere wacht die Regierung darüber, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht durch diese internationalen Eisenwirtschaftsverhandlungen gestört werden.

Die Entwickelung unserer Handelsbeziehungen zu England verfolgt die Regierung mit großer Sorge

Nach den getroffenen Vereinbarungen brauchen wir auf keinen Fall zu dulden, daß die Engländer Zölle einführen, die unserem Handel abträglich sind. Gegebenenfalls werden wir von dem Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen. **Es ist zu hoffen, daß der Generalagent für die Reparationen seinen ganzen moralischen und politischen Einfluß aufwendet, damit die Gläubigerländer die deutsche Ausfuhr bereitwilliger als bisher aufnehmen, sonst wird eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawes-Planes wegfallen.** Vielleicht läßt sich eine gewisse Klärung der Frage, ob die Voraussetzungen zur Durchführung des Dawes-Planes in der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode bereits beeinträchtigt werden, von der Tätigkeit des von uns beantragten Enqueteausschusses erwarten.

Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch die Durchführung des Dawes-Planes ist bisher nicht festzustellen.

Der Minister ging hierauf zu den Fragen der Binnenwirtschaft über und erörterte zunächst die vorübergehenden Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung, u. a. die Ausfallgarantie bei dem Export nach Rußland, und die Einrichtung der Exportkreditversicherung. Der Baumarkt soll durch einen Zwischenkredit von 200 Millionen belebt werden. Sehr schwierig ist die Lage des Ruhrkohlenbergbaues, sollte etwa eine Regierungsunterstützung des englischen Kohlenbergbaues über den 1. Mai hinaus fortgesetzt werden, so kann ich zugleich namens des Finanzministers erklären, daß Mittel zur Unterstützung auch des deutschen Steinkohlenbergbaues freigemacht werden sollen. Wir können nicht mit ansehen, daß die deutsche Kohle durch Maßnahmen anderer Staaten auf dem Weltmarkt Einbußen erleidet, die zum Stillstand leistungsfähiger Werke führen und bei einer dereinstigen internationalen Einigung über den Absatz den deutschen Bergbau in ungerechtfertigter Weise benachteiligen. Ueber den Notstandsaktionen darf die Sorge für die wirkliche Gesundung der Gesamtwirtschaft nicht vergessen werden. Der Kreditmangel wird erst allmählich gehoben werden. Die von der Reichsbank im Jahre 1924 festgesetzte Kontingentierung ist in der zweiten Hälfte 1925 tatsächlich schon aufgehoben worden. Die von der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts erwartete Belebung des Kapitalmarkts ist nicht ausgeblieben. Bei der neuen Geldflüssigkeit liegt die Erwägung einer weiteren Herabsetzung des Reichsbankdiskonts nahe.

Zusammen mit der Reichsbank wird das Wirtschaftsministerium seine Bemühungen um die Hebung des Realkredits fortsetzen. Im Zusammenhang damit geht eine Verbilligung der Kredite.

Die Banken haben ihre Zinssätze bereits herabgesetzt und haben mir bei den Verhandlungen in Aussicht gestellt, daß auch die Provisionsmindestsätze von ein Fünftel Prozent pro Monat auf ein Sechstel herabgesetzt werden sollen, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse dies irgendwie erlaubten. Zur Preissenkungsaktion betone ich, daß wir keine mechanische Preisregulierung betreiben. Behördliche Preisfestsetzungen werden sich nicht wiederholen. Wir müssen jedoch überlebte und volkswirtschaftlich schädliche Bindungen und Gewohnheiten lockern und aus dem Wege räumen. Der Minister ging dann kurz auf das Steuersenkungsprogramm ein und betonte die Wichtigkeit der Statistik und Enquete für die Wirtschaft. Die Produktionsstatistik hat eine bedeutende Erweiterung erfahren. Die Statistik muß unbeirrt von aller Politik ihren Weg strengster Objektivität und Neutralität weitergehen. Die Gründung des Instituts für Konjunkturforschung ist zu begrüßen. Zweifellos macht unsere Wirtschaft einen Umstellungsprozeß größten Ausmaßes durch, dessen Kennzeichen die Rationalisierung ist.

Die beste Hilfe kann der Staat dadurch geben, daß er durch eine Verwaltungsreform seine eigene Rationalisierung vorwärts treibt.

Der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat wird hoffentlich in der Sommertagung verabschiedet werden. Beim Reichsgericht sollen Verwaltungssenate errichtet werden. Die Erweiterung der Kartellverordnung wird zurzeit in meinem Ministerium durch eine besondere kleine Kommission geprüft. Andererseits haben die Kartelle als Grundlage künftiger internationaler Vereinbarungen eine große Zukunft und es wäre voreilig, durch eine rigorose Gesetzgebung in Deutschland unsere Beteiligung an internationalen Bildungen verhindern zu wollen. Es ist schwer und erfordert Sachkenntnis und Feingefühl, hier den richtigen Weg zu finden. Ich habe Vorsorge getragen, daß an der Verwaltung in meinem Ministerium die Wirtschaft einen erheblichen Anteil hat. (Beifall.)

Abg. Simon-Franken (Soz.):

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob das Reichswirtschaftsministerium die ihm gestellten Aufgaben erfüllt hat, so müssen wir bei aller objektiver Würdigung doch zu dem Ergebnis kommen, daß dies nicht der Fall ist. Der Minister, der für die Politik dieses Ministeriums in der zurückliegenden Zeit verantwortlich ist, ist leider nicht mehr an seinem Platze. Aber trotzdem ist es notwendig, sich mit dieser Politik kritisch auseinanderzusetzen, vor allem deshalb, weil sie für die Wirtschaft, zu deren Hüter dieses Ministerium bestellt ist, geradezu verderblich war. An die Spitze meiner kritischen Betrachtung muß ich die Tatsache stellen, daß die Handelspolitik zu einem großen Fiasko geworden ist. Diese Handelspolitik stand bisher im Zeichen des Schutzzolles. Aus der Rede des Reichskanzlers vom 4. März zitiere ich den folgenden Satz: „Durch die Verabschiedung des Zolltarifgesetzes ist es möglich geworden, die Handelsvertragsverhandlungen mit Aussicht auf Nutzen für die deutsche Wirtschaft zu führen". Diesen Worten gegenüber muß festgestellt werden, daß sie bisher in den Tatsachen keine Bestätigung gefunden haben. Wir haben seinerzeit darauf hingewiesen, daß eine Erhöhung der Zölle nicht notwendig war, sondern daß eine Erhöhung des Zolltarifs mit späterer Inkraftsetzung für Verhandlungszwecke vollauf ausgereicht hätte. Wie schädlich die jetzt von der Reichsregierung betriebene Handelspolitik ist, soll an einigen Zahlen nachgewiesen werden.

An der Spitze steht das deutsch-französische Problem. Soeben wurde ein Provisorium abgeschlossen, das nach amtlicher Auffassung einen Warenaustausch von etwa 6 Millionen, für jede Seite 3 Millionen zusätzlich ermöglichen soll. Dagegen betrug der gesamte Export Deutschlands nach Frankreich im Jahre 1925 rund 160 Millionen Mark. Das Provisorium bedeutet also günstigstenfalls einen Tropfen auf den heißen Stein. Vor dem Kriege betrug der deutsche Export nach Frankreich beinahe 800 Millionen Goldmark, die unter Berücksichtigung der Geldentwertung rund 1200 Millionen Goldmark heutigen Wertes entsprechen würden.

Der Export nach Frankreich ist also um rund 1 Milliarde Goldmark zurückgegangen. Selbst angenommen, daß in diesem deutschen Export zwei Fünftel ausländische Rohstoffe und Vorarbeit enthalten waren, bleibt doch ein Exportverlust an deutscher Arbeit im Werte von 600 Millionen übrig, der eine Arbeitslosigkeit von 350 000 Arbeitern bedeutet.

Wir verkennen nicht die großen Schwierigkeiten, die bei den deutsch-französischen Verhandlungen bestehen. Wir sehen aber die größte Schwierigkeit darin, und hier beginnt die Schuld der deutschen Regierung, daß sie die deutschen Eisenzölle im Interesse der Schwerindustrie aufrecht zu erhalten sucht und im Interesse der Schwerindustrie die Verhandlungen verschleppt. Wir haben die Befürchtung, daß das Provisorium zur weiteren Verschleppung der Verhandlungen führen wird. **Wir halten das für verderblich, um so mehr, als gerade neuerdings die Schwerindustrie ganz offen den Preisabbau der Regierung hinter ihrem Zollschutz zu sabotieren wagt.** Es durfte doch der Aufmerksamkeit des Reichswirtschaftsministeriums nicht entgangen sein, daß in den letzten Tagen die Stabeisenpreise um 35 Proz. erhöht wurden. Diese Erhöhung geht zwar offiziell nicht von den Werken, sondern von den Eisenhändlern aus. Sachlich aber wissen wir, daß beide miteinander identisch sind.

Setzen wir nun unsere Arbeitslosenrechnung fort: Der deutsch-spanische Außenhandel wies in den 4 Quartalen 1925 die folgende Entwicklung auf: Erstes Quartal Einfuhr 57,5 Millionen, Ausfuhr 37,2 Millionen; zweites Quartal: Einfuhr 54,3 Millionen, Ausfuhr 39,8 Millionen, drittes Quartal Einfuhr 30,4 Millionen, Ausfuhr 52,4 Millionen; viertes Quartal: Einfuhr 49,4 Millionen, Ausfuhr 32 Millionen. Wir sehen also im vierten Quartal als Folge des Zollkrieges einen Rückgang des deutschen Exports um 20,4 Millionen. Dieser Rückgang hat die Handelsbilanz im 4. Quartal wieder passiv gemacht.

Es ergibt sich daraus, daß Deutschland bei einem Zollkrieg in der Regel den kürzeren zieht, was darin begründet ist, daß wir eine Reihe von Artikeln, vor allem Rohstoffe, aus dem Auslande beziehen müssen, während wir in der Hauptsache Fertigfabrikate ausführen. Ohne den Zollkrieg wäre wahrscheinlich die deutsche Handelsbilanz mit Spanien auch im 4. Quartal aktiv gewesen.

WIR ERÖFFNEN
am 20. März 3 Uhr nachm.
TURMSTRASSE 51
EINE NEUE VERKAUFSSTELLE

Zur Besichtigung unserer neuen, modern eingerichteten Räume, sowie der neuesten Modelle der Schuhfabrikation, laden wir höflichst ein.

MARKE SALAMANDER

SALAMANDER

Wir fragen, ob diese Tatsachen dem Reichswirtschaftsministerium bekannt sind, ob ihm insbesondere bekannt ist, daß eine offiziöse Stelle die Tatsache der Aktivität im deutsch-spanischen Handel hat ableugnen wollen, und es sich hat gefallen lassen müssen, daß ein großer Industriellen-Verband Satz für Satz die Unrichtigkeit der offiziösen Erklärung nachwies. Auch hier ergibt sich ein Exportverlust von 16 Millionen Mark in einem Vierteljahr und **das bedeutet eine weitere Erwerbslosigkeit für 40 000 Arbeiter.**

Die Rechnung geht aber noch weiter. Der Zollkrieg, den wir seit dreiviertel Jahren mit Polen und Danzig führen, hat der deutschen Wirtschaft sehr schwere Schläge versetzt. Auch hier sehen wir, wie bei Spanien, im 2. Quartal eine aktive Handelsbilanz, vom dritten Quartal ab aber als der Zollkrieg seine Wirkung zeigte, sehen wir eine steigende Passivität ebenfalls auf Kosten des deutschen Exports. Vom 2. zum 3. Quartal ist der Export an Fertigwaren allein um 43,1 Millionen zurückgegangen, das bedeutet bei der gleichen Berechnung wie bei Frankreich und Spanien einen **Verlust, der einer Arbeitslosigkeit von 80 000 Arbeitern entspricht.**

Wir haben also die Tatsache festzustellen, daß durch den hier aufgezeigten Exportrückgang, der auf das Konto der Handelspolitik der Regierung zu setzen ist, etwa 470 000 Arbeitslose mehr geschaffen wurden.

Diese Berechnung gewinnt um so mehr an Wahrscheinlichkeit, weil die starke Vermehrung der Arbeitslosen gerade in das dritte und vierte Quartal 1925 fällt. So sieht die Bilanz der Handelspolitik der Regierung aus.

Auch die übrigen Maßnahmen oder Unterlassungen des Reichswirtschaftsministeriums haben wesentlich zur Verschärfung der Wirtschaftskrise und damit zu der großen Arbeitslosigkeit beigetragen. Ankurbelung der Wirtschaft, Rationalisierung und Preisabbau usw. sind Schlagworte geworden, hinter denen sich die Bestrebungen auf Herabsetzung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten verbergen. Die Regierung bereitet schon seit Monaten einen Gesetzentwurf zum Preisabbau vor. Was ist bisher dabei herausgekommen? Das Sinken des Großhandelsindex ist auf das Sinken des Roggenpreises zurückzuführen, das ist aber nicht das Verdienst der Regierung, sondern die Folge der guten Ernte. Wenn es nach dem Willen der Regierung gegangen wäre, dann hätten wir keine Senkung, sondern eine Steigerung des Großhandelsindex gehabt, denn der Zweck der Zollpolitik war doch, den Preis für Getreide zu steigern. So wie die Politik des Preisabbaus bisher betrieben wurde, muß sie unwirksam bleiben. Vom Kampf der Polizei gegen den Kleinhandel ist keine Wirkung zu erwarten. Will man den Preisabbau wirksam beginnen, dann muß man dort ansetzen, wo er am meisten volkswirtschaftlich wirkt und muß sich derjenigen Mittel bedienen, die automatisch eine Senkung des Preisniveaus herbeiführen. Diese Mittel sind vor allem unsere alten Forderungen auf

Beseitigung der Eisenzölle, Herabsetzung der Kohlenpreise und Abschluß von Handelsverträgen,

der uns zwingt zur Preisgabe der überhohen Zölle, die jetzt die deutsche Produktion belasten und die Preise auf einer übermäßigen Höhe halten. Dazu gehört auch die Forderung einer besseren Kontrolle der Kreditpolitik der Banken. An sich bewirken hohe Zinsen kein hohes Preisniveau. Aber sicher ist, daß der zurzeit von den Banken berechnete Zinssatz beträchtlich zu hoch ist und angesichts der krisenhaften Lage der deutschen Wirtschaft verbilligt werden könnte. Auch die Politik der Banken hat die Arbeitslosigkeit stark vermehrt. Ein Fünftel der jetzigen Arbeitslosigkeit kommt, wie ich gezeigt habe, auf die Rechnung der deutschen Handelspolitik. Die Arbeitslosigkeit der übrigen vier Fünftel entspricht etwa 10 Proz. der beschäftigten Arbeitnehmerschaft. Diese Zahl muß man sich deshalb vor Augen halten, weil neuerdings zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ein allgemeiner Lohnabbau empfohlen wird. Daß mit einem Lohnabbau die inländische Nachfrage nach Konsumgütern verkleinert und damit die Krise noch verschärft wird, das scheinen unsere sogenannten Wirtschaftsführer nicht zu erkennen. **Die Arbeitslosigkeit ist doch gerade am stärksten in den Berufen, die für den unmittelbaren Bedarf des Volkes arbeiten, also in den Konsummittelindustrien.** Diese Industrien sind aber vorwiegend auf den Absatz in Deutschland selbst angewiesen. Den schlüssigen Beweis für meine Darstellung erbringt die vom Reichsarbeitsblatt veröffentlichte Statistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden. Im Dezember 1925 war die Arbeitslosigkeit, abgesehen von den Bauarbeiten, die in diesem Monat naturgemäß den höchsten Stand an Arbeitslosigkeit hatten, am größten in der Schuhindustrie. Hier waren 33,4 Proz. arbeitslos und 46,9 Proz. Kurzarbeiter, es wurden nicht einmal 20 Proz. der Arbeiter voll beschäftigt. Gerade die Schuhindustrie ist mit ihrem Absatz fast ausschließlich auf Deutschland angewiesen, in der Vorkriegszeit betrug der Export von Schuhwaren nie mehr als 5 bis 6 Proz. der Erzeugung. In der Tabakindustrie gab es 25,4 Proz. Arbeitslose und 34,5 Proz. Kurzarbeiter. Im Bekleidungsgewerbe zählte man 24,7 Proz. Arbeitslose und 40,8 Kurzarbeiter. Bei den Holzarbeitern waren 24,7 Proz. arbeitslos und 21,6 Proz. Kurzarbeiter. In den übrigen Berufen lag die Arbeitslosigkeit unter 20 Proz.

Im Interesse der Wirtschaft müssen also die Löhne und Gehälter gesteigert werden, um die Arbeiter und Angestellten konsumfähiger zu machen.

Das ist kürzlich auch von dem Syndikus der deutschen Bekleidungsverbände anerkannt worden, als er am 9. Februar d. J. erklärte, die Bekleidungsindustrie könne nie blühen, wenn sie sich auf billige Löhne stütze. Es steht doch im übrigen fest, daß die Konkurrenzunfähigkeit sicher nicht durch die Löhne verursacht ist, denn in den Hauptkonkurrenzländern sind sie viel höher als in Deutschland.

Es wird viel von Rationalisierung und von Reinigungskrise gesprochen. Aber mit der Herabsetzung der Löhne und Gehälter kann kein Betrieb rationalisiert, kann die Produktion nicht verbilligt werden. Nicht die produktiven, sondern die unproduktiven Gehälter verteuern heute die Produktionskosten. Ueberall finden wir eine Uebersetzung in den leitenden und hochbezahlten Stellen. Dafür einige Beispiele: In 256 Aktiengesellschaften stieg die Belegschaft 1925 um 1,3 Proz., die Zahl der leitenden Personen dagegen um 62 Proz. Nach einer Untersuchung der „Leipziger Neuesten Nachrichten" waren 1913 in 10 sächsischen Gesellschaften 20 Direktoren und 50 Aufsichtsratsmitglieder vorhanden, 1926 dagegen 30 Direktoren und 74 Aufsichtsratsmitglieder. Der neue chemische Trust hat 40 Generaldirektoren und 43 Direktoren. Das Handbuch der Direktoren ist von 1300 Seiten im Jahre 1913 auf 3000 Seiten im Jahre 1925 angeschwollen. In der Schuhfabrik Birnels-Wessels Betrieb Nürnberg ist die Arbeiterzahl von 2400 auf 660 abgebaut worden und diese 660 Arbeiter werden nur 35 Stunden die Woche beschäftigt. Die Produktion ist arbeitstäglich von 12 000 auf 1500 Paar gesunken. Aber der ganze kaufmännische und technische Verwaltungsapparat ist geblieben. Es sind vorhanden: 5 Direktoren, 11 Prokuristen, 6 höhere Angestellte neben 183 kaufmännischen und 40 technischen Angestellten. Auf je 132 Arbeiter kommt also 1 Direktor, auf je 60 Arbeiter ein Prokurist, auf 5½ Arbeiter ein kaufmännischer und auf 14 Arbeiter ein technischer Angestellter. Trotz verminderter Produktion also unproduktive Ausgaben, das ist die Ursache für die hohen Preise unserer Produkte. Das Leipziger Blatt hat weiter festgestellt, daß ein sächsisches Bankinstitut, das heute nur mit einem Drittel seines Vorkriegskapitals arbeitet, seine Direktion um 50 Proz., seinen Aufsichtsrat um 100% vergrößert hat. Wenn so gewirtschaftet wird, darf man sich nicht wundern, daß die Gesundung der Wirtschaft so langsame Fortschritte macht.

Nicht Abbau der Löhne, sondern Abbau des teuren Verwaltungsapparats in Banken und Industrie ist zur Gesundung notwendig.

Wenn wir unseren Export steigern wollen, so dürfen wir keine Schundware liefern, sondern hochwertige Qualitätsarbeit leisten. Glaubt ein vernünftiger Mensch, glaubt das Reichswirtschaftsministerium, daß wir bei niedrigeren Löhnen hochwertige Qualitätsware liefern können? Statt daß das Wirtschaftsministerium gerade hierüber aufklärend wirkt, sehen wir, daß es wiederholt seinen Einfluß in der Richtung auf Lohnsenkung ausgeübt hat.

Wir behaupten aber auch, daß die Aussichten der deutschen Wirtschaft gar nicht so ungünstig sind, wie es von den Vorkämpfern des Lohnabbaus behauptet wird. Die Zeichen eines Wiederaufschwungs sind deutlich genug. Auch die Reichsregierung baut ja ihr Steuerprogramm, wenn ich so sagen darf, auf eine Hausse-Spekulation auf. Sie rechnet offensichtlich damit, daß der größte Teil des Ausfalls infolge der Steuerermäßigung durch den Aufschwung der Wirtschaft wieder eingebracht werden wird. Das ist zwar keine vorsichtige Politik, aber eine Politik, die deutlich genug zeigt, was die Reichsregierung von den kommenden Monaten — erwartet. Und diese Auffassung hat nicht nur unsere Regierung, auch Mr. Harriman, dem man einiges wirtschaftliches Verständnis zutrauen darf, hat gerade jetzt ausgeführt,

daß das Jahr 1926 das beste Jahr der deutschen Wirtschaft seit Kriegsende sein werde.

Mag das auch übertrieben sein, so läßt sich doch soviel sagen, daß die Krise im Abflauen ist. In diesem Augenblick die Löhne abzubauen, würde den Beginn des Aufschwunges nur verlangsamen. Aber auch noch andere Gründe sprechen für die Annahme, daß die Arbeitslosigkeit in nächster Zeit zurückgehen wird. Einer dieser Gründe ist die Tatsache, daß die Regierung endlich unserem Verlangen nachgegeben hat und Mittel für die diesjährige Bauperiode zur Verfügung stellen will. Auch bei dieser Gelegenheit muß man sich scharf dagegen wenden, daß die Wohnungsbauabgabe nicht ihren eigentlichen Zwecken zugeführt wird. Wird der Baumarkt angeregt, werden endlich die fehlenden Wohnungen wenigstens zu einem Teile erstellt, so wird das sicher zur Belebung der ganzen Wirtschaft beitragen. Ich beschränke mich auf diese wenigen Ausführungen, verweise aber noch auf die Denkschrift der Spitzenverbände der Gewerkschaften, die für die Hebung der Wirtschaft sehr beachtenswerte Vorschläge macht, und deren Befolgung weit eher zur Gesundung führen wird, als die Vorschläge, die von Unternehmerseite an die Regierung gelangen. Wir wissen sehr gut, daß auch durch diese Vorschläge Not und Elend in der arbeitenden Bevölkerung nicht beseitigt, sondern nur gelindert werden können. Die Wirtschaftskrisen sind Begleiterscheinungen der privatkapitalistischen Produktionsweise. Diese Wirtschaftskrisen werden erst dann beseitigt werden, wenn die Wirtschaft nicht mehr dem privaten Profitinteresse, sondern der Deckung des Bedarfs des Volkes dient. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Freiherr v. Stauffenberg** (Dnat.) wendet sich gegen die Auffassung, daß die Wirtschaftskrise nur durch die Steigerung des Exports beseitigt werden könne. In erster Linie müsse die Ertragsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gehoben werden. Die Landwirtschaft könne auf Schutzzölle nicht verzichten.

Abg. **Meyer-Berlin** (Dem.) Die Politik der Zuwendung von Liebesgaben an einzelne Industriezweige und Unternehmungen, die die vorige Regierung betrieben habe, darf nicht fortgesetzt werden. Bei der Finanzierung der Exporte dürften die Großen nicht bevorzugt werden. Das Wichtigste sei die Durchführung einer großzügigen Handelspolitik, die aber mit der bisherigen Zollschutzgesetzgebung nicht erreicht werden könne.

Abg. **Dr. Dessauer** (Z.). Die wirkliche Wirtschaftsnot entsteht aus der Unrentabilität der Betriebe, in der Landwirtschaft, ebenso wie in der Industrie. Ihre Beseitigung sei ein langwieriger Prozeß. Von einer beginnenden Besserung der Wirtschaft sei bisher noch wenig zu merken.

Abg. **Koenen** (Komm.) vermißt in der Rede des Ministers das Eingehen auf die vorliegenden Denkschriften, besonders die des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Aber im Ausschuß habe er sein Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften klargestellt, als er sich für den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft aussprach. Die SPD.- und ADGB.-Führer spielten hierbei eine Doppelrolle.

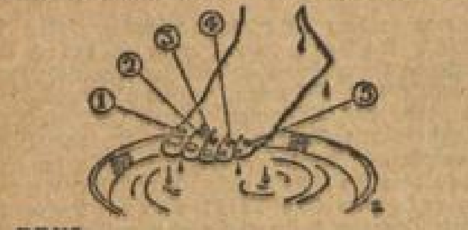
Abg. **v. Raumer** (D. Vp.) Eine künstliche Erhöhung der Löhne ohne Erhöhung der Produktion ist ein untaugliches Mittel zur Beseitigung der Krise. Durch die Verbilligung der Massenerzeugnisse muß deren Absatzmöglichkeit erweitert werden. Die Bestrebungen auf eine internationale Verständigung der Eisenindustrie müßten gefördert werden. Diese Verständigung würde aber durch die Herabsetzung des Eisenzolls nur erschwert werden.

Darauf wird die Beratung des Wirtschaftsetats abgebrochen.

Abg. **Taubadel** (Soz.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses über den Haushalt des Reichstags.

Der Haushalt des Reichstags wird ohne Aussprache angenommen.

Gegen 7½ Uhr vertagte sich das Haus auf Sonnabend mittag 12 Uhr. Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.



Hühneraugen total ausgerottet!

Hühneraugen schmerzen so lange, bis Sie den Hauptsorger dieser Schmerzen beseitigt haben, nämlich — die Wurzeln dieser Hühneraugen. Diese schwierige Arbeit verrichtet Krudox in bewundernswerter Weise. Lesen Sie bitte, was man uns schreibt:

H. Hofmann, Bad Wörishofen (Bayern) 18. 2. 26.
„Ich muß Ihnen all' meine Anerkennung betr. Ihres Hühneraugenmittels Krudox zukommen lassen. Habe schon seit langer Zeit alle möglichen Pflaster und Mittel versucht, aber ohne Erfolg, trotz der zahllosen Anwendung. Seit 6 Tagen gebrauche ich Ihr Krudox und meine Hühneraugen sind total ausgerottet. Krudox ist der besten Empfehlung wert. Alle Achtung vor Ihren Chemikern."

KRUDOX
HÜHNERAUGEN-BAD

In Apotheken, Drogerien und Parfümerien M. 2.50 pro Packung (enthält 5 Bäder)
BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39

ide
wäscht
Ihnen Ihre
Große Wäsche billiger
als Sie selbst waschen können.
Lieferzeit: Naßwäsche 2 Tage, Mangelwäsche 4 Tage
Vergleichen Sie unsere Preise mit den Kosten Ihrer Wäsche im Hause und Sie werden nie wieder die Mühe eines Waschtages auf sich nehmen

Preise:
Naßwäsche von 10 Pfund an . . 25 Pf. pro Pfund
Mangelwäsche von 10 Pfund an . 35 Pf. pro Pfund
Seidene, bunte und Wollwäsche . . 40 Pf. pro Pfund

Oberhemden u. Kragen werden auf Wunsch geplättet geliefert. — Abholg. u. Lieferung kostenfrei.

Fernsprecher Weißensee 911, 912, 913
Hermann Ide Nachf.
Abteilung Gewichtswäsche
Weißensee, Lehderstr. 16

Robuste Gesundheit

Sind Ihre Kinder wirklich gesund, frisch und kräftig oder sehen sie blaß, matt und schwach aus, vielleicht ohne Appetit und ohne körperliche Entwickelung?

Geben Sie Ihren kleinen Lieblingen jeden Morgen im Frühgetränk eine ganz kleine Messerspitze Kruschen-Salz, ändern Sie dabei nichts an der gewohnten Ernährung und Sie werden sehen, daß Kruschen-Salz das körperliche System Ihrer Kinderchen zusehends erfrischt, daß die Kinder in ihrer Entwickelung gut gedeihen, bei gutem Appetit eine frische Gesichtsfarbe haben und froh und munter gestimmt sind. Die im Kruschen-Salz enthaltenen Mineralsalze sind laut wissenschaftlichem Befund lebenswichtig für den gesamten Organismus, sie können zum Aufbau des Blutes, der Zellen und Gewebe sowie nicht zuletzt der Nerven nicht entbehrt werden.

Kruschen Salz

In Apotheken und Drogerien M. 2.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend
BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39, PANKSTRASSE 13—14
Humboldt 9527-29

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten günstig an Priv. Kat. 420 fr. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Inserieren bringt ERFOLG

Verkäufe

Reißzeuge (Richter-Präzision). Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 56/57.

Rauchtabak, Ueberseemischung, prima, 100-Gramm-Pakete 30 Pfennig, 50-Gramm-Pakete 10 Pfennig franko Nachnahme. Rich. Männer, Naumburg a. S.

Teilzahlung. Kinderwagen.

Teilzahlung. Puppenwagen.

Teilzahlung. Metallbettstellen, Bull, Große Frankfurter Straße 47, gegenüber Markusstraße.

Radio, speziell Low-Loß-Apparate, 12 bis 56 Mark. Elektrizitätshaus Zentrum, Berlin C., An der Fischerbrücke 11.

Ruderboot, 12 Quadratmeter Segel, verkäuflich. Dobler, Rosenthalerstraße 43.

Briefmarken, billigste Bezugsquelle, Neuheiten, Tauschzentrale Kopps, Brunnenstraße 60. Amsterdam.

Oderbrucher Gänsefedern mit Daunen. Ungerissene Pfund 2.50, füllfertige von 3.50 an. Inlette, Mustertauer und Verkauf. Pincus, Holzmarktstraße 58, nahe Jannowitzbrücke.

Konfirmation. Billigste Bezugsquelle für alle Spirituosen und Weine. Märkische Likörfabrik, Neukölln, Böhmerstraße sechs. Telephon: Neukölln 1887.

Graupapageien, Sprechkünstler, verkauft Papageienschule, Eulerstraße 22, am Bahnhof Gesundbrunnen. Humboldt 1297.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Jackettanzüge, Taillenmäntel, Sportpaletots, Gummimäntel, Gesellschaftsanzüge. Bauchanzüge verkauft und verleiht spottbillig Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten, Gelegenheitskäufe in Pelzwaren, große Auswahl, billige Preise. Keine Lombardware. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Artisten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportjoppen, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiteher [illegible] Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Ratenabbau. Anzüge 25.—, Pelzkragen 5.—, Federbetten Stand 22.—, keine Lombardwaren, Leihhaus, Reinickendorferstraße 103, Nettelbeckplatz.

Gestickte Herrengarderobe wie neue Jackettanzüge, Rockanzüge, Gesellschaftsanzüge (auch leihweise) verkauft spottbillig Alexanderstraße 36, hochparterre.

Teilzahlung. Gardinen, Wäsche, Trikotagen, Inlette, Decken, Teppiche, Einzelmöbel, Kochmöbel. Stern, Kastanienallee 19/20.

Herrengarderobe - Gelegenheitskäufe. Abzugeben besser und billiger kaufen Sie Ihre Garderobe. Jackettanzüge von 15.—. Große Auswahl in Paletots, Ulstern, Gummimänteln, Gabardinemänteln. Anzüge, Paletots nach Maß von 60.— an. Erstklassige Stoffe, prima Zutaten. Spottbilliger Verkauf in Pelzwaren. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2.

Betten-Verkauf! Neue 15.75, 19.50, 22.50, prachtvolle 30.—, 32.—! Halbdaunen 30.50! Kinderbetten 8.75! Bettwäsche! Steppdecken! Tischdecken! Gardinen! Sporal Alles spottbillig! Keine Lombardware. Einzelstücke. Nur Leihhaus Brunnenstraße 47.

Leihhaus Kronbach, Verkaufsabteilung Brunnenstraße 3, erste Etage, steht immer noch an der Spitze der Billigkeit. Anzüge, Paletots, Mäntel auf Seide, aus besten Maßstoffen. Gediegener Maßersatz. Selbstanfertigung ist das Geheimnis unserer Billigkeit. Wenig getragene Frack- und Smokinganzüge spottbillig.

Möbel

Ausnahmeangebote. Hunderte Herrenzimmer, Speisezimmer, Eichen-Schlafzimmer, Dielen, Küchen. Hunderte von Bettstellen, Waschkommoden, Nachttische, Schrankbahre, Schreibtische, Auskleideschränke, alles außergewöhnlich billig. Möbelhaus Komerling, Kastanienallee 56.

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Kissenmatratzen, Chaiselongues. Walter, Alexanderstraße, [illegible]

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Adalbertstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Möbel zu Fabrikpreisen: Schlafzimmer 400 Mark, Speisezimmer 450 Mark, Herrenzimmer 380 Mark, Stuhlküchen 125.—. Möbelfabrik-Niederlage, Frankfurterstraße 29.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Linke, Brunnenstraße 35.

Konzertpianos (Flügel) ab Fabrik, Zahlungserleichterung. Uebungsklaviere 175.—, Harmonium verkauft billigst Steinmeyer, Pianofabrik, Oranienstraße 165 III.

Fahrräder

Brandenburgstraße 4. Sportfahrräder, Tourenräder, Ballonräder, Spezialräder 47.— aufwärts. Bequeme Teilzahlung.

Rennmaschinen! Bahnrenner, Straßenrenner, Triumphrenner, Brennaborrenner, Opelrenner, Rixspiegelrenner, Rennpalerenner 95.—. Zahlungserleichterung. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

48.— Herrenfahrräder, Damenfahrräder 60.—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Rennrahmen! Damenrahmen, Tourenrahmen 20.—, Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Freilauffahrräder, 39.—, neu, Teilzahlung. Krauß, Große Frankfurterstraße 58.

Jetzt finden Sie noch große Gelegenheitskäufe in Motorrädern, etwa 50 Stück am Lager, in allen Preislagen. Ein Besuch lohnt sich wirklich nur bei Weiß, Große Frankfurterstraße 25/26.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Unterricht

Autofahrschule, Motorradkurse. Ingenieur Schmidt, O. 112, Pettenkoferstraße 17, Königstadt 6600.

Sonnabend
20. März 1926

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Der General.

Von P. Veiland.

Jeden Morgen um 8 Uhr kommt ein mittelgroßer, dunkler Herr aus der Stadt den Promenadenweg hinauf, der am Kopenhagener Hafen entlangführt. Er ist wohl an die Fünfzig, seine Züge sind scharf geschnitten wie die eines Militärs, sein Gang ist würdevoll, straff, wie jemand, der sich seines Wertes bewußt ist. Er kommt bei jedem Wetter, im Winter wie im Sommer. Und er trägt immer denselben Mantel, einen langen, unmodernen Pelzmantel, der immer mehr und mehr verschleißt. Er geht den Weg am Hafen entlang, bis hinauf zum Leuchtfeuer, setzt sich auf die Bank am Turm und schaut über das Meer. Schaut auch auf das Fort Trekroner, kritisch und oft mit einem verächtlichen Lächeln um den Mund, wirft auf dem Rückweg einen Blick auf die paar alten Eisenkähne im Kriegshafen. Aber um 11 Uhr ist er zu Hause.

Sein Zuhause ist ein dreistöckiges Mietshaus im Osten Kopenhagens, wo der ehrbare dänische Mittelstand sonst wohnt. Das ist ein Haus wie jedes andere, drei Nielsens wohnen drin, drei Jensens, aber im dritten Stock, neben dem Postassistenten Jensen (mit der Aussicht auf die Beförderung zum Oberpostassistenten) wohnt der so ganz undänische Herr, Herr Tscherbatoff. Mit seiner Tochter.

Die Dänen sind sehr wohlerzogen. Sie sind auch demokratisch. Sie reden nie über ihre Nachbarn. Und sie lassen sich absolut nicht von irgendwelchen Titeln imponieren. Aber die Mieter im Hause wissen alle, daß der Herr Tscherbatoff ein russischer General war, und die Frauen, wenn sie dem Herrn General auf der Treppe begegnen, grüßen zuerst mit ihrem untertänigsten Lächeln, und die Männer reißen die Haustür auf und lassen den Herrn General zuerst passieren, wenn sie ihm begegnen. Aber das kommt selten vor, denn wenn Herr Tscherbatoff um 11 Uhr nach Hause kommt, verläßt er seine Wohnung gewöhnlich nicht mehr vor dem nächsten Morgen gegen 8 Uhr.

Das bedeutet aber nicht, daß der Herr General nichts täte. Im Gegenteil. Er arbeitet sehr fleißig. So fleißig, daß seine Tochter von früh bis abends auf die Sprachschule gehen und ehrgeizigen Kontorjünglingen Russisch beibringen muß, um sie beide zu ernähren. Denn der Herr General hat seine besondere Aufgabe, sein Lebensziel. In dem größten Zimmer der Wohnung steht ein riesiger Tisch. Darauf eine Karte von Rußland. Stundenlang steht der Herr General über diese Karte gebeugt, steckt grüne, rote, blaue, gelbe Fähnchen, zirkelt Entfernungen ab, kommt in Eifer dabei, flucht, feuert an, seine Augen lodern — er hat wieder einmal die Bolschewiken geschlagen. Andere Stunden sitzt er an dem als Schreibtisch eingerichteten kleineren Tisch in der Ecke. Und schreibt, rechnet, wälzt militärische Schriften und Bücher. Und schreibt wieder. Und rechnet.

Es war nicht immer so.

1919, als noch die englischen Dreadnoughts schußbereit im Kopenhagener Hafen lagen, auf den Befehl zum Bombardement Petersburgs wartend, als „russische Ligen" wie Pilze aus der Erde schossen, gefördert von englischen und französischen Staatsmännern und Generälen, als die dänischen Kriegsspekulanten Waren und Kriegsmateriallager einkauften für die Heere, die in Estland, in Finnland, in Polen aufgestellt werden sollten zur Befreiung Rußlands vom bolschewistischen Regiment, da war General Tscherbatoff ein vielumworbener Mann. Da wohnte er draußen im Strandvillenquartier in prachtvollen sieben Zimmern, die ihm ein geschäftstüchtiger Exportkaufmann eingeräumt hatte, da drängten sich um ihn ehrbare und zweifelhafte Existenzen. Sie sprachen von deutschen zurückgelassenen Kanonen, Maschinengewehren und Munitionslagern in Belgien und Frankreich, die sie „an der Hand" hätten, sie wollten ihm Pferde verschaffen, Uniformen, sogar Kriegsschiffe — nur mitziehen in den Krieg wollte niemand. Und russisch-dänische und französisch-dänische Vereinigungen rissen sich um die Vorträge des Herrn Generals über die russische Schreckensherrschaft und die Notwendigkeit der Befreiung Rußlands vom Bolschewismus. Und Bankleute versprachen dem Herrn General Kredit für den Fall, daß — —

Dann aber kam ein Windzug. Von Paris, von London, von New York, wer weiß das bestimmt? Bestimmt ist nur, daß es ein sehr, sehr kühler Windzug war, der die englischen Schiffe aus der Ostsee heraustrieb, der den weißen Armeen in Rußland die Stützen fortblies. Da sprach der Großkaufmann, der dem Herrn General ehrenhalber Quartier gegeben, plötzlich davon, daß er die Zimmer für sich selbst brauche, da verschwanden die Offerierenden, und die Bankleute machten einen großen Bogen, wenn sie zufällig dem Herrn General begegneten.

Zähneknirschend über die Schändlichkeit der Welt räumte der General die Luxuswohnung, still und ergeben begann seine Tochter ihren Sprachunterricht. Der General aber sitzt und rechnet, plant und zeichnet wie ehedem. Sein Haß, seine Bitterkeit ist unerschütterlich. Und in jedem Jahr einmal steigt er hinauf zu dem französischen Militärattaché, zu der englischen Gesandtschaft, und gibt einen neuen Aufmarschplan gegen Petersburg ab. Und geht nach Hause, um nächsten zu arbeiten.

Die Herren auf den Gesandtschaften sind sehr höflich, sehr entgegenkommend und legen die Pläne zu den Akten. . . .

Und denken achselzuckend: Alter Narr . . . aber, vielleicht kann man ihn doch noch einmal brauchen. . . .

Rationelle Elektrizitätswirtschaft

Von Dr. Rudolf Lämmel.

Freilich sind es nur die ersten Trompetenstöße auf dem langen Weg, der zur technisch-wirtschaftlichen Vernunft führt — aber wir stellen mit Freuden fest, daß man doch wenigstens an einer Stelle im abendländischen Kulturbereich die entscheidende Wichtigkeit der Elektrizität erkannt wird. Reichliche Lieferung von sehr billiger Elektrizität ist die Forderung, um die es sich hierbei handelt. Ins letzte Haus des fernsten Dorfes soll Licht und Kraft gebracht werden, — dies ist das Programm des Ministerpräsidenten, natürlich nicht des deutschen, sondern des englischen! Herr Baldwin hat also neben seinen vielen außen- und innenpolitischen Sorgen doch noch die Zeit gefunden, sich mit der Frage der Elektrowirtschaft seines Landes zu befassen. Es muß also dort im glücklichen Albion trotz der schweren sozialen Kämpfe, die unter der scheinbar ruhigen Oberfläche toben, verständige Menschen geben, die an maßgebender Stelle sitzen und die ihrem Landeschef die kulturelle Wichtigkeit der Angelegenheit begreiflich machten.

Welch ein Unterschied gegen Deutschland, wo der Staat und die Länder die Elektrowirtschaft nur als eine willkommene Quelle für indirekte Steuern ansehen, wo an den „maßgebenden Stellen" auch nicht der Schimmer eines sozialen Verständnisses für die Angelegenheit besteht. Wir lesen fast täglich von neuen Beteiligungen des Staates an kleineren und größeren elektrischen Unternehmungen. Da übernimmt beim Ostpreußenwerk A.-G. in Königsberg der Staat 2 Millionen, bei der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-A.-G. Essen 11,7 Mill., bei den Preußischen Kraftwerken Oberweser A.-G. Kassel, 12,9 Millionen Mark, und diese kleinen, nur so nebenbei und in Preußen allein im März 1926 angeforderten Beträge machen etwa 75 Millionen Mark aus. Man weiß aber, daß alle diese neuen Beteiligungen Kleinigkeiten sind gegen die bereits bestehenden Beteiligungen an großen Werken und Konzernen. Reich und Länder betreiben diese Finanzierung keineswegs etwa zu dem sozialen Zweck, einen kräftigen Einfluß auf die Preisgestaltung zu erlangen, nein, im Gegenteil: sie wollen an dem großen Profit mit teilhaben, der aus dem glänzenden Geschäft des Verkaufs der Elektrizität zu übertriebenen Preisen erfolgt! Die öffentliche Hand bis herab zu den Kreisen, Städten und Gemeinden hat die große Aufgabe nicht erkannt, die in der modernsten Energieform den Menschen entgegentritt. Es ist nicht nur die Sache selbst: elektrisches Licht und elektrische Kraft — sondern auch das Symbol: eine Naturkraft, die in hygienische Formen gebunden ist und die „Licht in den letzten Winkel" bringen soll.

England hat noch große Kohlenvorräte, die unberührt in der Erde schlummern. Sie sollen nun angegriffen werden, ihre Energie in Elektrizität umgewandelt und der 7-Millionen-Stadt London zugeführt werden. Man will die Kraft für einen Penny (8½ Pfennige) pro Kilowattstunde abgeben und das Licht nur ein wenig teurer. Die gegenwärtigen Preise sind als zu hoch erkannt: 25 bis 75 Pf. pro Kilowattstunde, ähnlich wie in Deutschland. Dabei tritt ein ganz großartiger Plan der Kombination zwischen Kohle und Gezeiten wieder in den Vordergrund. Vor einigen Jahren hatte das Arbeitsministerium einen Kredit für Vorarbeiten am Severnwerk bewilligt. Dort soll ein Flut- und Ebbewerk errichtet werden, das wegen der günstigen Lage an der Mündung des Severnflusses Aussicht auf gute Rentabilität hat. Es blieb aber dann still. Offenbar standen einflußreiche Kreise dem Plane mißgünstig gegenüber. Die dauernde Kohlekrisis (Ueberschuß an Kohle) machte den Plan geradezu unbeliebt. Dazu kam das Mißtrauen und Vorurteil der Techniker. Denn gerade die Technik ist genau wie irgendein anderes menschliches Forschungsgebiet den Vorurteilen und Schlagworten des Zeitgeistes unterworfen.

Baldwin hat sich mit den bekannten Kolonialorganisatoren Dorman und Pearson verbündet. Die Regierung wird für die erste Bauetappe 40 Millionen Mark geben, die Unternehmer 60 Millionen. Man sieht, auch dort ist die Regierung nur in der Form eines gemischt-wirtschaftlichen Betriebes beteiligt, auch dort hat sie nur 40 Proz. des Kapitals in Besitz. Aber der Unterschied gegen die deutschen Regierungsbeteiligungen ist in die Augen springend: die Regierung verlangt von vornherein die Einstellung des ganzen Unternehmens auf den Preisabbau. Wann hat man in Deutschland davon gehört, daß die Regierung die Elektrizitätspreise abbauen will? Daneben besteht der Plan, die ganzen Bahnen im Süden und Südosten Englands zu elektrisieren. Dadurch wird der Betrieb billiger, wenngleich bemerkt werden muß, daß dieser Uebergang nur langsam erfolgen darf, weil sonst wegen der vielen auszuschaltenden Lokomotiven ein zu großer Verlust erfolgt — es wird aber auch die Leistungsfähigkeit der Bahnen größer, weil die Zugfolge dichter wird und der Eigentransport von Kohle für Bahnzwecke fortfällt. Man hat in dieser Hinsicht in der Schweiz günstige Erfahrungen gemacht. Gegenwärtig kann es als ausgemacht gelten, daß der elektrische Betrieb der Bahnen in einem Kohlenland ebenso vorteilhaft ist wie in einem Wasserkraftland — vielleicht sogar noch günstiger, wenn nämlich der Uebergang in einem Zeitpunkt erfolgt, wo andernfalls größere Neuanschaffungen von Lokomotiven erfolgen müßten.

Das Gebiet von Groß-London (etwa die Grafschaft London umfassend) kann mit seinen 10 Millionen Einwohnern, also der zweieinhalbfachen Berliner Bevölkerung, eine ungeheure Menge Elektrizität aufnehmen. Die Gesellschaften, eine große Anzahl meist kleiner Firmen, vermögen den Bedarf auch nicht annähernd zu befriedigen. Die Aufschließung der Kohlenlager in Kent, ihre großzügige Verwertung für die Herstellung billiger Elektrizität mit modernsten Maschinen in einigen Riesenwerken, die Verwertung der Abwärme für neue chemische Industrien und für Zentralheizungen von Städten, das ist der Plan der englischen Regierung bei der Einführung einer neuzeitlichen Energiewirtschaft in Großbritannien. Wie lange, so fragen wir, wird es dauern, bis man in Deutschland begreift, daß man die großen natürlichen Energiequellen, über die wir verfügen, nach einem einheitlichen Plan zusammenfassen und verwerten muß? Und wann wird man in Deutschland begreifen, daß die hohen Elektrizitätstarife eine unsoziale indirekte Steuer sind, die den kleinen Mann tausendmal stärker trifft als die wohlhabenden Leute?

Mussolinis Flötentöne.

Ja, Frau Justiz, ich pfeife auf Instanzen!
Auch hier mußt du nach meiner Pfeife tanzen!
Hier hab ich dir ein Liedchen vorgeflötet,
Wie Matteotti sich von selbst getötet:
Er hatte sich beim Ausflug falsch benommen,
Und dabei ist er leider umgekommen.
Was ist ein kleiner Dolchstoß in den Magen?
Er konnte eben keinen Scherz vertragen!
Ihn traf die Schuld, wenn man zu tief gestochen.
Die Angeklagten werden freigesprochen!

Das wiedererstandene Babylon.

In diesen Tagen, wo Amerika, England, Frankreich und andere Länder die Früchte ernten, die Deutschland angesichts seiner beengten Lage nicht bergen kann, tut es doppelt not, auf ein Werk hinzuweisen, das das Ergebnis einer langen Lebensarbeit ist, die sich ein klares Ziel von elementarer Bedeutung gesetzt hatte und ihm über alle Schwierigkeiten und Hemmungen hinweg treu geblieben ist. Es handelt sich um die letzte Zusammenfassung der Lebensarbeit des im Februar 1925 gestorbenen Archäologen Robert Koldewey. Die vierte Auflage seines Werkes über das wiedererstehende Babylon, das alte Babel, auf das nahezu alles Forschen nach den Grundlagen unseres geschichtlichen und kulturellen Werdens zurückgeht, birgt nunmehr die gesamten Resultate einer nahezu vierzigjährigen mit eiserner Konsequenz durchgeführten Arbeit. Zwar ist diese Veröffentlichung (erschienen bei Hinrichs, Leipzig, 1925) ihrer ganzen Anlage nach in erster Linie für Spezialinteressenten gedacht, gibt aber auch dem Laien dank ihrer ausgezeichneten Bildausstattung bereits einen überwältigenden Begriff von der Größe der von Koldewey zu neuem Leben erweckten Welt und wird überdies demnächst durch ein gemeinverständliches Werk ergänzt werden.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Gebiet des alten Babylon, bevor Koldeweys Arbeit es dem Lichte der Gegenwart wiedergab, eine große Sandwüste am Euphrat darstellte, in der nur einige geologisch nicht motivierte, sandbedeckte Hügel den Forscher darauf aufmerksam machen konnten, daß sich unter der Sanddecke Ruinen befinden müßten. Heute kennen wir das Straßennetz der alten riesigen Königsstadt, ihre Einteilung in königliche, bürgerliche und proletarische Quartiere, die Grundrisse der meisten repräsentativen Gebäude, der Schlösser und Tempel, in denen das Geschlecht saß, von dem Jahrtausende lang das Schicksal der damaligen Welt gelenkt wurde.

Die ältesten Funde, in der Hauptsache Steingeräte, lassen mit Sicherheit die Existenz der Stadt bis in das 6. Jahrtausend v. Chr. zurückführen. Die ältesten Ruinen gehören der Zeit Hammurabis an (2250 v. Chr.). Schicht um Schicht häuften sich über sie die Reste der kassitischen, der assyrischen, der neubabylonischen, persischen und griechisch-parthischen Zeit. Eine gewisse Erleichterung der Ausgrabungsarbeiten bedeutete die Tatsache, daß alle diese Schichten mit ihren Neuanlagen, Erweiterungs- und Verschönerungsbauten durchweg den ursprünglichen Stadtplan respektiert hatten. Die größte Masse wertvoller Ueberlieferungen verdanken wir Nebukadnezar (604 bis 561 v. Chr.), der seiner Residenz unerhörten Glanz verlieh und jeden Ziegel, der unter seiner Regierung verbaut wurde, mit seinem Namenszug signieren ließ. Auch finden sich Spuren von Alexander dem Großen, nach dessen Zeit der allmähliche Stillstand und Rückgang Babylons einsetzt, bis die Zeit der Sassaniden den endgültigen Niedergang der Stadt einleitet, um sich erst in der Araberzeit (1200 n. Chr.) völlig zu verlieren.

Dank eines unwahrscheinlichen Glücksumstandes begann man mit den Grabungen an einer Stelle, die unmittelbar auf das sogenannte Ischtar-Tor führte und damit zugleich den Zug der großen Prozessionsstraße freilegte, die vom Ischtar-Tor an der Südburg vorbei zu allen bedeutenden Bauten der Stadt führte. In ihnen spricht sich eine kaum mehr faßbare Selbstherrlichkeit und zugleich doch auch Diszipliniertheit des Schaffens aus. Die östlichen Torpfeiler des Ischtar-Tores erweisen in der grandiosen Wucht ihrer vollkommen unkomplizierten viereckigen Auftürmung eine Fähigkeit zur Massengestaltung und Raumbezwingung, vor der man heute, gewöhnt an allzu eng umschriebene Zweckmonumentalität, erschüttert und erhoben steht. An dieses gewaltige Tor schließt unmittelbar die babylonische Südburg an, in deren eigenartiger und im ganzen Bereich asiatischer Architektonik durchaus einmaligen Gewölbekonstruktion Koldewey das Fundament des Weltwunders der hängenden Gärten des Semiramis zu sehen glaubt. Ihr Grundriß konzentriert sich um drei riesige Höfe, um die sich die mächtigen Säle gruppieren, in deren größten vermutlich das berühmte Gastmahl des Belsazar zu verlegen ist.

Von tausend anderen nicht viel weniger wesentlichen Funden kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Erwähnt sei nur noch das Gegenstück zur Südburg: der große Turm des Etemenanki, „das Haus des Fundamentes Himmels und der Erden", der Rest des „Turmes zu Babel", umgeben von einer tausendtürmigen Mauer, in unmittelbarer Verbindung stehend mit dem Marduk-Tempel, dem zentralen Heiligtum des Reiches.

Was von der Auswertung der Koldeweyschen Arbeiten noch zu erwarten ist, kann nur kurz angedeutet werden, durch den Hinweis auf die Tatsache, daß die Babylonier mit dem Eifer und der Sorgfalt zünftiger Archivare, die vollständige Geschichte ihres Reiches unvergänglich und unauslöschlich, vorläufig allerdings nur zum geringsten Teil entziffert, in den Ton ihrer Bauziegel eingebrannt haben. Koldewey hat sich mit der Bergung und Verarbeitung dieser Einzelheiten nicht befassen können. Ihm ging es darum, die großen Grundlinien einer vergangenen und doch in allen Wurzeln unseres gegenwärtigen Daseins immer noch lebendigen Kultur klarzulegen.

Wilhelm Renner.

Auch ein Jubiläum. Als während „der großen Zeit" das Brot immer knapper und allmählich zu einer plastischen Masse wurde, die, auf die Hauswand gedrückt, sich mühelos zu einem Seil um das ganze Haus herum ausziehen ließ, häuften sich eine Zeitlang Meldungen über den gewaltigen, unausgeschöpften Nährwert des — Baumholzes! Es könne feingemahlen unbedenklich dem Brotkartenbrote und was sich so nannte, zugeführt werden und so die Kauration pro Kopf vergrößern helfen. Der Krieg dürfe dann ruhig bis zum jüngsten Tage dauern (— aber nicht länger als bis zur Umwandlung Europas in eine hohenzollernsche Krondomäne —): die riesigen Holzvorräte Deutschlands würden die Volksernährung sichern. Volksernährung hieß es, weil im Großen Hauptquartier und im Kaiserlichen Schloß zu Berlin kein Mehlmangel herrschte, wie die Speisenkarten aus der Kriegszeit ausweisen.

Daß der Plan einer Brotmehlstreckung mit gemahlenem Holz ernsthaft diskutiert wurde, ist noch in schaudernder Erinnerung, ebenso wie die Blamage gewisser königlich-preußischer Wissenschaftler, als sich herausstellte, daß ihre an der Vorstellung des Holzbrotes befügelte Durchhaltephantasie nicht genügte, den menschlichen Magen zu einem Wiederkäuerverdauungsapparat zu machen. Weniger bekannt wird aber die Tatsache sein, daß über das Problem der Nahrungsmittelbereitung aus Holz schon eine wissenschaftliche Denkschrift existiert, die im Jahre 1816 erstmalig erschien. Sie hat zum Verfasser den Tübinger Universitätskanzler J. H. Autenrieth und führt den schönen, verheißungsvollen Titel „Gründliche Anleitung zur Brotbereitung aus Holz". Wie im Kriege der Nahrungsmittelmangel zur Heranziehung aller möglichen vegetabilischen Stoffe zwang, so waren auch Autenrieths Versuche, die Holzfaser als Weizenersatz zu benutzen, eine Folge der napoleonischen Kriege und ihrer wirtschaftlichen Verwirrung. Sicher ist nur, daß sie wieder vergessen wurden, als wieder genügend Getreide vorhanden war; und daß sie erst 100 Jahre später im Weltkriege neu auflebten.

Auch von den modernen Holzbrotversuchen vor zehn Jahren will man jetzt nichts mehr wissen. Die Auswirkungen ihrer zeitlichen Ursache sind jetzt in voller Schwere spürbar, so daß man an die Torheiten in ihrem Gefolge zu denken wenig Neigung hat. Immerhin sollte man sich von Zeit zu Zeit ihrer erinnern, als Beispiele dafür, wessen man sich von der sozusagen voraussetzungslos-bürgerlichen Wissenschaft zu versehen hat.

Unlust und Depression!

Müdigkeit, Abspannung und **Kranksein** kennen Sie nur noch vom Hörensagen, wenn Sie

Dr. Schröders Aufbausalz

ständig im Gebrauch haben. Dem **Wort** und **Wert** nach gibt es nur **ein** Aufbausalz nämlich: **Dr. Schröders Aufbausalz.** Es enthält nicht ca. 6 Salze, sondern die **12 lebensnotwendigen mineralischen Salze,** die zur **Gesundhaltung** und zum **Organ-Aufbau** notwendig sind. Nur 12 Salze u. nicht eines weniger können ihren Zweck erfüllen. Alle diese wichtigen Nährsalze finden Sie nur in

Dr. Schröders Aufbausalz

mit dem Kennzeichen auf Packung und Flasche

TÄGLICH 2 × 1 PRISE Dr. SCHRÖDER'S AUFBAU-SALZ = 1 GANZES LEBEN JUGEND

Kleinkur Mk. 1.20 Großkur Mk. 3.—
In Apotheken und Drogerien zu haben.
„Vita" Vertriebs-Handelsges. m. b. H., Berlin SW 48,
Besselstr. 19, 1. Stock, Ecke Charlottenstr.
Telephon: Dönhoff 349

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Judith** Morgen 3 Uhr **Der Kaufmann von Venedig** 8 Uhr: **Sturmflut**
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: **Der Tausch** Morgen 8 Uhr: **Der Tausch**

Komische Oper
8¼ Direktion James Klein 8¼
Die Neue Revue
Berlin ohne Hemd
Revue der Zukunft in 16 Bild.
u. a.: Japan in allen Jahreszeiten / Der Komponistenball / Der Traum d. Malers : Das Fest der Millionäre
Preise 1–7.50. Logen und Klubsessel 10.-
Sonntag 3 U. volle Vorst. [illegible] zu halben Preisen und jeder Erwachsene 1 Kind frei

Wilhelm
Hagenbeck
Das Welttheater der Tiere
Nürnberger E. Tauentzienstr Steinplatz 12626
3½ Heute u. morgen je 8 Uhr
2 Vorstellungen 2
Nachmittags bei ungekürztem Programm halbe Preise für Kinder. Vorverkauf Wertheim u. Zirkuskasse Abendpreise 80 Pf. bis 4,50 Mark.
Tierschau 10 bis 5 Uhr

WINTER 8U. GARTEN
Los 3 Codonas
Hochturner in höchster Vollendung
im Rahmen eines abwechslungsreichen Varieté Spielplans.
Sonntag nachm. 3½ U. halbe Preise
Rauchen gestattet!

Elite-Sänger
Tägl. Kottbuser Str. 6 Sonntag 8 Uhr Der neue Schlager 3 Uhr
„Berliner Luft"
Dazu das lustige Beiprogr.

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Bilanz am 31. Dezember 1925.

Aktiva.	RM.	Pf.
Kasse	714 945	30
Guthaben bei Banken und Bankhäusern	1 866 205	51
Wechsel	10 000	—
Lombardforderungen	1 268 025	23
Wertpapiere (davon eigene Central-Pfandbriefe u. Kommunalschuldverschreibungen GM. 5 518 093,19)	5 555 816	63
Restkaufgeld-Hypothek	1 250 000	—
Roggen-Hypotheken-Darlehnsforderungen (in das Roggen-Hypothekenregister eingetragen) Ztr. 755 900; abzüglich Amortisation 22 319; Ztr. 733 581 à 7,55	5 538 536	55
Gold-Hypotheken-Darlehnsforderungen (in das Goldhypothekenregister eingetragen) GM. 43 174 550; abzüglich Amortisation 36 220	43 138 330	—
Hypotheken-Darlehnsforderungen (Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt)	5 820 000	—
Hypotheken-Darlehnszinsen	302 932	55
Rückständige Hypotheken-Darlehnszinsen	45 515	—
Roggen-Kommunal-Darlehnsforderungen (in das Roggen-Kommunal-Darlehnsregister eingetragen) Ztr. 252 250; abzüglich Amortisation 11 392; Ztr. 240 858 à 7,55	1 818 477	90
Gold-Kommunal-Darlehnsforderungen (in das Gold-Kommunal-Darlehnsregister eingetragen) GM. 21 176 500; abzüglich Amortisation 146 060	21 030 440	—
Kommunal-Darlehnszinsen	76 990	—
Rückständige Kommunal-Darlehnszinsen	10 222	63
Verschiedene Debitoren	5 836 531	39
Grundstückskonto: Bankgebäude Unter den Linden 48/49, Mittelstraße 53/54	3 648 000	—
	96 130 879	39
Passiva.		
Aktienkapital: Stammaktien	9 000 000	—
Vorzugsaktien	5 000	—
Reservefonds: Gesetzlicher RM. 3 541 000,—; Spezieller 142 302,13	3 683 302	13
Pensionsfonds	309 108	04
5% Central-Roggenpfandbriefe Ztr. 733 581 à 7,55	5 538 536	55
Central-Goldpfandbriefe 5% GM. 4 741 380,—; 8% 30 240 000,—; 10% 7 972 700,—	42 954 080	—
Guthaben d. Deutsch. Rentenbank-Kreditanst.	5 819 773	30
5% Roggen-Kommunal-Schuldverschreibung Ztr. 240 858 à 7,55	1 818 477	90
Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen: 5% GM. 1 839 490,—; 8% 12 120 000,—; 10% 5 070 950,—	19 030 440	—
Noch auszufertigende Kommunal-Schuldverschreibungen	2 000 000	—
Zu zahlende Zinsscheine	2 213 961	55
Noch nicht abgehobene Dividende	38 588	40
Vorausbezahlte Hypotheken-Darlehnszinsen RM. 5 763,04; Vorausbezahlte Kommunal-Darlehnszinsen —	5 763	04
Depositen	108 093	88
Verschiedene Kreditoren	4 307 836	97
Reserve-Vortrag aus alter Rechnung RM. 153 340,49; Reingewinn im Jahre 1925 1 147 577,14		
Mithin Ueberschuß der Aktiva über die Passiva	1 300 917	63
	96 130 879	39

Gewinn- und Verlust-Conto.

Debet		RM.	Pf.
Zinsen auf Central-Roggen- u. Goldpfandbr.		3 434 774	53
Zinsen auf Roggen- und Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen		1 543 849	35
Depositenzinsen		3 137	35
Provisionen		5 481	35
Verwaltungskosten		968 473	13
Einrichtungskosten, insbesondere für Herstellung der Central-Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen		289 575	20
Abschreibung auf Bankgebäude		76 000	—
Ueberweisung zum Pensionsfonds		100 000	—
Zu verwendender Gewinn RM. 1 167 097,87; 5% von 1 147 577,14 RM. Reingewinn zum speziellen Reservefonds	57 378,86	57 378	86
	RM. 1 109 719,01		
8% Rente für 5000 RM. Vorzugsaktien	400,—	400	—
	RM. 1 109 319,01		
5% Rente für 9 000 000 RM. Stammaktien	450 000,—	450 000	—
	RM. 659 319,01		
Zum gesetzlichen Reservefonds RM. 59 000,—; Zum speziellen Reservefonds 300 319,01	359 319,01	359 319	01
	RM. 300 000,—		
10% Gewinnanteil an den Verwaltungsrat	30 000,—	30 000	—
	RM. 270 000,—		
3% Superdividende auf 9 000 000 RM. Stammaktien	270 000,—	270 000	—
Reservevortrag auf neue Rechnung		13[illegible] 419	76
		7 741 810	54
Credit.			
Reservevortrag		153 340	49
Roggen- und Gold-Hypotheken-Darlehnszinsen		3 618 623	50
Roggen- und Gold-Kommunal-Darlehnszinsen		1 549 434	07
Verwaltungsgebühren in Hypothekendarlehen		301 795	99
Verwaltungsgebühren in Kommunaldarlehen		173 301	50
Prüfungsgebühren		13 687	—
Darlehnsprovision, Entschädigung für Kursverluste usw (davon entfallen auf Hypothekendarlehen 850 084,84 RM., auf rückvergüteten Stempel 231 761,50 RM.)		1 332 632	31
Zinsen, Kursgewinne und Depotgebühren		598 995	64
		7 741 810	54

Berlin, den 31. Dezember 1925.

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.
Die Direktion:
Schwartz. Lindemann. Oesterlink. Wreda.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 8 Uhr: Pulcinella Bajazzo. Opernhaus am Königsplatz 8 U.: Ritter Blaubart. Schauspielhaus 8 U.: Duell am Lido. Schiller-Theater 8: Spiel des Lebens

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: **Don Pasquale** Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater Norden 10334–38 8 Uhr: **Juarez und Maximilian**

Kammerspiele Norden 10334–38 8¼ Uhr Zum 25. Male **Josephine**

Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8 Uhr **Viktoria**

Casino-Theater Täglich 8 Uhr Der neue Schlager! **Eine Nacht im Fahrstuhl** Vorher das bunte Progr. Volkstüml. Preise

Lessing-Th. 8 Uhr: Gastspiel d. Saltenburgs Bühnen **D. fröhliche Weinberg**

Kleines Th. 7½ Uhr: **Das Grabmal d. unbekannten Soldaten**

Berliner Theater 8 Uhr **Messalinette**

SCALA 8 Uhr: **Ratoucheff's Puppenladen** und weitere 10 Künstlertruppen von Weltruf. Sonntags 3½ zu ermäßigten Preisen das volle Progr.

Circus Busch Tägl. 7½ U. — 10 Akte lösen nicht d. Rätsel **Wo bleiben die Toten?** In d. Schlußakt von **Cagliostro** Vorh. d. Circus-Prog. Sonntag 3 Uhr halbe Preise Ungek. Circ.-Progr. u. **Die Gorillabraut** Gr. Urwaldmärchen für die Jugend.

Großes Schauspielhaus Für Dich CHARELL-REVUE TÄGLICH 8¼

Residenz-Theat. 8: **Foppke, d. Egoist** Rommer, Sabo Limburg

Thalia-Theater Letzte Vorstellungen 8: **D. alte Dessauer** Premierenbesetzg.

Th. i. d. Kommandantenstr. Letzte Vorstellungen 8 U. **Lene, Lotte, Liese** Premierenbesetzg.

Theat. d. Westens Tägl. 8 Uhr **Prinzess Husch** Operette v. Aug. Neidhardt Musik von Leon Jessel

Neues Th. am Zoo Allabendl. 8 Uhr: Guido **Thielscher** in **Stöpsel!** Kleine Preise: Parkett 1–2 M. Park.-Fauteuil 3–4 M. Orchest.-Fauteuil 5 M. Sessel 6 M. Vorverkauf ununterbrochen

Th. in d. Klosterstr. 8 Uhr **Heimat**

Deutsches Künstl.-Theater 8 Uhr: **Paganini**

Th. a. Kurfürstendamm 8¼ Uhr: **Die Nacht der Nächte**

Lustspielhaus 8 Uhr: **Die rote Cléo**

Wallner-Theater 8 Uhr: **Kolportage**

Th. in d. Lützowstr. Tägl. 8¼ Uhr: **Lempke's sel. Witwe** Musik v. Dr. R. Hirsch Volkstümliche Preise 1–4 M. Im Vorverkauf Theaterkasse Wertheim 20% Ermäßigung

Barnowsky-Bühnen Theater Königgrätz. Str. T.: Hasenheide 2116 8 Uhr: **Mrs. Cheneys Ende** Stg. nachm. 3½ U. Kleine Preise **Wie es euch gefällt**

Komödienhaus Tel.: Norden 6304 8 Uhr **Der Garten Eden**

Die Tribüne Tel.: Wilhelm 6368 8 Uhr: **Die neuen Herren**

Auf Teilzahlung liefert **elegante Herren-Moden** fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung **Maßschneiderei J. Kurzberg** Oranienstr. 160, I. Chausseestr. 1. Eingang Elsässer Straße

Einzelverkauf von **brand-** und **rauchbeschädigten** Modellen, Kleidern und Stoffen in Wolle, Seide u. Baumwolle sowie Zutaten der Kleiderfabrikation **Markgrafenstraße 30** (Ecke Leipziger Straße) II. Fahrstuhl ab Sonnabend den 20. März :: 9–6 Uhr

Central-Theater 8 Uhr: **Eva Bonheur** Ilka Grüning

Metropol-Theater Tägl. 8 Uhr **No no Nanette**

Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr **Nur noch bis 31.3. Haller-Revue** Achtung Welle 505 Volkstüml. Woche **d. ganze Vorst. zu halben Pr. 1.- bis 8.- M.** 2 Sonntg.-Vorst. 3 Uhr nachmittags und 8¼ Uhr abds.

Rose-Theater 4 U.: Schneewittchen 8¼ Uhr **Die vier Schlaumeier**

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Th. a. Nollendorfpl. 8 Uhr: **Die offizielle Frau** Operette in 3 Akten Preise 1 M. bis 8 M.

Walhalla Th. — Weinbergsweg Tägl. 8¼ Uhr: **Die kleinen Vagabunden** [illegible] Sonntg. nchm. 4 U. [illegible]

Trianon-Theater Zentr. 2/91 **Berlin lacht von 8 bis 12** Die Revue d. neuen Einakter

KLEINE ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem **sehr billig!**

Reichshallen-Theater Abends 8 U., Sonntag nchm. 3 U. **Stettiner Sänger** Neu: Der letzte Postillion [illegible] **Dönhoff-Bretl** 10 Nummern! Tanz und Urfidelitas!

DER KLEINE BROCKHAUS J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Abteilung Sortiment.

HUNDE Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt. **Tierärztliche Poliklinik** Chausseestraße 93 neben Kriegervereinshaus Sprechstunden: 11–1 u. 4–6 Uhr

10 PF. 100 MARK **Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken** gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität **Conrad Müller** Schkeuditz-Leipzig.

Trauerspenden jeder Art liefert preiswert **Paul Golletz,** vormals Robert Meyer, Mariannenstr. 3. Amt Moritzpl. 10503

Gratis versende Musterlinge „Bertelstoffe", unübertroffen extrafeine Qualität. H. Streubel, Berlin 33, Taborstr. 12.

Adolf Hoffmann **Episoden und Zwischenrufe** aus der Parlaments- und Ministerzeit. Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig. Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Berliner Ulk-Trio Neukölln. Lahnstr. 74/75 L

Kaffeehaus Imperator
Berlin W.8.

Betrifft: Erweiterungsbau

Der Erweiterungsbau ist jetzt fertiggestellt, und konnte am Donnerstag, den 18. März, dem Publikum übergeben werden.

Es ist mir gelungen, unter der Mitarbeit von hervorragenden Künstlern und Handwerkern nach den Entwürfen und unter der Leitung des Architekten Jean Krämer ein Unternehmen zu schaffen, welches der Berliner City ein neues Gepräge gibt.

Die Räume des Erweiterungsbaues sind auf das Bequemste und Künstlerischste hergerichtet, dienen jedoch lediglich nur dem Konditorei-Betriebe. Hier findet kein Konzert statt, um auch einem Teil der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, einige Stunden ohne musikalische Unterhaltung in behaglichen Räumen zu geniessen.

Eigene Konditorei, eigene Kaffee-Lagerei und Rösterei, eigene Molkerei gewährleisten die Güte der verabreichten Waren.

Die übrigen Räume, in denen nach wie vor Vollorchester-Konzerte stattfinden, sind aufs Neue restauriert und ausgestattet worden.

Vornehmheit, Solidität, nur das Beste bietend, waren stets meine Geschäftsprinzipien.

Peter Stüber, Kaffeehaus Imperator
Friedrichstr. 67, Mohrenstr. 49 (Untergrundbahn).